

# Zeitschrift

# für

# Sozialökonomie

Werner Peters	Die Zukunft der Parteiendemokratie _____	3
Roland Geitmann	Demokratie im 21. Jahrhundert _____	11
Johannes Stüttgen	Die Idee der Sozialen Plastik _____	18
Claudine Nierth	Hamburger Erfahrungen mit Mehr Demokratie _____	21
Thomas Mayer	Bürgerbegehren München-Geld _____	25
Helmut Becker	ReWir 2000 - Modell einer regionalen Zweitwährung _____	31
	Dokumentationen - Bücher _____	37
	26. Mündender Gespräche _____	43

Liebe Leserin und lieber Leser,

das ganze, nunmehr zu Ende gehende 20. Jahrhundert rang um die Überwindung totalitärer Herrschaftsformen und um die Entwicklung der Demokratie. Während sich kürzlich zum 10. Mal jener Tag jährte, an dem die chinesische Menschenrechts- und Demokratiebewegung blutig niedergeschlagen wurde, bot in Deutschland der 50. Geburtstag des Grundgesetzes Anlaß zum Nachdenken über die Verfassung unserer Demokratie. Wie dringlich dies ist, zeigt die von Politologen des Berliner Wissenschaftszentrums ermittelte Tatsache, daß zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs nur noch 23% der Ostdeutschen die Demokratie für die beste Staatsform halten. Ihre hohe Arbeitslosigkeit und ihre soziale Lage haben ihre Wertschätzung für die Demokratie stark beschädigt.

Entspricht die Realität der Parteiendemokratie mit ihrer alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Macht von Parteioligarchien der großen Idee der Volkssouveränität, die einst am Anfang der bürgerlichen Gesellschaft stand? Und wird diese Parteiendemokratie in der Lage sein, das Heraufziehen eines neuen autoritären Zeitalters zu verhindern, daß der angesehene Soziologe Lord Dahrendorf als Folge der sozialen Nebenwirkungen der Globalisierung im nächsten Jahrhundert befürchtet?

Es bedarf dringend der politischen und sozialen Kreativität 'von unten', um verkrustete Strukturen 'da oben' noch rechtzeitig aufzuweichen und das politische Leben in Richtung von mehr Demokratie in Bewegung zu bringen. Deshalb haben die "Stiftung Mitarbeit" und die "Theodor-Heuss-Stiftung" im Mai 1999 die "Wochen der Bürgergesellschaft" mit bundesweit mehr als 350 Veranstaltungen durchgeführt, bei denen es um die Zukunft unserer Demokratie ging. In diesen Rahmen

war auch die 5. CGW-/INWO-Tagung "Demokratie statt Herrschaft des Geldes" eingebettet, deren Beiträge wir Ihnen in diesem Heft vorstellen. Diese Tagung wurde von den Initiatoren der Bewegung für "Mehr Demokratie" mitgestaltet, deren ökonomische Vorstellungen anthroposophisch geprägt sind, sie unterscheiden sich in mancher Hinsicht von unseren 'gewohnten' Vorstellungen und enthalten vielleicht gerade deshalb einige anregende Gedanken.

Mit den Beiträgen dieses Heftes möchten wir auch zum Nachdenken über die allzu lange vernachlässigte Frage anregen, auf welchen politischen Wegen eine Reform der Geld- und Bodenordnung Aussichten auf ihre Verwirklichung haben könnte. Roland Geitmanns allgemeinpolitische Überlegungen zur direktdemokratischen Erweiterung der repräsentativen Demokratie wollen auch diesem speziellen Anliegen neue Perspektiven öffnen und mithelfen, die die Grundprinzipien unserer Verfassung verletzende Herrschaft des Geldes zu überwinden. Geitmann knüpft ebenso wie Thomas Mayer und Helmut Becker in ihren beiden Werkstattberichten an Dieter Suhrs Skepsis gegenüber einer parteipolitischen Realisierbarkeit einer gemeinwohlorientierten Geldreform an.

Dessen Hoffnung, diesem großen Ziel durch privatwirtschaftliche Modellversuche näher zu kommen, hat in jüngster Zeit auch dadurch Auftrieb bekommen, dass geldpolitische Entscheidungen auf die europäische Ebene verlagert wurden, wo sie für Geldreformbestrebungen noch unerreichbarer sind als auf der Ebene von Nationalstaaten. Bei Initiativen wie denen von Mayer und Becker gibt es in der Anfangsphase noch mehr offene als schon gelöste Fragen, was kein Nachteil sein muss, sondern auch als Feld für neue Einsichten und Erfahrungen angenommen werden kann.

Ihr Werner Onken

## **Zum 50. Geburtstag des deutschen Grundgesetzes: Ein Plädoyer für eine Bürgergesellschaft anstelle der Zuschauerdemokratie**

"Zum 50. Geburtstag des Grundgesetzes im Mai 1999 könnten wir uns in neuer Weise auf die Verfassung einlassen, Fehlentwicklungen und Defizite erkennen und über Reformen nachdenken. ...

Die Deutschen und die Demokratie, das ist eine Beziehung, die es schon immer schwer hatte und die auch heute wieder nur durch viel Engagement erneuert werden kann. Die Schwierigkeit beginnt ja schon damit, daß wir Deutschen uns nie eine dauerhafte Demokratie erkämpft haben, diese Erfahrung fehlt uns ganz einfach. Zwei demokratische Staatsversuche sind gescheitert, nämlich in den Jahren 1849 und 1933. Weimar scheiterte am antidemokratischen Denken des Bürgertums. Die große Mehrheit der Deutschen erlag den Verheißungen des Faschismus. Nach der Gründung der Bundesrepublik folgte eine Epoche des materiellen Aufbaus – doch mit folgenreichen Fehlern: keine vertiefte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Amnestie der Täter, Vernachlässigung der Opfer. Dennoch, immerhin – wuchs die Zustimmung zur Demokratie. Es folgte 1968 die Zeit der Studentenunruhen, des Nachholens der versäumten Reformen und der Entspannungspolitik. Bereits ab Mitte der 80er Jahre erlebten wir dann in den Bürgerrechtsbewegungen der mittel- und osteuropäischen Staaten und der DDR, was Bürgerengagement bewirken kann. Das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung Deutschlands wären nun eine Chance gewesen, neue demokratie- und verfassungspolitische Konsequenzen zu ziehen. Das ist leider versäumt worden, und so blieb der Vereinigungsprozeß verfassungspolitisch unvollendet.

Wenn man bedenkt, daß weniger als 4% unserer Wahlbevölkerung Mitglieder von politischen Parteien und von diesen bestenfalls ein Viertel innerparteilich aktiv sind, dann sind das schon beunruhigend wenig Bürger. Und was ist das für eine repräsentative Demokratie, die nur von einer hauchdünnen Parteienoligarchie bestimmt wird? ... Die Diskrepanz zwischen aktiven und passiven Bürgern ist eklatant und für die Legitimation eines von Bürgern getragenen demokratischen Gemeinwesens keineswegs befriedigend.

Es gibt vielfältige Ansätze, der Verdrossenheits- und Zuschauerdemokratie, der oligarchischen Nur-Parteien-Demokratie entgegenzuwirken: mehr partizipatorische Rechte wie die Stärkung des Petitionsrechts, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide; institutionalisierte runde Tische mit Verwaltungen, Parlamentariern und gewählten Abgesandten aus Bürgerinitiativen und Organisationen. ...

Das 20. Jahrhundert hat uns Westdeutschen vier, den Ostdeutschen fünf Staats- und Gesellschaftsformen, zwei Weltkriege und zahlreiche Katastrophen beschert. Zu guter Letzt hat es uns die Wiedervereinigung und eine allen Deutschen gemeinsame Demokratie geschenkt, die aber nach all diesen Um- und Abbrüchen wieder und immer wieder unsere bürgergesellschaftliche Beglaubigung und politischen Fürsorge bedarf. Dafür, daß der Bürger die Demokratie nicht nur am Wahlsonntag, sondern auch im Alltag praktiziert, sind neue Formen zu finden."

*Dr. Hildegard Hamm-Brücher*

*Laßt die Bürgergesellschaft wachsen!*

*In: Die Zeit Nr. 40 vom 24. September 1998, S. 71*

# Die Zukunft der Parteiendemokratie \*

Werner Peters

Es ist zwar ein durchgehendes Phänomen, daß über die Regierung und die Politiker geschimpft wird. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß wir alle – auch die Politiker – Menschen sind und somit fehlerhaft und die Demokratie wie alle von Menschen geschaffenen Systeme als ein besonders kompliziertes System für Fehler sehr anfällig ist. Unzweifelhaft aber ist die in den letzten Jahren massiv zum Ausdruck kommende und sich immer noch steigende Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen und den handelnden (oder vielleicht besser gesagt: untätigen) Politikern eine in dieser Form bisher nicht bekannte neue Erscheinung in unserer Gesellschaft. Untrügliches Zeichen für die Dynamik dieses Phänomens ist die Tatsache, daß sie sich in einer neuen Wortschöpfung manifestiert hat: Politikverdrossenheit. Sie ist im übrigen keine deutsche Besonderheit, sondern findet sich in unterschiedlicher Ausformung und Heftigkeit in allen entwickelten westlichen Demokratien und mit etwas anderer Ausrichtung auch in den neu entstandenen östlichen Demokratien.

Selbst wenn dieses Gefühl der Bürger, von der etablierten Parteiendemokratie mehr als unzureichend bedient zu werden, nur auf subjektiver Empfindung beruhte, wäre die massive Unzufriedenheit mit der Art, wie das Gemeinwesen verwaltet wird, ein bedrohliches Problem. Denn Politik in der Demokratie hängt von der Zustimmung der Regierten ab. Dies spüren die Politiker bei Wahlen, wenn die Versager abgewählt und neue Hoffnungsträger installiert werden. Die Abwahl Kohls 1998 war ein solches Ereignis – und die Enttäuschung über den vermeintlichen Hoffnungsträger Schröder nach nur wenigen Wochen hat nicht nur massiv auf die SPD zurückgeschlagen, sondern auch die Entfremdung von der Politik und die Verachtung der Politiker gewaltig verstärkt.

Wir haben es aber hier mit einer neuen Dimension der Unzufriedenheit zu tun, die sich nicht mehr gegen die jeweiligen Amtsinhaber richtet, sondern das System als solches, die Parteiendemokratie, in Frage stellt. Das Instrumentarium unseres Verfassungsstaates bietet keine Möglichkeit, diese "Nichtzustimmung" in politische Fakten umzusetzen; aber es ist gerade die politische

Hilflosigkeit, das Gefühl der Alternativlosigkeit, die diese Verdrossenheit hervorruft und sich in Resignation und Frustration, in Wut, Zynismus und Protest einen Ausweg sucht. Aber auch wenn es zur Zeit keine Alternative zu unserer Parteiendemokratie gibt, kann sie auf Dauer nicht ohne die Zustimmung der Bürger oder gar gegen ihre manifeste Abneigung funktionieren.

Die Kritik am derzeitigen Zustand unserer Parteiendemokratie ist durchaus real begründet. Die Ursachen der Politikverdrossenheit sind keineswegs allein bei den Parteien und den politisch Handelnden festzumachen. Auch die Erwartungshaltungen der Bürger, ihre Ansprüche an den Staat und an die Leistungen der Politiker haben sich entscheidend verändert und tragen, da sie nicht erfüllt werden und nicht erfüllt werden können, mit bei zu der kritischen Distanz, die der Politik und ihren Leistungen entgegengebracht wird. Hier soll untersucht werden, wie weit diese gesteigerten Bedürfnisse und Ansprüche an die Politiker realistisch und gerechtfertigt sind, aber auch, inwieweit die Politiker mitverantwortlich sind für das Entstehen solcher unrealistischen und unerfüllbaren Wünsche. Außerdem ist es wichtig zu erforschen, ob und gegebenenfalls welche Alternativen es zu dieser gewachsenen Anspruchshaltung der Bürger gibt, ob die Bürger nicht bereit sind, im Gegenzug zu weniger Intervention und Gängelung durch den Staat manche Leistungen in eigener Regie zu übernehmen.

Richten wir zunächst den Blick auf die Seite der Parteien. Man kann die Krise unserer Parteiendemokratie an einer ganzen Reihe struktureller Defizite der Parteien festmachen:

Die Parteien sind übermächtig und allgegenwärtig. Sie haben ihre Einflußzonen ungemein ausgeweitet. Nicht nur politische Schlüsselpositionen, sondern fast alle Stellen der öffentlichen Verwaltung, in den Medien, in halbstaatlichen Organisationen, in Wirtschaftsunternehmen wie Stadtwerken und Wohnungsbaugesellschaften, in vielen Berufs- und Unternehmensverbänden, in der Justiz,

\* Überarbeitete Fassung eines Vortrags, der am 11. September 1999 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal-Nevelges gehalten wurde. Eine frühere Fassung erschien 1996 in dem von Wolfgang Engler und Bernd Guggenberger herausgegebenen Buch "Einsprüche – Kritik der politischen Tagesordnung" (Aufbau-Verlag Berlin, S. 65-78)

der Polizei, der Bundeswehr werden von den Parteien kontrolliert und vergeben.

Diese personelle Okkupation ist weit mehr als eine Sicherung von Pfründen für die eigenen Mitglieder. Verbunden damit ist eine "Politisierung" mittels Aufweisens von ideologischen Differenzen in immer mehr ursprünglich politikfernen gesellschaftlichen Bereichen.

In umgekehrtem Verhältnis zu dieser Expansion steht die Mitgliederentwicklung der Parteien. Die Mitgliederzahlen gehen zurück, der Nachwuchs fehlt, die Überalterung ist augenfällig und nimmt ständig zu. Neben der kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung entwickelt sich die Erosion der Mitgliederbasis zu einem der großen Legitimationsprobleme unserer Parteiendemokratie. Wie wollen Parteien sich glaubwürdig und überzeugend als Repräsentanten des Volkes aufführen, denen die Mitglieder ausbleiben oder aus Abneigung oder Gleichgültigkeit den Rücken kehren?

Beide Phänomene, die mangelnde Wahlbeteiligung und der Mitgliederschwund der Parteien, sind im übrigen verhältnismäßig neue Entwicklungen. In der Aufbruchstimmung zu Beginn der 70er Jahre war neben der traditionell hohen Wahlbeteiligung auch eine Renaissance des Engagements bei den Parteien zu verzeichnen. Was haben die Parteien mit diesem Kapital gemacht? Warum ist es ihnen nicht gelungen, die Chance eines zweiten großen Aufbruchs, die mit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung greifbar war, zu nutzen, um die Menschen wieder an die Politik heranzuführen? Oder wollte man dies am Ende gar nicht?

Die Parteien entwickelten sich mehr und mehr zu einer Ansammlung von Politikprofessionals; für diese sind die Parteien auch weiterhin attraktiv, weil über sie und nur über sie die politische und berufliche Karriere geplant wird. Die Basis der vielen, die aus politischem Idealismus und ohne eigenen Ehrgeiz die Partei als solche und damit ihre politischen Führer trägt, wird immer dünner. Die Karrieristen sind bald nur noch unter sich. Dabei ist das Fehlen ehrenamtlicher Wahlkampf helfer und Plakatkleber nicht das bedenklichste Problem. Politisch gravierender ist die Veränderung der inneren Substanz der Parteien, die zu einer Ansammlung politischer Karrieristen nach dem Vorbild der östlichen Nomenklatura verkommen.

Bei den meisten politischen Aufsteigern ist ihr Beruf von Anfang an mit der Parteiarbeit im weitesten Sinne verknüpft bzw. gar identisch. Viele begannen ihre Laufbahn als Fraktionsassistenten,

Referenten von Parteistiftungen oder hauptamtliche Parteigeschäftsführer. Schon heute sind in den Parlamenten und an der Spitze von Ministerien viele Politiker, die nie einen "normalen" Beruf ausgeübt haben. Sie kennen die Welt außerhalb der Politik überhaupt nicht, oder anders ausgedrückt, für sie ist die Realität, die sie mit ihrem politischen Handeln gestalten, immer schon gerastert von den parteipolitischen Kategorien, mit denen sie aufgewachsen sind. Dadurch ist eine eigentümliche "Weltfremdheit" entstanden, die von den Bürgern immer deutlicher wahrgenommen und immer heftiger kritisiert wird.

Die mangelnde Attraktivität der Parteien als Organe gesellschaftlichen Engagements und bürgerlicher Partizipation hat neben vielen anderen Ursachen sicherlich auch ihren Grund in der unmodern gewordenen Organisationsform des "Parteivereins" mit Mitgliedsausweis, Satzung, Mitgliedsbeitrag etc. Verzweifelt, aber vergeblich suchen die Parteien nach neuen Wegen, um Einstieg und Verbleib in der Gemeinschaft der Mitglieder leichter und erträglicher zu gestalten. Das Angebot von "Schnuppermitgliedschaften" ohne sofortige feste Bindung weist in die Richtung, in die sich die Parteien bewegen müssen, doch ohne radikale Änderungen der Strukturen, die allerdings auch eine Modifizierung des Parteiengesetzes erfordern, werden sie als Mitgliedervereine weiter dahinwelken.

Die Parteien haben sich bei ihrem Bemühen, Macht zu gewinnen und zu erhalten und dabei möglichst viele gesellschaftliche Bereiche zu durchdringen, eine ausgedehnte Bürokratie aufgebaut mit einem schier unersättlichen Finanzbedarf. Daher sind sie zum einen sehr unbeweglich geworden und andererseits mehr und mehr abhängig von finanziellen Zuwendungen aus allen denkbaren Richtungen. Sie hängen am Tropf des Staates, den sie als Hauptquelle ihrer Einnahmen mißbrauchen. Dabei haben sich die Parteien nicht gescheut, das Grundgesetz, in dem eine staatliche Parteienfinanzierung ausdrücklich nicht vorgesehen ist, einfach zu ignorieren und sich illegal selbst zu bedienen. So wurden immer wieder Parteienfinanzierungsgesetze erlassen, von denen man wußte oder wissen mußte, daß sie verfassungswidrig waren, und nach Abschluß der verlässlich folgenden Verfassungsklage auch für verfassungswidrig erklärt wurden. Bis zur Rechtsfestsetzung vergehen aber viele Jahre, in denen es sich gut von der illegalen Praxis leben läßt, denn bedauerlicherweise hat noch kein Verfassungsgericht die Parteien zur

Rückzahlung der zu Unrecht erhaltenen Gelder verurteilt, weil ihm dazu die Kompetenz fehlt.

Die nunmehr fast fünfzigjährige Geschichte der Parteienfinanzierung in Deutschland liest sich als eine Aneinanderreihung ständiger Verfassungsbrüche, semi-legaler Handlungen und Akte der Selbstjustiz mit dem Ergebnis, daß sich die Parteien mit ihrer Salamtaktik inzwischen durchgesetzt haben und einem mübe geklopften Verfassungsgericht praktisch den Anspruch staatlicher Finanzierung abgetrotzt haben.

Die Parteien sind im Umgang mit ihren Finanzen moralisch und faktisch korrumpiert. Sie sind über die Abhängigkeit von Spenden in die Abhängigkeit von Einzelinteressenten geraten, die ihre politischen Wünsche und Ziele über die Parteien durchsetzen wollen. Die Parteien bestreiten den Zusammenhang zwischen finanziellen Zuwendungen und politischen Gefälligkeiten vehement. Sie verweisen darauf, daß die Spenden aus den unterschiedlichsten Richtungen kommen und sich gegenseitig austarieren, aber der Einfluß des Geldes auf den politischen Entscheidungsmechanismus ist viel subtiler als ein einfaches Tauschgeschäft. Geld verschafft Zugang für Personen und Gehör für Argumente, was angesichts der Fülle und Vielfalt von Meinungen, die auf die Politiker einströmen, schon die "halbe Miete" sein kann.

Wir stoßen hier auf ein viel weitergehendes strukturelles Problem der Parteien. Nicht nur über finanzielle Abhängigkeiten sind sie mehr und mehr zu einer Ansammlung von Vertretungen der verschiedensten Einzelinteressen geworden, sondern auch über die personelle Zusammensetzung der Parlamente. Viele Abgeordnete treten ganz bewußt als Vertreter bestimmter berufsständischer oder Wirtschaftsinteressen auf, was sich in der Bildung von Gruppen innerhalb von Fraktionen widerspiegelt, die teilweise – ohne es sich einzugestehen – der verlängerte Arm großer gesellschaftlicher Interessenverbände sind. Die Parteien sehen diesen Zustand nicht als Problem, im Gegenteil, sie verstehen sich als Konglomerat der verschiedensten gesellschaftlichen Interessen, die von ihnen harmonisiert und integriert werden sollen. Diese Idealvorstellung von der integrativen Funktion der Parteien wird aber in der Praxis mehr und mehr verfehlt. Integration bedeutet Befriedigung auf der Basis eines Kompromisses, bei dem alle zu kurz kommen, aber um des gemeinen Wohles willen dennoch zufrieden sind. Diese zweite Komponente, die Vertretung des Gemeinwohls gegenüber den

Einzelinteressen, wird weitgehend vernachlässigt. Das liegt daran, daß die Parteien sich damit zufriedengeben, diese Einzelinteressen gegeneinander auszutarieren und die Frage, was das Gemeinwohl ist, nicht mehr reflektieren.

Der schlagende Beweis für diese Behauptung sind der Bundeshaushalt und die öffentlichen Haushalte allgemein. Sie sind das Ergebnis eines Bemühens, allen wohl und keinem wehe zu tun, wobei einige besonders kräftige Schreier oder besonders geschickte Manipulatoren auch noch übergebührlich gut bedient werden: die Bauern, die Werften, die Kumpel, die Industrie, die Studenten, das Militär, und nicht zu vergessen: die Parteien und die Politiker – sie alle werden bedient. Die radikale Frage aus der Sicht des Gemeinwohls, ob ein solcher durch Subventionen aufgeblähter Haushalt zu Lasten zukünftiger Generationen überhaupt zulässig ist – diese Frage wird von den Parteien nicht gestellt und kann von ihnen nicht mehr gestellt werden, weil sie über ihren hektischen Harmonisierungsbemühungen die Fähigkeit zur echten Integration und das heißt zur Einbeziehung der Gemeinwohlintereessen verloren haben. In diesem Zusammenhang ist es ein geradezu epochales Ereignis, daß der neue Finanzminister Eichel ein Sparkonzept für den Bundeshaushalt entwickelt hat, das vielen, denen es trotzdem weiterhin sehr gut geht, ein wenig wehtun würde. Man darf gespannt sein, wie weit sein Kanzler, seine Partei, die kurzfristige Wahlerfolge witternden Oppositionsparteien, die am Geldhahn der Parteien sitzenden Verbände auf diesen Gemeinwohllappell reagieren.

Die Bindung an die real existierenden Einzelinteressen ist eine wesentliche Ursache für die fehlende Innovationsfähigkeit der Parteien. Der amerikanische Wirtschaftssoziologe John Kenneth Galbraith sieht unsere Demokratie in einer Kultur der Zufriedenheit versinken. Vergleichbar sei diese Situation mit dem vorrevolutionären 18. Jahrhundert. Nach seiner Ansicht hat sich in der entwickelten Demokratie inzwischen eine Mehrheit derjenigen herausgebildet, die mit dem Status quo zufrieden sind und sich jeder Veränderung widersetzen. Sie bestimmen den Kurs der Politik und lassen neue Ideen, die zu eventuell notwendigen Systemveränderungen führen, erst gar nicht zu. Nicht die Probleme, sondern die Ansichten der Mehrheit zu diesen Problemen bestimmen die Ausrichtung der Parteien auf diesem Feld – und zwar die der zur Wahl gehenden Mehrheit.

Die Lähmung der Parteien durch die Bindung an die Vielzahl der Einzelinteressen hat eine Schwächung ihrer politischen Entscheidungskompetenz zur Folge. In der vielseitigen Bindung an die widerstreitenden Interessen und dem Bemühen, ihnen allen gerecht zu werden, verstricken die Parteien sich in endlose Diskussionen, ohne die erlösenden Worte zum Handeln zu finden. Ein aktuelles und besonders deutliches Beispiel, das für viele andere steht: das Ladenschlußgesetz. Alle Reden vom notwendigen Schutz vor Ausbeutung der Angestellten oder von der Selbstaussbeutung der kleinen Gewerbetreibenden, von der Verhinderung der Flucht aus der Sozialversicherungspflicht, von der Aufgabe, die Verödung der Innenstädte zu verhindern. Diese Dinge sind nichts anderes als – möglicherweise in wohlmeinender Absicht – vorgeschobene Argumente von Spezialinteressenvertretern, die ihre Sprachrohre in den Parteien gefunden haben. Die Parteien glauben, ihre Gemeinwohlverpflichtung darin zu erfüllen, diesen schrillen Chor der Stimmen zu harmonisieren oder durch Zugeständnisse hier und da zum Schweigen zu bringen. Ihnen ist die Antenne für ihre eigentliche politische Sendung abhanden gekommen, nämlich zu prüfen, wieweit der Ladenschluß eine Angelegenheit des Gemeinwohls ist und somit überhaupt zu den politischen Aufgaben gehört.

Wir stoßen hier auf das entscheidende Problem unserer Parteiendemokratie. Die Verflechtung der Parteien mit den zahllosen Einzelinteressen der modernen Gesellschaft hat zu einer uferlosen Ausweitung des Politischen, zu einer Einengung des politikfreien Raumes geführt. Was wir eben schon als eine Folge der personellen Okkupation von Schlüsselstellungen der Gesellschaft durch die Parteien aufgedeckt haben, wird noch verstärkt durch das falsche Selbstverständnis der Parteien, insbesondere der Volksparteien, die sich als das Sammelbecken aller in der Gesellschaft vorhandenen Einzelinteressen sehen. Hier hat sich eine fatale Eigendynamik entwickelt: indem die Parteien sich dieser Interessen annehmen, werden sie politisch relevant mit der Folge, daß ein Regelungsbedarf entsteht, der binnen kurzer Zeit als selbstverständlich empfunden und nicht mehr hinterfragt wird. Für die Parteien ist Regelungsbedarf – auch wenn es unausgesprochen bleibt – immer auch ein Stück Machtentfaltung, so daß sie, auch wenn sie unter dem Ansturm der Begehrlichkeiten stöhnen, sich doch im Grunde diesen Anforderungen gerne stellen.

Daher ist auch nicht zu erwarten, daß die Parteien zum rettenden, aber mit Verlust von Macht und Einfluß verbundenen Befreiungsschlag ansetzen werden und das Politische entrümpeln, es von all dem befreien, was sich als parasitär und Kettenhaft an die Politik angehängt hat, aber einer Regelung durch den Staat überhaupt nicht oder nicht mehr bedarf. Die Entstaatlichung als die eigentliche Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft ist zumindest den deutschen Parteien bisher nicht bewußt geworden, suchen sie doch umgekehrt ihren Gemeinwohlauftrag darin, mittels staatlicher Regelungen möglichst allen gutzutun. Dies hängt mit dem Grundmißverständnis der Parteien über sich selbst und ihrer Rolle in der Demokratie zusammen. Dies ist vermutlich unausrottbar verwurzelt in unserem autoritär geprägten Staatsverständnis. Für Deutsche, die nie eine andere Tradition als obrigkeitlich bestimmte Staatsverfassungen gehabt haben, wird auch die Demokratie nicht vom neuen Souverän, d. h. dem demokratischen Staatsbürger, definiert. Die Demokratie wird weitgehend formal praktiziert als Regierung, die aus freien Wahlen entsteht und bei Nichtgefallen auch wieder abgewählt werden kann – eine unzweifelhaft große Errungenschaft gegenüber den bisherigen deutschen Verfassungen. Aber der emphatische Charakter der Demokratie, daß sie ein freiwilliger Zusammenschluß von Menschen ist, die ihre Angelegenheiten, soweit es geht, selber regeln und nur so viel Regelungsbedarf und Regierungsgewalt haben, wie sie unbedingt brauchen, hat in Deutschland und bei den deutschen Parteien keinen Widerhall gefunden. Im Gegenteil, die Parteien sehen sich als Teil des Staatsapparates – und die unglückliche Formulierung in unserem Grundgesetz, die ihnen Verfassungsrang einräumt, bestätigt sie nur in diesem Selbstverständnis. Sie verstehen sich zwar als Sachwalter der Bürgerinteressen, aber eher so wie der gütige Landesherr früherer Zeiten, der ja auch immer ein offenes Ohr und ein gutes Herz für seine Landeskinder hatte. Sie sind von ihrem Selbstverständnis her nicht in der Lage, sich als Repräsentanten der Bürger gegen den Staat zu definieren und ihre Aufgaben darin zu sehen, den Freiheitsraum des Bürgers vor der Politisierung aller Lebensbereiche zu schützen.

Was aber erwarten die Mitglieder des politischen Gemeinwesens Bundesrepublik Deutschland von ihren Repräsentanten, von den Parteien? In welche Richtung werden sich die Bedürfnisse, Wünsche

und Erwartungen entwickeln, die die Menschen an die Politik richten?

Wie sich unsere Gesellschaft in ihrem Gesamtcharakter geändert hat und weiterentwickeln wird, so hat sich und so wird sich auch ihr Verhältnis zur Politik und zu den Parteien verändern. Die Generation nach dem Krieg war bewußt und notgedrungen unpolitisch. Sie war mit dem Wiederaufbau der Existenz beschäftigt und aus diesem Grund und unter dem Schock der vorausgegangenen Totalpolitisierung des Volkes politisch skeptisch, distanziert und teilnahmslos. Dieses Vakuum haben die Parteien als einzig politisch Aktive, die noch dazu in der Verfassung mit hoher Weihe ausgestattet waren, ungehemmt ausgefüllt und damit die Politik monopolisiert.

In dieser Zeit und unter diesem Verständnis hat sich die spezifisch deutsche Form der Parteiendemokratie etabliert, in der die Parteien sich praktisch mit dem Staat identifizieren und in alle Bereiche der Gesellschaft hineinoperieren.

Die Bürger ließen es geschehen, weil sie anderweitig beschäftigt waren. Sie stellten auch keine großen Ansprüche an den Staat, sondern empfanden es als selbstverständlich, zunächst selbst für sich zu sorgen. Mit strebsam und anspruchslos könnte man die Einstellung der Gesellschaft jener Zeit kennzeichnen. Die demokratische Grabesruhe, in deren Frieden sich die Parteien einbunkerten, wurde durch die 68er-Bewegung empfindlich gestört. Eine revolutionäre Minderheit, deren Aufbruchstimmung aber den Nerv der Zeit traf, wollte endlich Demokratie verwirklichen. Partizipation am politischen Geschehen anstelle der bisherigen Apathie gegenüber der Politik war angesagt. Die Parteien wurden als Instrumentarien zur Umsetzung politischer Forderungen entdeckt und von politischen Aktivisten erobert.

Inhaltlich ging es dieser neuen Politik darum, die demokratischen Ideale der Gleichheit und Freiheit konkret umzusetzen. Vieles davon ist verwirklicht worden. Die deutsche Gesellschaft wurde nicht nur strukturell, sondern auch mental, zumindest was ihr Verhältnis zum Staat und zum Politischen betraf, durchgewalkt und umgekrempelt.

Neben zahlreichen positiven Veränderungen wurde in dieser Zeit aber auch der Keim zu einer Mentalitätsverschiebung gelegt, die sich heute zum Grundübel unserer Gesellschaft und zum stärksten Hemmschuh für grundlegende gemeinwohlorientierte Reformen entwickelt hat: das Anspruchsdenken wurde politisch sanktioniert. Wie die meisten Übel

hatte auch dieses zunächst seinen "guten" Grund in allzu Wohlgemeintem: in der Umkehr der Gewichte zwischen Bürger und Staat. Nach dem neuen Demokratieverständnis wurden dem Bürger Rechte und Ansprüche verdeutlicht, die der Staat ihm zu erfüllen habe. Spätere Politikergenerationen, denen der ideologische Kern der 68er fehlte, beteiligten sich nichtsdestoweniger genauso eifrig aus opportunistischen Gründen daran, dem Bürger alle möglichen Ansprüche nahezulegen und aus dem schier unerschöpflichen Füllhorn der Steuern und Abgaben auch zu erfüllen.

Inzwischen haben wir das Vollstadium und gleichzeitig das Jammertal der Anspruchsgesellschaft erreicht. Der Bürger – von den Parteien jahrelang durch die Suggestion verwöhnt, daß für alle seine Probleme der Staat, die Politik, die Gesellschaft einzuspringen haben – hat eine Versorgungsmentalität entwickelt, die nun, da die Spielräume enger und die Wünsche und Ansprüche schwer bis unerfüllbar werden, zu Aggressionen gegen den Staat und seine verlogenen Repräsentanten und zu rücksichtslosen Verteilungskämpfen führt. Die politischen Repräsentanten sind unfähig und nicht gewillt, das Scheitern ihrer Versorgungspolitik zuzugeben, und versuchen, mit belanglosen Korrekturen hier und dort (vor allem da, wo es keine organisierten Widerstände gibt!), dieses Eingeständnis hinauszuschieben. Dabei bedienen sie sich und ihr derzeitiges Wählerklientel aus dem, was zukünftige Generationen erst noch erwirtschaften sollen, oder anders ausgedrückt, die bis heute noch mit geringen Einschränkungen praktizierte Vollversorgung des Bürgers geht in Form von riesigen Haushaltsdefiziten voll zu Lasten der nächsten Generation.

Auf die politische Abstinenz der Wiederaufbaujahre und den politischen Idealismus der 68er ist der politische Zynismus der 80er und 90er Jahre gefolgt, eine Aufweichung der politischen Moral auf allen Ebenen: Korruption bei der öffentlichen Verwaltung nicht nur als singulärer Skandal, sondern als Üblichkeit, wenn man nicht nur die kriminelle Korruption, sondern auch die kleine Korruption der verschleierten Nebentätigkeiten, der Privataktivitäten im Dienst, des unberechtigten Fernbleibens von der Arbeit und andere Illoyalitäten gegenüber dem anonymen, blinden Dienstherrn, der Öffentlichkeit, zählt.

Die Selbstbedienungsmentalität der Politiker ist geradezu zum Markenzeichen unserer Zeit geworden. Dabei geht es gar nicht so sehr um die Höhe



der Gehälter – immer noch vornehm-verschämt Diäten genannt, sondern um die zahlreichen versteckten, zum Teil steuerfreien Nebeneinkünfte und die geradezu luxuriösen Übergangs- und Pensionsbezüge, die meist nicht einmal auf die hochdotierten Gehälter angerechnet werden, die man nach Aufgabe des Mandats oft genug gerade aufgrund der politischen Karriere erhält. Bangemann ist da nur der aktuellste und krasseste Fall. Nicht verwunderlich, daß bei den Bürgern der Steuerbetrug zur Selbstverständlichkeit wird, den man reinen Gewissens betreibt, weil man von oben die Beispiele geliefert bekommt, wie man sich beim "Staat" bedient.

Ein weiteres Kennzeichen unserer Zeit ist die weitgehende Entpolitisierung, eine neue Distanz zur Politik (ohne daß man dabei ihren Tentakeln entgeht), aber nicht wie in den 50er Jahren, als man die Zeit für den Aufbau der eigenen Existenz nutzen wollte, sondern als gelangweiltes Abschalten, um sich um so mehr auf die Freizeitgestaltung konzentrieren zu können. Es ist eine heimliche Flucht aus der gesellschaftlichen Verantwortung, die sich nicht zuletzt auch in der epidemisch angewachsenen Reiselust der Deutschen manifestiert.

Wir stehen zweifellos an einem kritischen Punkt in der Entwicklung unserer Gesellschaft, weil zunehmend die Fehlentwicklungen des totalen Versorgungsstaates klar werden. Wohin die Entwicklung geht, ist derzeit noch nicht absehbar. Zum einen ist die Anspruchsmentalität weitgehend ungeboren, und mit knapper werdenden Ressourcen wird immer aggressiver umgegangen. Zum anderen wächst eine geradezu revolutionäre Stimmung gegen die unerträgliche und als Unrecht empfundene Steuer- und Abgabenbelastung heran.

Das Auseinanderbrechen der Solidargemeinschaft scheint durchaus im Rahmen des Möglichen. Falls sie überhaupt je existierte, wurde sie mehr unbeachtet als begeistert getragen. Heute sind die Jungen mit der Tatsache konfrontiert, daß sie innerhalb des bisherigen Systems nur noch Zahlende sind, aber für sie selbst nichts mehr übrigbleibt. Die Aufkündigung des Generationsvertrages wird bereits offen diskutiert.

An die Stelle der Solidarität der 50er, der idealistischen Aufbruchstimmung der 70er und der Selbstzufriedenheit der 80er Jahre ist eine tiefe Verunsicherung der Gesellschaft getreten, eine Zukunftsangst und Resignation vor allem bei der Jugend, die sich in hemmungslosem Protest oder gnadenloser Verachtung alles Etablierten, insbeson-

dere der staatstragenden Parteien, niederschlägt. Andererseits gibt es aber auch Gegenströmungen, eine Bereitschaft zum Engagement, zur Übernahme von Verantwortung, zur Regelung von Aufgaben, jedoch nicht im Schulterschuß mit den etablierten politischen Kräften, sondern in kühler Distanz zu ihnen, weil diese versagen, oder in eindeutiger Ablehnung, weil man glaubt, die Dinge allein besser zu machen. Eine neue Bewegung der Entstaatlichung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben ist angesichts der tatsächlichen Überforderung und des kläglichen Versagens der Parteien und der Politiker im Entstehen. Man entdeckt auch in Deutschland die Tugenden des Kommunitarismus, einer amerikanischen Bewegung, die individuelle Verantwortung und Bereitschaft zum gemeinschaftlichen öffentlichen Handeln dem allumfassenden Versorgungsstaat entgegensetzt. Und sogar einige Parteiexponenten beginnen allmählich, sich mit dieser politischen Alternative anzufreunden, weil sie ihnen einen Ausweg aus dem selbstverschuldeten Dilemma verspricht.

Wie reformfähig ist unsere Parteiendemokratie? Inwieweit sind unsere Parteien in der Lage, die eigenen strukturellen Defizite und die von ihnen mitverursachten gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu korrigieren?

Die entscheidende Reform betrifft das Selbstverständnis der Parteien und ihrer Rolle im Staat. Sie müssen anfangen, sich zurückzuziehen aus gesellschaftlichen Bereichen, ihre Aufgabe nicht darin sehen, möglichst viel zu regeln, sondern im Gegenteil die Bürger politisch so selbständig machen, daß sie ihre Angelegenheiten selber organisieren. Die Aufgabe der Parteien und der Politiker ist die Erziehung zum Staatsbürger, der sich aktiv einmischt in das politische Geschehen. Die Parteien müssen aufhören, sich als Staatsorgane zu verstehen, die die Obrigkeit vertreten. Ihre Funktion muß es sein, den politikfreien Raum zu erweitern und die Bürger "vor dem Staat" zu schützen.

Einer solchen grundlegenden Strukturreform stehen viele starke Kräfte entgegen. Da ist einmal die politische Tradition der Deutschen, die auch die Demokratie immer noch von oben und nicht von unten definiert. Politisches Handeln wird immer noch ausschließlich verstanden als Sorge für den Bürger und nicht als Unterstützung seiner politischen Selbständigkeit. Aus der Fürsorge und Versorgung der Bürger – die bei uns in vielen Bereichen bis zur Entmündigung vorangetrieben wurden – gewinnt man die Rechtfertigung der

eigenen Existenz, schließlich bedeutet die Entlassung des Bürgers in die Selbständigkeit auch Verlust von Macht und Einfluß für die Parteien. Dies ist zweifellos das Haupthindernis für eine grundlegende Reform. Die Parteien haben sich im Laufe der Jahre von dem im Grundgesetz entworfenen Idealbild eines Hilfsorgans, eines Mediums zur Willensbildung des Volkes weit entfernt und sind eigene Machtfaktoren, ja die eigentlichen Machtträger des Staates geworden. Von dieser Macht werden sie sich freiwillig nicht trennen, im Gegenteil, Macht tendiert dazu, sich auszuweiten, was auch am Beispiel der Parteienmacht ausreichend dokumentiert worden ist.

Die Entwicklung unserer Demokratie hin zur Parteiendemokratie ist das eigentliche Problem; diese Entwicklung belastet eine potentiell offene Staatsverfassung mit einer Tendenz zur Trägheit und zum Widerstand gegen Veränderungen. Als Machtapparate sind die Parteien natürlich in erster Linie an der Erhaltung dieser Strukturen interessiert.

Es gibt nur zwei denkbare Situationen, in denen eine Reform von den Parteien selbst ausgehen könnte: Entweder sie erwarten durch die Reform eine Ausweitung ihrer Macht, oder sie sehen ihre Macht durch das Beharren auf den gegebenen Umständen ernsthaft gefährdet. In der Praxis kommen diese beiden Möglichkeiten sogar am häufigsten in Kombination vor, dergestalt, daß die Parteien mit kleinen Zugeständnissen der großen Reformbewegung den Wind aus den Segeln nehmen und derart ihre Macht weiter festigen.

Die Parteien, die von den Vätern des Grundgesetzes quasi als Geburtshelfer und Ammen der Demokratie gesehen wurden, erweisen sich mehr und mehr als ihre potentiellen Totengräber, weil sie der offenen Struktur der Demokratie ihre beharrungssüchtigen Machtapparate entgegenstellen. Die "Parteien-Demokratie", insbesondere in der Form, in der sie sich in der Bundesrepublik Deutschland herausgebildet hat, ist eine *contradictio in se*, die Parteien erwürgen den freien Geist der Demokratie. Sie müssen radikal demokratisiert werden, d. h. sie müssen toleranter, offener, veränderungswilliger werden und nur machtwaltend und nicht machtmehrend agieren.

Es lassen sich drei Aufgabenbereiche benennen, in denen die Parteien mit Reformen ansetzen müssen, nicht nur um den veränderten Umständen und den neuen Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden, sondern vor allem um die Demokratie in

unserer Gesellschaft und für unsere Gesellschaft zu erhalten. Dabei geht es bei allen drei Reformbestrebungen um dasselbe Kernproblem: die Partizipationsbereitschaft der Bürger am politischen Geschehen zu wecken, die Partizipationsmöglichkeiten zu erweitern, ihre Partizipationsfähigkeiten zu stärken und auf diese Weise Demokratie überhaupt wirklich zu praktizieren.

- Zum ersten, die Parteien müssen den Raum für politische Partizipation erweitern, indem sie den unseligen Trend zu immer mehr Fürsorge und Versorgung des Bürgers umkehren und sich im Gegenteil aus mehr und mehr Bereichen zurückziehen, die privat und eigenverantwortlich selbst verwaltet und organisiert werden können. Einiges spricht dafür, daß diese Reform zumindest in Ansätzen ins Rollen kommt. Denn der Versorgungsstaat und die ihm huldigenden Parteien kommen von zwei Seiten in Bedrängnis: zum einen ist der Wohlfahrtsstaat längst über seine Grenzen hinausgeschossen und kurz vor dem Kollaps, zum anderen ist aus den unterschiedlichsten Gründen eine Bewegung für mehr bürgerschaftliches Engagement und Übernahme von Verantwortung auch in unserer Gesellschaft im Wachsen. Die Parteien sollten aber nicht nur widerwillig diesem doppelten Druck nachgeben, sondern ihn als eine Aufforderung interpretieren, ihre Rolle, ihren Einfluß und die Grenzen ihrer Macht in einer demokratischen Gesellschaft grundlegend zu überdenken. Nur wenn sie sich freiwillig zurücknehmen und die partizipatorischen Bewegungen als willkommene Ergänzung zu ihrer bisherigen politischen Alleinvertretung begrüßen, wird diese Reform gelingen, die für das Weiterleben unserer Demokratie entscheidend ist.

- Das zweite Reformfeld für die Parteien ist ihre innere Struktur. Sie müssen sich selbst öffnen und weiten, was aber zwangsläufig mit einer Lockerung der Bindungen und Verpflichtungen der Parteimitglieder verbunden ist. Wenn die Parteien mehr Menschen an sich binden wollen, kann das in unserer postmodernen Gesellschaft nicht in Vereinsstrukturen aus der vorindustriellen Zeit geschehen. Die Parteien müssen von Mitgliederparteien zu "Anhänger"-Parteien werden, wie dies in Amerika, dem gesellschaftlich modernsten und demokratisch entwickeltesten Land schon seit langem praktiziert wird. Die Wähler registrieren sich als Anhänger oder Sympathisanten der Parteien und haben dadurch das Recht, an allen Kandidatenaufstellungen beteiligt zu sein. Natürlich hat auch dieses System seine Nachteile, aber es ist der Demokratie als

einer offenen Verfassung, die möglichst viele Bürger am politischen Prozeß beteiligen will, angemessener als unsere starren Vereinsstrukturen. In jedem Fall ist dies die Richtung, in die sich die Parteien bewegen müssen, wenn ihre Bemühungen den Namen Reform verdienen wollen.

• Das dritte Feld der Reform ist am schwierigsten zu bestellen, weil es noch stärker als die anderen mit der Aufgabe von Macht verbunden ist. Es geht um das Selbstverständnis der Parteien und ihre Aufgabe in der Demokratie, ob sie sich, wie es im Grundgesetz steht, als Hilfsorgane zur politischen Willensbildung der Bürger verstehen oder, wozu sie sich in der Praxis entwickelt haben, als Sammelbecken, Schulungsstätten, Rekrutierungs- und Nachschubhasen für Berufspolitiker. Die heutige Parteiendemokratie hat die Entwicklung zum Berufspolitiker gefördert, indem die Parteien sich in den Dienst von politischen Karrieristen stellen und von diesen geführt und beherrscht werden. Eine Reform wird nicht über die freiwillige Selbstbeschränkung der inzwischen an die Politik als Beruf gewöhnten Führungskräfte zu erreichen sein. Nur durch eine institutionelle Beschränkung bei der Besetzung politischer Ämter könnten die Parteien sich dem Griff der Berufspolitiker wieder entwinden und wieder in den Dienst ihrer Anhänger und Wähler stellen.

Die Begrenzung der Amtsdauer in der Politik hat sicherlich auch Nachteile, doch dürfte der vielgeschworene Verlust von Erfahrung durch das erzwungene Ausscheiden routinierter Abgeordneter, Minister, Kanzler, Oberbürgermeister, Stadtverordneter, Parteivorsitzender usw. mehr als ausgeglichen werden durch die Frische und Vielfalt, den Optimismus und die Initiative der Neuen, die an ihre Stelle nachrücken. Warum sollte das, was in allerhöchsten Staatsämtern, zum Beispiel dem des amerikanischen Präsidenten oder des deutschen Bundespräsidenten, mit positivem politischen Effekt praktiziert wird, ungeeignet oder schädlich sein für viel weniger bedeutende und schwierige Ämter? Es sollte dabei sicherlich erlaubt sein, sich nach einer Abstinenzperiode um das selbe Amt erneut zu bewerben. Es würde dem Politiker und der Gesellschaft guttun, wenn er in der Zwischenzeit gezwungen würde, seinen Erfahrungshorizont zu erweitern und die gesellschaftliche Wirklichkeit aus einem anderen Blickwinkel kennenzulernen. Es würde dazu beitragen, das Auseinanderdriften von Politikern und Alltagswelt, das zu gegenseitigem Unverständnis führt, zu ver-

hindern. Wenn mehr politische Positionen durch die Räumung von Erbhöfen frei würden, könnten mehr Menschen an die Politik herangeführt werden, vor allem solche, die von sich aus nicht an einer lebenslangen politischen Karriere interessiert sind, sich aber für eine überschaubare Zeit ihres Lebens in den Dienst der Sache stellen würden.

Solche freiwillige Selbstbeschränkung ist nicht sehr wahrscheinlich, doch ganz aussichtslos ist es nicht, daß diese Reform in Gang kommt. Die Grünen haben mit dem Rotationsprinzip die Tür aufgestoßen zu einem radikal anderen Verständnis von der Tätigkeit eines Politikers. Manches daran hat sich als unpraktisch und ineffektiv erwiesen, etwa das Nachrücken neuer Parlamentarier zur Halbzeit der Legislaturperiode, aber vom Grundsatz her ist dieses Prinzip geeignet, die Politik durchlässiger und offener zu machen und aus Berufspolitikern mit lebenslangen Karrieren in der Politik wieder echte Repräsentanten des Volkes werden zu lassen. Für solche geradezu revolutionären Veränderungen unserer Parteiendemokratie scheint im Moment die Zeit nicht reif. Aber wer hätte 1964 auf dem Höhepunkt der Adenauer-/Erhard-Selbstzufriedenheit voraussagen können, wie die politische Landschaft nur vier Jahre später, 1968, aussah?

Vielleicht ist die sich hier und da regende kommunitaristische Bewegung, die für mehr Eigenverantwortung der Bürger und Reduzierung der wuchernden Staatsbürokratie eintritt, die neue Reformkraft für den Umbau der Parteiendemokratie. Eines ist sicher: ohne eine radikale Veränderung der Parteiendemokratie heutigen Stils ist das Überleben unserer Demokratie auf dem Weg ins nächste Jahrtausend aufs höchste gefährdet.

### Mehr Bürgerbeteiligung

"Mit Rücksicht auf die Weltläufigkeit des Kapitals müssen wir zwangsläufig supranational denken und handeln. ... Europa kann nur gelingen, wenn die Menschen unten erfahren, dass sie oben mit ihren Sorgen und Wünschen gehört und ernst genommen werden. Dazu braucht es Vermittler und eine viel stärkere Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung außerhalb von Wahlen. Plebiszite kann ich mir auf europäischer Ebene nicht gut vorstellen. Aber vor Ort bedarf es besserer Partizipation der Bürger."

*Bundesverfassungsrichterin Jutta Limbach,  
Exporthit Grundgesetz - ein Interview,  
in: Die Zeit Nr. 8 vom 18. Februar 1999, S. 10.*

# Demokratie im 21. Jahrhundert \*

## Schritte notwendiger Entwicklung

Roland Geitmann

Wir stehen erst am Anfang und werden mit ihr nie zu Ende sein. Demokratie lebt von ständiger Weiterentwicklung und bleibt stets gefährdet. Der fortschreitende Souveränitätsverlust des Staates zugunsten wirtschaftlicher Mächte ist ebenso offensichtlich wie Effektivitätsmängel (Staatsverschuldung, Reformstau und Kulturabbau u.a.) und schwindender Rückhalt in der Bürgerschaft (sinkende Wahlbeteiligung, Parteien- und Politikerverdrossenheit). Deswegen tut Besinnung darüber Not, in welcher Weise wir die Institutionen und Verfahren politischer Willensbildung fortentwickeln sollten. Die Jubiläen "50 Jahre Grundgesetz" und "150 Jahre Frankfurter Paulskirche" geben dazu besonderen Anlass.

### I. Demokratie als soziale Gestaltungsaufgabe

#### 1. Geltungsbereich der Volkssouveränität

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 20 Abs. 2 S.1 Grundgesetz, GG). Dieses Bekenntnis zur Volkssouveränität enthält gleichzeitig ihre Beschränkung; denn sie bezieht sich nicht etwa auf alle Bereiche der Gesellschaft, sondern nur auf *Staatsaufgaben*. Was *Staatsaufgabe* ist, umreißt der nächste Satz des Art. 20 Abs.2: Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung, also Rechtsetzung und -anwendung. Weil das Recht gemäß dem Gleichheitsgebot (Art. 3 GG) für alle gilt, müssen alle Rechtsunterworfenen hieran (direkt oder indirekt) mitwirken können. Nur dann wird es als Recht und nicht als Fremdherrschaft empfunden.

Die Volkssouveränität kann sich also nur darauf beziehen, was Recht sein soll, nicht aber darauf, wie wir uns als Individuen entfalten, was wir meinen und glauben (Kultur), und auch nur rahmensetzend darauf, wie wir wirtschaftend unsere materiellen Bedürfnisse befriedigen (Wirtschaftsleben).

Wir haben uns indessen daran gewöhnt, der vollziehenden Gewalt immer mehr Aufgaben zuzuschieben, obwohl das Grundgesetz durch den Grund-

rechtekatalog (Art. 1-19) als Erstes die individuellen Freiheiten verbürgt. So sollen z.B. nach Art. 5 Abs.3 GG Wissenschaft und Forschung frei sein. Staatlich finanzierte Hochschulen und Forschungsstätten machen jedoch die Forschung von bürokratischen Entscheidungen abhängig; soziale Grund-sicherung und Forschungsgutscheine in der Hand aller Bürgerinnen und Bürger könnten Schritte auf dem Weg zu mehr Freiheit sein.

Obwohl Art. 5 Abs.3 GG auch die Freiheit der Lehre garantiert und das Schulwesen gemäß Art. 7 Abs.1 nur unter der "Aufsicht" des Staates steht, gestatten wir dem Staat, auch inhaltlich festzulegen, was in Schulen gelehrt und gelernt wird; folglich tritt Systemangepasstheit an die Stelle individueller Entfaltung. Stattdessen könnten Bildungsgutscheine das in Art. 7 Abs.4 GG versprochene Recht auf ein vielfältiges Schulwesen gewährleisten.

Für das Wirtschaftsleben enthält das Grundgesetz nur wenige, aber bedeutsame und völlig unzureichend realisierte Vorgaben. "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen", heißt es in Art. 14 Abs.2 GG. Und gemäß Art. 15 GG können "Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel ... zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz ... in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden". Statt diesen Wegweisern zu folgen, hat sich die Wirtschaft in der BRD ohne ausreichende Sozialbindung entwickelt. Wild wuchernd beherrscht sie auch die anderen Bereiche der Gesellschaft, das Kulturleben und den Staat, zerstört die materiellen Lebensgrundlagen und erhöht die sozialen Spannungen. Der Staat sieht sich immer mehr genötigt, an den Symptomen ökologischer und sozialer Defekte herumzukurieren, und verheddert sich in einem wirren Netz bürokratischer Regelungen und Eingriffe.

\* Überarbeitete Fassung eines Beitrags zur 5. CGW-/INWO-Tagung am 14. Mai 1999, der zuvor schon am 13. März 1999 bei den 25. Mündener Gesprächen der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft vorgetragen wurde.

Dabei ist es gar nicht Aufgabe des Staates, das Soziale selbst zu organisieren. Das Grundgesetz spricht in Art. 20 Abs.1 und Art. 28 Abs.1 wohlweislich nicht von "Sozialstaat", sondern von "sozialem Bundesstaat" bzw. von "sozialem Rechtsstaat". Das Soziale ist also Adjektiv des Rechts, erhoffte Auswirkung sachgerechter Rahmenordnung. Nur letztere zu gestalten ist Aufgabe des Staates mit dem Volk als Souverän, nicht die Kultur selbst und auch nicht die Wirtschaft.

Statt den Problemen hinterherzulaufen, die sich mangels ausreichender Rahmenordnung ständig verstärken, und reparierend und freiheitsbeschränkend einzugreifen, hätte der Staat durch richtiges Recht dafür zu sorgen, dass sich das Kulturleben frei und die Wirtschaft in sozialer, die Bedürfnisse der Menschen befriedigender Weise entfalten können.

In Kultur und Wirtschaftsleben kann nicht das Volk der Souverän sein. Im Kulturleben ist es das einzelne Individuum, da es um dessen Entfaltung geht. Im Wirtschaftsleben sind Souveräne die verschiedenen Assoziationen wirtschaftlicher Zusammenarbeit, da nur auf dieser Zwischenebene die erforderlichen Informationen verfügbar sind. Demokratie im Sinne von Volkssouveränität passt nur für den Staat und meint Gleichheit aller Menschen sowohl bei der Entstehung als auch bei der Anwendung des Rechts.

Durch sachgerechte Rahmenordnung, die den gleichen Zugang zu allen Gemeinschaftsgütern, der Erde und auch dem Geld, gewährleistet, soll der Staat Kultur- und Wirtschaftsleben ermöglichen, statt sie fehlzusteuern und vormundschaftlich selbst zu betreiben. Richtiges und akzeptiertes Recht kann in einer reifer werdenden Gesellschaft nicht mehr durch Intuition weniger Menschen, sondern nur unter Beteiligung aller Rechtsunterworfenen gefunden werden.

## 2. Amt und Mandat

Wegen des hohen Aufwands kann das Volk als Souverän nur in Ausnahmefällen Entscheidungen selber treffen. Öffentliche Ämter und gewählte Mandatsträger sind deshalb unverzichtbar. Sie ermöglichen (halbwegs) rationelle Entscheidungsabläufe, fachliche Kompetenz und Kontinuität, Machtbalance, Vertrauen und Minderheitenschutz, bedürfen aber öffentlicher und gerichtlicher Kontrolle.

Das *Wahlrecht* ist entwicklungsfähig und -bedürftig. Eine weitere Senkung des Wahlalters auf

16 Jahre ist mit Recht in der Diskussion und in sechs Bundesländern für die kommunale Ebene bereits realisiert. Wer dem Recht unterworfen ist, müsste grundsätzlich auch wahlberechtigt sein. Die Tatsache, dass Kinder dieses Recht noch nicht in angemessener Weise ausüben können, darf nicht dazu führen, ihre Belange unter den Tisch fallen zu lassen. Folgerichtig wäre es deswegen, den Eltern entsprechend der Zahl ihrer wahlunmündigen Kinder zusätzliche Stimmrechte zu geben. Es ist sehr anregend sich auszumalen, wieviel kinder- und familienfreundlicher unsere Politik auf allen Ebenen wäre, wenn wir ein solches *Elternstimmrecht* hätten.

Die innovationshemmende Wirkung der *5-Prozent-Klausel* ließe sich nicht nur durch deren Senkung lindern, sondern auch durch eine Ersatzstimme, die für den Fall gilt, dass die primäre Stimmabgabe wegen der Klausel praktisch nicht zum Tragen kommt. Eine solche Regelung würde die Wähler aus dem Dilemma befreien, einer kleinen, aber vielversprechenden Partei nur deswegen die Stimme zu versagen, weil sie vermutlich an der 5-Prozent-Klausel scheitert.

Angehörige der *Europäischen Union* sollten nicht nur auf kommunaler, sondern auf allen politischen Ebenen dort wählen können, wo sie leben. Die breitere Inkaufnahme doppelter Staatsbürgerschaft würde vermeiden helfen, dass Ausländer als Menschen zweiter Klasse gelten, obwohl sie bei uns leben und auch für uns arbeiten, dem Recht unterliegen und deswegen auf dessen Ausgestaltung Einfluss nehmen können sollten.

Der Vielfalt, Transparenz und Beeinflussbarkeit und damit der Demokratie dient es, wenn Kompetenzen entsprechend dem *Subsidiaritätsprinzip* möglichst weit unten und dezentral angesiedelt werden. Die Stärkung kommunaler und regionaler Selbstverwaltung liegt deshalb im Interesse demokratischer Entwicklung.

## 3. Formen der Bürgerbeteiligung

Wahl und die Möglichkeit der Nichtwiederwahl sind allein noch zu wenig. Lebendig wird Demokratie erst, wenn Wähler/innen und Gewählte in dauerndem Gespräch bleiben. Parteien, Verbände und Medien sind als vermittelnde Institutionen unentbehrlich und fördern dann die Demokratie, wenn es ihrer jeweils viele gibt, die sich in offenem Wettbewerb ergänzen und ausbalancieren, intern demokratische Grundregeln einhalten und in

ihrem Wirken nach außen transparent sind.

Statt gemäß Art. 21 Abs. 1 GG an der politischen Willensbildung (lediglich) "mitzuwirken", beherrschen die Parteien den Staat und durchdringen selbst das Kulturleben. Der Einfluss der Verbände ist unterschiedlich stark und oft alles andere als transparent. Wirtschaftliche Interessen engen auch den Spielraum der auf Werbeeinnahmen angewiesenen Medien ein.

Alle Instrumente der Demokratie bleiben lediglich Annäherungsversuche. Das gilt auch für die besonders auf kommunaler Ebene praktizierten Anhörungen, Erörterungsveranstaltungen und Bürgerversammlungen, Beiräte und Kommissionen. Wie diese könnten auch Projekt- und Arbeitsgruppen, Foren, Runde Tische und Zukunftswerkstätten, Anwaltsplanung, Mediation und Gemeinwesenarbeit intensiver genutzt werden.

Von Peter Dienel<sup>1</sup> intelligent entwickelt ist die sogenannte "Planungszelle". Nach Zufallsprinzip ausgewählte Personen werden für einige Tage von ihrer Arbeit freigestellt und vergütet, um zu einer bestimmten Fragestellung mit Unterstützung durch Experten und Moderatoren ein Gutachten zu erstellen. Diese im In- und Ausland inzwischen vielfach praktizierte Beteiligungsform erreicht alle Altersstufen und Schichten, erweist sich als höchst kreativ und motivierend, ist auf allen politischen Ebenen einsetzbar und beliebig vermehrbar, allerdings auch recht kostenintensiv.

Alle diese durchaus ergiebigen und noch erweiterbaren Formen unverbindlicher Bürgerbeteiligung drohen jedoch zur "Spielwiese" zu verkommen, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht die Möglichkeit haben, dann, wenn viele es wollen, über Sachfragen und Gesetze auch selbst zu entscheiden.

## II. Direktdemokratische Verfahren als notwendige Ergänzung

### 1. Gründe und Einwände

Als *Gründe* mögen folgende Thesen dienen:

- Demokratie bleibt in Unmündigkeit stecken, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht die Möglichkeit haben, die Entscheidung wichtiger Sachfragen an sich zu ziehen. Anwendungsfreundliche Regeln über Initiativen, Volksbegehren und -entscheide auf allen politischen Ebenen fördern breite Lernprozesse (im Unterschied zur Demoskopie) und sind deshalb Voraussetzung *politischer Erwachsenenwerdens*.

- Direktdemokratische Verfahren *ergänzen und stärken* das repräsentative System, indem sie anhand einzelner Fragen Menschen für Politik interessieren, Engagement herausfordern und wie in einer Matrix quer zu Parteien und Verbänden politische Zusammenarbeit und Willensbildung bewirken.

- Der Haupteffekt fairer direktdemokratischer Verfahrensregeln liegt nicht in ihrer Anwendung, sondern im bloßen Vorhandensein dieses Instruments, das als letzter Trumpf wie ein *Türöffner* alle anderen Formen der Bürgerbeteiligung aktiviert. Diese "Vorwirkung" ist umso stärker, je anwendungsfreundlicher die Regelung ist.

- Direktdemokratische Verfahren sind ein notwendiges Korrektiv und ein Tor für neue politische Ideen, beleben den Wettbewerb, wirken der Politikverdrossenheit entgegen und erhöhen die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Bürgerinnen und Bürger erleben sich als *Subjekt* (und nicht nur als Objekt) des politischen Geschehens und übernehmen Verantwortung.

Dagegen werden mancherlei *Einwände* erhoben:

- Direktdemokratische Verfahren seien zu *aufwendig*. - Entsprechend selten und nur zu wichtigen und allgemein interessierenden Fragen finden sie statt.

- Die Bürgerinnen und Bürger seien *mangels Informationen* überfordert und manipulierbar. - Ausreichende Zeiträume, Mitwirkung der Medien, gleichberechtigte Informationen durch öffentliche Stellen und Kostenerstattung verbessern den Informationsgrad. Auch Abgeordnete sind oft schlecht informiert und beugen sich trotzdem Fraktionszwängen, während sich Bürgerinnen und Bürger bei mangelhafter Information richtigerweise der Stimme enthalten.

- Die Bürgerinnen und Bürger werden *Fehlentscheidungen* treffen – nicht anders als auch die Abgeordneten, werden aber gegebenenfalls aus eigenen Fehlern eher lernen als aus denen der Abgeordneten, die ohnmächtige Bürger in die Resignation treiben.

- Direktdemokratische Verfahren gefährden *Minderheiten*. - Auch direktdemokratische Entscheidungen sind an das jeweils höherrangige Recht gebunden, insbesondere an die Grundrechte und unterliegen verfassungsgerichtlicher Überprüfung. Die Todesstrafe wieder einzuführen wäre nicht einmal durch Verfassungsänderung möglich. Direkt-demokratische Verfahren können verdeckte Vorurteile und Aversionen überwinden helfen.

- Direktdemokratische Verfahren seien zu *unflexibel*. - Dies lässt sich durch geeignete Verfahrensregeln verbessern (u.a. Änderungs- und Rückzugsklausel, Konkurrenzvorlage, mehrfaches Stimmrecht und Stichfrage).

## 2. Rechtslage

Die Volksgesetzgebung war von Anfang an eine Forderung der Arbeiterbewegung, die sich in der Weimarer Reichsverfassung auch durchsetzte, allerdings mit ungeeigneten Regelungen, die alle Verfahren zum Scheitern brachten. Im internationalen Vergleich ist Deutschland mit direktdemokratischen Verfahren noch im Rückstand. Die Erfahrungen insbesondere in der Schweiz und amerikanischen Bundesstaaten sind insgesamt ermutigend<sup>2</sup>.

**a.** Der oft gehörte Einwand, das *Grundgesetz* habe sich gegen direkte Demokratie entschieden, ist nur bedingt richtig. Denn nach der Fundamentalnorm des Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG wird die Staatsgewalt vom Volke "in Wahlen und Abstimmungen" ausgeübt. Dieses im Prinzip gleichberechtigte Nebeneinander von Wahlen und Abstimmungen steht zudem unter dem Schutz der "Ewigkeitsklausel" des Art. 79 Abs. 3 GG. Richtig ist allerdings, dass das Abstimmungsrecht im Gegensatz zum Wahlrecht außer im Art. 29 GG über die Länderneugliederung keine nähere Ausgestaltung erfahren hat, obwohl Regelungen zumindest darüber zu erwarten und auch notwendig wären, wer die Initiative zu Volksabstimmungen ergreifen kann, und über deren Verhältnis zum parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren.

Dieser Widerspruch wird durch einen Blick in die Entstehungsgeschichte verständlich<sup>3</sup>. Volksbegehren und Volksentscheid waren im Parlamentarischen Rat zwischen dem befürwortenden Zentrum und der KPD einerseits, großen Teilen der CDU und FDP andererseits und innerhalb der SPD Gegenstand einer Kontroverse. Entsprechend zunächst positiver Äußerungen zur Volksabstimmung erhielt Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG seine jetzige Fassung. Vorschläge seitens des Zentrums und der KPD zur entsprechenden Ausgestaltung des Abstimmungsrechts wurden jedoch im Hauptausschuss und im Plenum abgelehnt. Um den sich daraus ergebenden und allgemein erkannten Widerspruch in entgegengesetzter Richtung aufzulösen, beantragten CDU-Vertreter, die Worte "und Abstimmungen" in Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG zu streichen, was jedoch ebenfalls mehrheitlich abgelehnt wurde.

Das nur als Provisorium gedachte Grundgesetz überließ damit die nähere Ausgestaltung des Abstimmungsrechts der Zukunft. Auf dem Fundament der in Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG festgelegten Volkssouveränität sind in S. 2 mit den Worten "Wahlen und Abstimmungen" zwei Säulen angelegt, die zweite allerdings nur unvollständig als Sockel, weil die Zeit dafür noch nicht reif schien. Zum Thema "Volksabstimmung" besteht demnach ein Auftrag zur Fortentwicklung des Grundgesetzes, der spätestens seit der Wiedervereinigung Deutschlands zur Erfüllung ansteht.

**b.** Der ostdeutsche Ruf des Jahres 1989 "Wir sind das Volk" hat in den Verfassungen insbesondere der neuen Bundesländer seinen Niederschlag gefunden. Inzwischen gibt es auf *Landesebene* in allen Bundesländern Regelungen über direktdemokratische Verfahren, allerdings mit unfairen Hürden und erheblichen Einschränkungen. Initiativen aus der Bevölkerung scheiterten häufig an den allzu hohen Unterschriftsquoren des Volksbegehrens (so zum Beispiel 1994 bei Initiativen in Thüringen für Mieterschutz und Arbeitsplätze) sowie an Auschlussstatbeständen oder an fehlender Landeskompetenz. Einige Initiativen waren zumindest in der Sache erfolgreich, so 1978 das Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen gegen die kooperative Gesamtschule und 1995 die Schausteller und Marktkaufleute in Baden-Württemberg in ihrem Widerstand gegen die Streichung des Pfingstmontags.

Mehr Erfahrungen konnten die Bayern sammeln, was mit der Nähe zur Schweiz und vergleichsweise vernünftigen Verfahrensregeln zusammenhängt. Die christliche Gemeinschaftsschule, die Abwehr allzu starken Einflusses der CSU auf den Bayerischen Rundfunk und das Müllkonzept sind Kompromisse, die durch Volksbegehren zustande kamen. Den ersten erfolgreichen Volksentscheid in Deutschland erzielte 1995 die Initiative "Mehr Demokratie" mit der Einführung des Bürgerentscheids auf kommunaler Ebene. 1998 wurde auf diesem Wege die Abschaffung des Senats beschlossen, wogegen dieser Klage beim Staatsgerichtshof eingereicht hat.

**c.** Was sich die Schweizer alle ein bis zwei Jahre pro *Gemeinde* leisten, einen von Bürger/innen initiierten Entscheid über eine kommunale Sachfrage, das gab es in Deutschland jahrzehntelang nur in Baden-Württemberg, und zwar in einer so ängstlich-engen Regelung, dass es pro Gemeinde durchschnittlich nur alle 18,5 Jahre einmal vorkam. Ungezählte Bürgerbegehren verhinderte der soge-

nannte "Positivkatalog", der bis heute aufzählt, was bürgerentscheidsfähig ist. Nicht darunter fallen gerade die umstrittenen Projekte wie Bauleitplanung, Straßenbau und Rathäuser. Immerhin sind auf diesem Wege manche Bunkerbauten und Parkhäuser verhindert worden und haben die Bürger der Gemeinde Schönau es durchgesetzt, die Stromversorgung in eigene Hände zu übernehmen und damit ein bundesweit vernehmliches Signal für kommunale Energiepolitik zu setzen.

Das Land Schleswig-Holstein eröffnete im Jahr 1990 den Reigen der Bundesländer (darunter alle neuen), die seitdem in rascher Folge das Instrument des Bürgerbegehrens und -entscheid in mehr oder weniger verbesserter Fassung einführen. Wirklich anwendungsfreundlich ist bislang nur die bayerische Regelung, die seit ihrer Einführung rege wahrgenommen wird. In den ersten drei Jahren gab es 679 Verfahren und damit mehr als in Baden-Württemberg in 43 Jahren. Die vor der Volksabstimmung dramatisch beschworenen Befürchtungen, kleine aktive Minderheiten würden künftig wichtige Vorhaben blockieren und die Schaffung von Arbeitsplätzen, Kindergärten und Behinderteneinrichtungen verhindern, haben sich nicht bewahrheitet. Die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung liegt (begünstigt durch viele kleinere Gemeinden) bei 51,4 %. 2/3 der Bürgerbegehren wurden von unorganisierten Bürger/innen gestartet. Damit erweist sich dieses Instrument als zusätzliche Einstiegsmöglichkeit für politisches Engagement, quasi als "Talentschuppen" für künftige Kommunalpolitiker/innen<sup>4</sup>.

### 3. Initiative "Mehr Demokratie"

Impulsiert u.a. durch Joseph Beuys und vorbereitet durch die Achberger Aktion Volksentscheid in den 80er Jahren, bemüht sich der seit 1988 bestehende Verein "Mehr Demokratie" (zunächst unter dem Namen "IDEE – Initiative DEMokratie Entwickeln") um Einführung und Verbesserung direktdemokratischer Verfahrensregeln auf allen politischen Ebenen. Von ihm betriebene "Volksentscheide über den Volksentscheid" hatten nicht nur in Bayern (1995)<sup>5</sup>, sondern 1998 auch in Hamburg (für die Stadtbezirksebene) Erfolg. Weitere Verfahren sind in Vorbereitung in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen, während Berlin und Bremen entsprechende Anträge dem Verfassungsgerichtshof vorlegten; das System wehrt sich.

Eine Auswirkung all dieser Bemühungen ist die rot-grüne Koalitionsvereinbarung von 1998, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene durch Grundgesetzergänzung zu ermöglichen. Die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion wird jedoch dies entweder verhindern oder das Instrument durch Hürden und Klauseln so verunstalten, dass es nicht praktikabel ist. Deshalb plant Mehr Demokratie, im Frühjahr 2001 mit einer Unterschriftenaktion über einen ausformulierten Gesetzentwurf<sup>6</sup> zu beginnen. Mit einer selbst organisierten Volksinitiative und danach einem Volksbegehren nach den vorgeschlagenen Verfahrensregeln, ergänzt eventuell durch Bundesratsinitiativen einzelner Länder aufgrund dort möglicher Volksentscheide (so in Schleswig-Holstein und Brandenburg) soll so viel politischer Druck ausgeübt werden, dass die Parlamentarier/innen die Zustimmung nicht länger verweigern können.

Ob das Instrument des Volksentscheid seinen demokratischen Sinn erfüllt, hängt entscheidend davon ab, ob die Verfahrensregeln sachgerecht und anwendungsfreundlich sind. Die Quoren für Initiative und Begehren sind nicht höher anzusetzen, als es zur Relevanzprüfung für den dadurch ausgelösten öffentlichen Aufwand erforderlich ist. Die in den Bundesländern üblichen weit höheren Quoren zwischen 1/10 bis 1/5 der Stimmberechtigten für das Volksbegehren überschreiten diese Grenze um ein Vielfaches und wirken abschreckend und verhindernd.

Schädlich und sachwidrig sind Beteiligungs- und Zustimmungsquoren beim Volksentscheid. Im Gegensatz zu Wahlen berühren Sachfragen nicht alle Bürger/innen in gleichem Maße. Beteiligungsquoren von 50 % wie in der Weimarer Verfassung und Zustimmungsquoren von 25 oder 30 % wie in einigen Landesverfassungen und in den meisten Gemeindeordnungen lassen selbst deutliche Mehrheitsentscheidungen scheitern. Denn Gegner versuchen erfahrungsgemäß, die Unentschlossenen dadurch auf ihre Seite zu ziehen, dass sie Stimmhaltung empfehlen und die öffentliche Diskussion boykottieren. Der Sinn des Verfahrens, das öffentliche Ringen um die beste Lösung, erfüllt sich nicht; Demokratie findet nicht statt. Ein gutes Instrument wird durch fehlerhafte Regelungen in sein Gegenteil verkehrt. Beteiligungs- und Zustimmungsquoren wirken wie eine Aufforderung zum Weiterschlafen, statt potentielle Gegner der Initiative aufzuwecken und zu aktivieren.



Unberechtigt sind auch die üblichen Negativkataloge, die aus der Sicht der Staatsorgane besonders brisante Angelegenheiten von Volksbegehren und -entscheiden ausnehmen: Haushaltsplan, Abgabengesetze und Besoldungsordnungen. Die Gründe hierfür sind so durchsichtig wie fadenscheinig. Die bestallten Staatsdiener wollen sich ihre Pfründe nicht in Frage stellen lassen. Doch im Blick auf die nach Art. 20 Abs. 2 GG umfassende Volkssouveränität lassen sich solche Einschränkungen nicht rechtfertigen.

Immer mehr Kompetenzen wandern ab auf die Ebene der Europäischen Union und werden dort von Kommission und Ministerrat entschieden, während der Einfluss des Parlaments noch immer gering ist. Die Stärkung des Parlaments ist überfällig und kann auch durch die Einführung des Volksschleids auf EU-Ebene nicht ersetzt werden; denn dort kommen direktdemokratische Verfahren wegen ihres Aufwands und ihrer Schwerfälligkeit nur ausnahmsweise und bei besonders weitreichenden Weichenstellungen in Betracht. Dafür aber sollten entsprechende Verfahren bereitstehen. Deswegen ist es zu begrüßen, dass Mitglieder von Mehr Demokratie in internationalen Kontakten auch für diese Ebene Überlegungen anstellen<sup>7</sup>.

### III. Chancen für sozialreformerische Anliegen

#### 1. Entwickelte Demokratie als Voraussetzung

Gelegentlich hört man die Auffassung, unsere zerstörerisch wirkende Geld- und Bodenunordnung sei wie ein Defekt am Autovergaser, den ein geschickter (Sozial-)Techniker auch ohne die Mitfahrenden beheben könne. Eine solche Trennung von Sozial(un)ordnung und beteiligten Menschen beruht auf einem anthropologischen Irrtum und ist zudem gefährlich, weil sich Sozialreformer mit solcher Grundeinstellung gelegentlich auch Diktaturen andienen.

So sehr soziale Unordnung menschliche Entwicklung hemmt (weswegen Sozialreformen so überaus dringlich sind), so deutlich ist an den umgekehrten (und wohl primären) Wirkungszusammenhang zu erinnern, dass die sozialen Verhältnisse und insbesondere Ordnung und Art unseres Wirtschaftens Spiegelbild unserer seelisch-geistigen Verfassung sind. In der Art unseres Umgangs mit Geld zeigen sich unsere "Drogenkrankheit" der

grenzenlosen Reichtumsvermehrung, Habgier und Götzendienst. Nicht umsonst finden logische und hilfreiche Vorschläge zur Geldreform kaum Gehör.

Es müssen sich zwar nicht alle Menschen zunächst aus der (wider-)geistigen Herrschaft Mammons gelöst haben, damit eine Geldreform Chancen hat. Aber ohne dass eine wirkungsvolle Minderheit – quasi als Speerspitze der Entwicklung – in dieser Richtung sichtbare Schritte macht und diese in kleinen Zusammenhängen erprobt, wird sich nichts Heilsames ereignen. Deswegen brauchen wir Demokratie und damit eine für Veränderungen von unten offene Gesellschaft. Geldwesen und Bodenordnung betreffende Sozialreformen sind ein viel tiefer reichendes Reformprojekt, als es manche Anhänger meinen. Es geht nur *mit* den Menschen und erfordert viel Geduld.

#### 2. Regionale Experimente

Hoffnungsvoll und hilfreich sind Hunderte von Tauschringen in zahlreichen Ländern, in denen Menschen das Miteinanderwirtschaften neu buchstabieren<sup>8</sup>. Sie erleben dabei, welche großen Chancen darin liegen, dass ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse verschieden sind und sich wunderbar ergänzen, dass Wirtschaft sich im Mit- und Füreinander entfaltet und dass die Preisbildung Fairness erfordert. Bezeichnenderweise kommt kein Tauschring auf die Idee, Guthaben positiv zu verzinsen und damit Zeit zu Geld zu machen; denn die Teilnehmer merken alsbald, dass das Angebot reichlich und eher die zögerliche Nachfrage das Problem ist. Manche Tauschringe (insbesondere soweit sie dem Schweizer "Talent"-Experiment folgen) haben deshalb den Gedanken des Negativzinses auf Guthaben aufgegriffen und erfahren dabei die umlaufsichernde und segensreiche Wirkung eines alternden Zahlungsmittels.

Solche Initiativen können stärkere Resonanz gewinnen, wenn sie sich in breite lokale Reflexionsprozesse einbringen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 entsprechend dem Auftrag der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992<sup>9</sup>. Auch das direktdemokratische Instrumentarium kann dazu dienen, sozialreformerische Anliegen zu Gehör zu bringen. Die gemeinnützige Omnibus GmbH für Direkte Demokratie mit Thomas Mayer, Brigitte Krenkers und Johannes Stüttgen will diesen Weg erproben<sup>10</sup>. Unter dem Namen "Zahlungsnetzwerk München-Geld" will die-

se Gruppe (mit Unterstützung u.a. der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, CGW) das von Dieter Suhr und Hugo Godschalk<sup>11</sup> entwickelte Modell *Oeconomia Augustana* bzw. Netzwerk Neutrales Geld in die Tat umsetzen. Bürgerbegehren und -entscheid sollen das Vorhaben in die Öffentlichkeit tragen und die Stadt München zum Mitmachen bewegen.

Das Projekt ReWIR 2000 des CGW-Mitglieds Helmut Becker in Halle für die EXPO 2000-Korrespondenzregion Dessau-Wittenberg-Bitterfeld sowie für Freiburg nutzt für eine Art regionaler Zweitwährung den Werbeeffect von Gutscheinen für teilnehmende Wirtschaftsbetriebe<sup>12</sup>. Beide Projekte sind hervorragende Beispiele, wie Bürgerinnen und Bürger in Modellen Kernfragen der Sozialordnung innovativ zu beantworten versuchen.

Schon jetzt geben die landesverfassungsrechtlichen Regelungen in Brandenburg und Schleswig-Holstein die Möglichkeit, mittels Volksbegehrens und Volksentscheids auch Bundesratsinitiativen auf den Weg zu bringen. Zum Geldwesen ist der Regelungszugang durch die Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene zwar erschwert, was die Notwendigkeit direktdemokratischer Verfahrensregeln für die EU unterstreicht. Ermutigend wirkt andererseits, dass gerade die EU seit kurzem an vier Standorten Projekte lokaler Währungen fördert<sup>13</sup>. Die Zusammenarbeit mit kleinen Nachbarländern und der Kontakt mit der für Innovationen durchaus aufgeschlossenen EU-Bürokratie können also Chancen eröffnen.

### 3. Zusammenarbeit mit Mehr Demokratie

Die Bemühungen der Freiwirtschaftsbewegung, mittels einer eigenen Partei oder über andere Parteien politisch wirksam zu werden, waren nicht erfolgreich. Der in Deutschland leider immer noch nicht beendete Versuch einer eigenen Partei (FSU) erlag der Illusion, aus den freiwirtschaftlichen Reformvorstellungen ließe sich ein umfassendes Parteiprogramm entwickeln. Statt das Gedankengut für breitere Bewegungen zur Verfügung zu stellen, bewirkte die Partei Abkapselung und Isolierung. Andere Parteien, die an Macht interessiert nur vorhandenes Bewusstsein widerspiegeln, statt Neues zu entwickeln, werden solche kühnen Reformgedanken erst dann aufgreifen, wenn sie dafür eine

spürbare Resonanz in der Bevölkerung erwarten können.

Deswegen erscheint es erfolgversprechender, statt in Parteiformation sich in Formen politisch zu betätigen, die an Sachfragen orientiert nach Bündnispartnern suchen lassen. Fair geregelte direktdemokratische Verfahren bieten hierfür ein geeignetes Instrumentarium. Gescheiterte Bodenrechts-Initiativen in der Schweiz zeigen, dass auch dies keine Garantie ist, wohl aber ein Weg, zukunftsweisende Ideen in die breite Öffentlichkeit zu bringen. Die Schweizer haben gelernt, geduldig mehrere Anläufe zu machen, um schließlich mit einem Reformanliegen durchzukommen. Für einen solchen zwar mühsamen, aber durch viele menschliche Kontakte auch sehr schönen und langfristig wohl einzig erfolgreichen Weg sollten sich auch die Anhänger der Freiwirtschaftsbewegung entscheiden.

### Anmerkungen:

- 1 Die Planungszelle, 4. Aufl. 1997.
- 2 Dazu Silvano Möckli, *Direkte Demokratie*, 1994.
- 3 Dazu Utmar Jung, *Grundgesetz und Volksentscheid*, 1994.
- 4 Tim Weber, *Der Bürgerentscheid in Bayern*, in: *Bürgerbegehren und Bürgerentscheid*, hrsg. v. Akademie für politische Bildung Tutzing und Landeszentrale für politische Bildungsarbeit München (1998) S. 155/162.
- 5 Michael Seipel/Thomas Mayer, *Triumph der Bürger – Mehr Demokratie in Bayern und wie es weitergeht*, 1997. – Roland Geitmann, *Mehr Demokratie in Bayern und anderswo*, in: *Fragen der Freiheit* Nr. 237/1995, S. 34–56.
- 6 Entwurf für die Bundesebene samt Begründung abgedruckt in *Zeitschrift für direkte Demokratie* Nr. 43 (Juni 1999); weitere Informationen über das Projekt in der Sonderausgabe dieser Zeitschrift 2. Aufl. (Frühjahr 1999), erhältlich bei Mehr Demokratie, Öschstraße 24, 87437 Kempten, Telefon: 0831-570 76 89; Fax: 0831-58 59 200; siehe auch das im Herbst 1999 im Olzog-Verlag erscheinende Buch "Mehr direkte Demokratie wagen!" hrsg. v. H. Heußner und O. Jung.
- 7 Dazu: *Transnationale Demokratie* (1995) hrsg. von Erne, Gross u.a..
- 8 Darüber informieren u.a. Günter Hoffmann, *Tausche Marmelade gegen Steuererklärung* (1998); Robert Islinger, *Einkaufen ohne Geld* (1998); Manon Baukhage/Daniel Wendl, *Tauschen statt bezahlen* (1998); Richard Douthwaite/Hans Diefenbacher, *Jenseits der Globalisierung* (1998).
- 9 Dazu: *Handbuch Lokale Agenda 21* (1998) hrsg. vom Bundesumweltministerium Bonn und vom Umweltbundesamt Berlin.
- 10 Hierüber informiert die Schrift "Soziale Skulptur Deutschland", Unternehmensbeschreibung der Onnibus-Gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie, Öschstraße 24, 87437 Kempten, Telefon: 0831-570 76 89; Fax: 0831-58 59 200.
- 11 *Optimale Liquidität* (1986).
- 12 S. dazu die Broschüre "ReWIR 2000. Sich selbst und seine Region nachhaltig fördern", hrsg. v. Neue Arbeit e.V., Humperdinckstr. 16, 06844 Dessau.
- 13 Richard Douthwaite, *Lokale Währungen – gefördert durch die EU*, in: *ReWIR 2000* (s. Anm. 12) S. 12 ff..

# Die Idee der Sozialen Skulptur

Johannes Stüttgen <sup>1</sup>

Der Quellpunkt der Omnibus-Gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie ist der von Joseph Beuys entwickelte erweiterte Kunstbegriff – ein Kunstbegriff also, der die Grenzen der traditionell als 'Kunst' bezeichneten Disziplinen (Architektur, Bildhauerei, Malerei, Dichtung, Musik, Schauspiel, Oper, Tanz usw.) überschreitet und sich als universaler Gestaltungsbegriff auf die radikale Neugestaltung aller Lebens- und Arbeitsfelder der Menschen bezieht. Kunst wird in diesem Sinne begriffen als Kreativität des Menschen schlechthin, als die Schöpferkraft, die in der Freiheit und Selbstbestimmung der menschlichen Individualität wesensmäßig gründet. Das beinhaltet auch der bekannte Satz von Joseph Beuys: "Jeder Mensch ist ein Künstler." Die Kunst steckt als Fähigkeit in jedem Menschen, nicht nur in ein paar Auserwählten. Es handelt sich dabei um die Freiheitsenergie. Die Lage, in die wir uns in den letzten Jahrzehnten als Menschheit hineinmanövriert haben, macht es erforderlich, daß diese Idee immer klarer in der Öffentlichkeit vertreten wird. Ein Gesichtspunkt ist dabei der Gedanke eines freien Schulwesens in Selbstverwaltung; auch der Gedanke der direkten Demokratie muß realisiert werden. Die Verwirklichung der Freiheitsgestalt des sozialen Organismus auf allen Gebieten hängt von unserer Behutsamkeit und Ausdauer ab. Auch das hat etwas mit Kunst zu tun – Kunst hier verstanden nicht als Spezialbereich, sondern als alles umfassende Methode im Vorgehen bei der Neugestaltung des sozialen Lebens. Ein menschliches Prinzip, das statt Zwang den Freiheitsimpuls setzt, statt Dogmatismus und Fanatismus menschliche Wärme und Liebe. Kunst ist das, was uns von innen mit Energie versorgt, die wir brauchen, um die Verhältnisse selbst zu einem Gesamtkunstwerk, zu einer Sozialen Plastik, zu gestalten.

Der erweiterte Kunstbegriff verschafft einen Einblick in das Wesen der Plastik als allen Prozessen innewohnendes Gestaltungsprinzip und ist die zentrale Wesensbestimmung des Menschen. Er umfaßt den Begriff der Gestaltung in seiner ganzen Spanne, ausgehend vom Ursprung der Gestaltung, der Fähigkeit (Produktivkraft), über ihren Einsatz in der Arbeit (Produktion) bis hin zu ihrem Ergebnis (die Produkte – im einzelnen und in

ihrem Zusammenhang im Ganzen). Beides, die Gestaltungspotenz als der Ursprungspol, eingebracht in die Arbeit, sowie das durch die Arbeit Hervorgebrachte als der Endpol, charakterisiert das Vermögen des Menschen – und damit das Kapital im eigentlichen Sinne. Joseph Beuys hat diesen Tatbestand in der Grundformel: "Kunst = Kapital" zum Ausdruck gebracht. Unmittelbar wird einsichtig, daß dieser neue wesensgemäße Kapitalbegriff eine völlige Neuorientierung des gesamten Arbeitsfeldes der Menschheit gebietet, jenes Bereichs also, wo die Arbeit aller als Kooperation großen Stils stattfindet, nämlich des Unternehmens- bzw. Produktionsbereichs der arbeitsteiligen Weltwirtschaft. Tatsächlich begründet der wesensgemäße Kapitalbegriff, auf das Wirtschaftswesen bezogen, die zwei Wirtschaftswerte:

	Fähigkeiten (Wirtschaftswert 1)
Kapital =	Erzeugnisse (Wirtschaftswert 2)

die im Produktionsbereich durch die gemeinsame Arbeit aller in der arbeitsteiligen Kooperative und im schöpferischen Eingriff in die Naturgrundlage (Transformation der Ressourcen mithilfe der Produktionsmittel) miteinander verbunden werden. <sup>2</sup>

Diese Sicht der Sache hat Konsequenzen für die Gestalt des Sozialen Organismus im Ganzen. Zu ermitteln ist eine Rechtsform, die diesem Kapitalbegriff (und damit der Natur des Menschen, sowie seiner gesamten Einflusssphäre im ökologischen Zusammenhang) voll entspricht, also einen Kreislauf von Aufbau- und Abbauprozessen (Produktion-Konsumtion) ermöglicht, in dem beide Wirtschaftswerte zu einer optimalen Entfaltung kommen können. Eine solche Rechtsform hätte also im Hinblick auf den Menschen als freiem, schöpferischem Wesen das Zentralprinzip des Kapitalbegriffs, die Selbstbestimmung des Menschen (und zwar aller Menschen!), uneingeschränkt zu berücksichtigen – hätte also zu garantieren:

1. den selbstbestimmten Einsatz der Fähigkeiten des Einzelnen in der gemeinsamen Arbeit mit anderen = selbstverwaltete Unternehmen im Produktionsbereich der arbeitsteiligen Wirtschaft,

2. die selbstbestimmte, gleichberechtigte Befriedung des Bedarfs aller an den Produkten = den wirklich freien Markt. <sup>3</sup>

Die Frage nach der Rechtsform auf der Grundlage des wesensgemäßen Kapitalbegriffs und des durch ihn bestimmten Wirtschaftskreislaufs führt aber ganz von selbst bei einer vorurteils- und ideologiefreien, d.h. phänomenologischen Betrachtungsweise) zur Frage nach dem Geld. Denn die Bedingung jeglicher Produktion und die Voraussetzung zur Bildung und Inbetriebnahme eines Unternehmens ist die Kreditierung – bzw. auf das Ganze des Produktionsbereichs bezogen, ein Kreditierungssystem. Ebenso Bedingung für die Befriedung des Bedarfs an Produkten ist das Einkommen der Menschen und die Preisregelung der Produkte (Güter), die auf dem Markt erscheinen. Kredit, Einkommen und Preise beziehen sich auf Geld oder umgekehrt: Das Geldwesen ist die Regelung der Kredit-, Einkommens- und Preisfrage.

Die Kredit-, Einkommens- und Preisfrage, somit die Frage des Geldes, bezieht sich aber auf die Rechte und Pflichten der Menschen – und nicht auf deren Fähigkeiten, auch nicht auf die Arbeitserzeugnisse, also nicht auf das Kapital. Auf diesen Unterschied kommt es wesentlich an: Geld ist nicht Kapital! Geld ist der Rechtsregulator des Wirtschaftskreislaufs.

Führt die Betrachtung des erweiterten Kunstbegriffs zu einem elementaren Kapitalbegriff und die genaue Beschreibung des Kapitalbegriffs zu einem vollständigen Bild des Wirtschaftskreislaufs, so stößt man bei der Frage nach dem Rechtsregulator dieses Wirtschaftskreislaufs auf den Geldbegriff und damit auf einen zweiten Kreislauf, den Geldkreislauf. Erst aufgrund der präzisen Unterscheidung von Kapital und Geld ist das gesunde Zusammenspiel beider Kreislaufsysteme im Sozialen Organismus und eine organische Betrachtungsweise dieses Komplexes überhaupt möglich.<sup>4</sup>

Damit wird klar, daß das Geldwesen demokratisiert werden muß. Denn das Geld gehört in die Rechtssphäre und die Rechtssphäre muß gemäß dem Entwicklungsstand des modernen, d.h. zeitgemäßen Rechtsempfindens und -bewußtseins nach den Prinzipien der Demokratie (= Herrschaft des Volkes, der "Basis", von unten nach oben / Gleichberechtigung für alle) ausgerichtet werden. Von Demokratie aber kann nicht die Rede sein, solange rechtliche Vereinbarungen der Menschen untereinander durch die Macht des Geldes unterlaufen werden können.<sup>5</sup>

Wer diese Gesichtspunkte zu Ende denkt, kommt zu einem klaren Bild der Zusammenhänge und erkennt, wie die Krankheit der Gesellschaft in ihrem

jetzigen Zustand von der Wurzel her therapeutisch behandelt werden kann und behandelt werden muß. Er sieht die Grundzüge einer organischen Ganzheitsfigur des ökologischen Gesellschaftskörpers entsprechend der Freiheitsfigur des menschlichen Wesens: die Soziale Skulptur. Dieses Bild ist in verschiedener Weise zu beschreiben, immer aber enthält es folgende Prinzipien:

### **1. Das Selbstverwaltungsprinzip im Unternehmensbereich und die freie Informations-ebene.**

Es folgt aus der Wesensbestimmung des Menschen als Künstler, als freies, schöpferisches Individuum, als sich Selbstbestimmender. Sämtliche Unternehmen im Produktionsbereich der Wirtschaft, zu denen auch die Unternehmen gehören, die die menschlichen Fähigkeiten entwickeln – Schulen, Hochschulen, Kindergärten, Krankenhäuser usw. –, sind auf die Basis der Selbstverwaltung zu stellen. Sie sind der Ort, wo die Kreativität aller in der gemeinsamen Arbeit zusammenkommt und die Erzeugnisse als Ergebnis der Fähigkeiten und Einsichten aller für alle entwickelt werden. Sie sind die Stätten des Kapitals, das identisch ist mit der Arbeit: freie Informations-, Schulungs- und Produktionszentren.

### **2. Das Geld als demokratischer Rechtsregulator der Kapitalflüsse.**

Die Selbstverwaltung der Unternehmen ist nur auf der Grundlage einer neuen Kredit-, Einkommens- und Preisordnung möglich. Einkommen ist als Menschenrecht zu erkennen und als solches – wie das Geld vom Kapital – von der Arbeit zu unterscheiden.<sup>6</sup> Damit entfällt die Lohnabhängigkeit, ebenfalls die sinnwidrige Unterscheidung von "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer". Jedes Unternehmen, das sich verpflichtet, die Fähigkeiten der Menschen, die sich in ihm als freie Kooperative zusammengeschlossen haben, zum Einsatz gemeinsamer Arbeit zu führen, hat das Recht auf Kreditierung durch ein demokratisches Zentralbanksystem. Das Unternehmen verpflichtet sich zur Rückführung der Gelder an die Zentralbank und löst diese Verpflichtung durch die Einnahme des über den Markt zustandekommenden Geldrückflusses. Damit entfällt sowohl Gewinn wie überhaupt Eigentumsbildung im Produktionsbereich. Die Preisbildung der Produkte am Markt wird von der Zentralbank im Zusammenhang mit dem Einzelunternehmen nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten demokratisch vorgenommen. Überschußbetriebe und Unterschußbetriebe (als Folge der betriebsunabhängigen

Preisbildung) werden hinsichtlich des rückfließenden Geldes, das keinen Bezug mehr hat zu einem Kapital- bzw. Wirtschaftswert, miteinander assoziiert.<sup>7</sup>

Wie der Geldkreislauf mit dem Blutkreislauf, so kann das demokratische Zentralbanksystem mit dem Herzen verglichen werden. Es ist das Herzorgan des Gesellschaftsorganismus. Es erzeugt in einem organischen Rechtsakt das Geld aus dem Nichts und führt es – als arterielles Blut – als Kredit in die Unternehmen ein, löst also damit die Produktionsprozesse aus.

Das Geld fließt dann in die Hände der Mitarbeiter als Einkommen, wird damit zum Rechtsdokument der Konsumenten zum Erwerb von Konsumgütern am Markt. An dieser Tauschstelle nun als Recht eingelöst wird es dort ungültig, wertlos und fließt – als venöses Blut – zurück ins Herzorgan, in die Zentralbank als dem Ausgangspunkt eines neuen Kreisflusses.

Die Zentralbank wird so als die demokratische Institution der Zukunft schlechthin verstanden, ein demokratisches, von unten nach oben sich dezentral entwickelndes, neues Volksparlamentssystem, wo insbesondere eine Einkommensrahmenordnung und ein soziales, ökologisches, gerechtes Preiskonzept entwickelt und beschlossen wird. Hier sollen alle Gesichtspunkte und Interessen gleichberechtigt zum Zuge kommen. Das Parlament wird kontrolliert und ergänzt durch das Instrument der Volksabstimmung nach vorheriger, freier Information. Eine "Regierung" im traditionellen Sinne wird überflüssig, der Staat – nunmehr nicht länger Unternehmer, schon gar nicht Monopolunternehmer wird reduziert auf die Verwaltung der vom Volk bestimmten Rechte.

### 3. Das im Wesen der Arbeitsteiligkeit begründete Weltwirtschaftssystem und sein bedarfsorientiertes, solidarisches, gemeinnütziges Prinzip.

Diese neue Geld-, Kapital- und Unternehmensordnung garantiert die Bedingung dafür, daß das Wesen der arbeitsteiligen Weltwirtschaft, nämlich die am Bedarf orientierte, ökologische, geistige und materielle Betreuung der Menschen, endlich voll zum Zuge kommen und sich entfalten kann. Arbeit wird erkannt als Arbeit auf Gegenseitigkeit (Arbeit ist Arbeit für andere!) – ein Prinzip, das durch die Ideologien des Kapitalismus, nämlich Lohnabhängigkeit, Profit, Eigentum an Produktionsmitteln und an Grund und Boden, verschleiert wird. Das arbeitsteilige Weltwirtschaftswesen, dessen Instrumentarien längst entwickelt sind, muß von dem

Diktat überalterter Begriffe erlöst werden. Seine menschendienende Funktion, die in ihm angelegt ist, kann es nur als im Bewußtsein der Menschen lebendes Geistwesen erfüllen. Liebe entsteht erst aus Freiheit, so auch der Frieden. (Die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist eine Frage des Überlebens.)

Das Gestaltungsziel des erweiterten Kunstbegriffs ist also der gesellschaftsökologische Gesamtorganismus in seiner Freiheitsgestalt, das Gesamtkunstwerk "Soziale Skulptur", an dessen Hervorbringung und Ausbildung jeder Mensch als Künstler mit seinen speziellen Fähigkeiten und seiner Kreativität beteiligt ist.

### Anmerkungen:

- 1 Dieser Aufsatz erschien in "Freie Internationale Universität – Organ des Erweiterten Kunstbegriffs für die Soziale Skulptur", FIU-Verlag, Wangen 1992, und wurde inzwischen überarbeitet.
- 2 Deutlich zeigt sich, daß in dieser Beschreibung des Kapitalbegriffs nicht das Geld erscheint – mit anderen Worten: daß Geld kein Wirtschaftswert ist (wie es gemeinhin und fälschlicherweise – als Ideologie des Kapitalismus – immer angenommen und geglaubt wird!).
- 3 Beide Aspekte, organisch zusammengedacht, geben Aufschluß über die innere Beziehung der 2 Wirtschaftswerte zueinander: die Selbstbestimmung des Fähigkeitsereinsatzes ist die Voraussetzung für die Qualität der Arbeitserzeugnisse und damit überhaupt erst ein Wirtschaftswert; zugleich zeigt sich der Wirtschaftswert der Erzeugnisse erst am Bedarf! Daraus ergibt sich das Bild einer Unternehmensstruktur, die die Prinzipien der Selbstverwaltung und der Gemeinnützigkeit in sich vereinigt.
- 4 Die fundamentale Bedeutung der Unterscheidung der Glieder des gesellschaftlichen Ganzen hat als erster Rudolf Steiner herausgearbeitet. Er spricht von der "Dreigliederung des Sozialen Organismus" und differenziert den Gesellschaftskörper in das Geistesleben, dem er das Prinzip der Freiheit – das Rechtsleben dem er das Prinzip der Gleichheit – und das Wirtschaftsleben, dem er das Prinzip der Brüderlichkeit zuordnet (= Selbstverwaltung – Demokratie – Gemeinnützigkeit). Daß das Geld der Rechtssphäre zuzuordnen ist, ist eine Entdeckung von Wilhelm Schmudt, dem damit die Anbindung der Dreigliederungsidee an die moderne, arbeitsteilige Weltwirtschaft und eine zeitgemäße Unternehmensstruktur gelang.
- 5 So im westlichen Privatkapitalismus – aber auch im früheren östlichen Staatskapitalismus, wo die Macht des Geldes mit der des Staates identisch war. Doch auch im Westen ist das Prinzip der Verstaatlichung, z.B. im Schul- und Hochschulwesen, bereits etabliert. Beide, Privat- wie Staatskapitalismus verhindern Selbstbestimmung und Selbstverwaltung und damit die Entfaltung des Kapitals im Sinne eines freien, demokratischen, sozialen Ganzen.
- 6 Eugen Löbl hat nachgewiesen, daß jedes Produkt das komplexe Ergebnis des "Zusammenspiels aller Kräfte in einem auf Arbeitsteiligkeit basierenden "Integralen System" ist, daß also der "Arbeitsanteil" des Einzelnen am Produkt schlechterdings nicht zu ermitteln ist und schon aus diesem Grund gar nicht Maßstab für ein gerechtes Einkommen sein kann.
- 7 Das Geld als Kredit entspricht dem Wirtschaftswert "Fähigkeiten im Einsatz in der Arbeit", als Einkommen der Konsumenten entspricht es dem Wirtschaftswert "Produktionserzeugnisse". Der Markt markiert den Punkt der Kreisläufe, des Geldes sowie der Wirtschaftswerte, wo der Aufbauprozess zum Abbauprozess wird: So landen die Produkte dort, wo sie gebraucht werden, beim Konsumenten, und das Geld fließt ohne Wertbezug zurück; denn seine Bestimmung ist erfüllt. Beide Kreise müssen neu entstehen ...

# Hamburger Erfahrungen mit Mehr Demokratie

Claudine Nierth

Hamburg schrieb am 27. September 1998 (Demokratie-)Geschichte. Zum ersten Mal wurde außerhalb Bayerns über Fragen der direkten Demokratie abgestimmt. Es war die Abstimmung mit der höchsten Zustimmung unter allen Volksentscheiden (auf Volksbegehren) seit Bestehen der Bundesrepublik. Außerdem war es erst das vierte Mal insgesamt und das zweite Mal außerhalb Bayerns, daß ein Entwurf aus dem Volk Gesetz wurde. Doch ein Wermutstropfen bleibt: Das große Vorhaben, Volksentscheide tatsächlich zu ermöglichen, ist "unecht" – am un-demokratischen Zustimmungsquorum von 50 % der Stimmberechtigten – gescheitert.

*"Nichts ist so stark, wie eine Idee deren Zeit gekommen ist" (Joseph Beuys).* Es gibt kaum einen Satz, der unsere Arbeit von "Mehr Demokratie e.V." treffsicherer beschreiben könnte. Unser Jahrhundert zeichnet sich durch rasante Veränderungen und Fortschritte aus; es gibt kaum einen Bereich, der nicht der fortlaufenden Innovation unterworfen ist. Doch wie steht's mit unserem Staatswesen, wie mit der Demokratie? Ist hier etwa die Entwicklung fertig? Ist das Ziel der Demokratie, dem Menschen die größtmögliche Freiheit und Selbstbestimmung im Rahmen der staatlichen Gemeinschaft zu ermöglichen, bereits erreicht? Keineswegs! Sonst hätte "Mehr Demokratie e.V." wohl nicht diese Erfolge.

Wer möchte heute noch in Unmündigkeit gehalten werden? Möchten wir immer nur alle vier Jahre unsere Stimme *abgeben*, um dann wieder vier Jahre zusehen zu müssen, was aus unserem 'Blankoscheck' wird? Immer mehr Menschen wollen sich aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligen und sind bereit, Verantwortung zu tragen. Warum sollen Bürger nicht in der Lage sein, sich innerhalb eines Jahres über ein Sachthema zu informieren und dann ein verbindliches Urteil abgeben zu können? Warum werden die Entscheidungskompetenzen unserer Volksvertreter höher gehängt, wo doch bekannt ist, daß Parlamentsentscheidungen in den seltensten Fällen ohne Zeitdruck, Fraktionszwang und politischem Taktieren gefällt werden? Die Erfahrungen mit den ergänzenden direktdemokratischen Verfahren in der Schweiz und in den USA sind doch ermutigend.

Während "Mehr Demokratie" in Bayern seinen ersten Erfolg bereits 1995 erzielte – die Bürger hatten sich per Volksentscheid das Recht auf Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene erworben –, begleiteten wir in Hamburg die letzten Züge des Entstehens einer Volksgesetzgebung in der Hamburger Bürgerschaft (Stadtparlament) 1996. Im Juni 1996 schloß die Hamburger Bürgerschaft mit der Verabschiedung einiger Ausführungsgesetze das Kapitel Verfassungsreform ab. Ein wichtiger Bestandteil war die Verankerung der Volksgesetzgebung in der Verfassung. Hamburg hatte damit als letztes der 16 Bundesländer direktdemokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen. Ein Grund zum Jubeln? Nein: Das Ergebnis war eine Volksgesetzgebung "light", die selbst im Bundesländervergleich völlig unzureichend blieb.

Diese Einschätzung gründet sich zunächst auf den umfangreichen Ausschußkatalog: Haushaltsangelegenheiten, Abgaben, Tarife der öffentlichen Unternehmen sowie Dienst- und Versorgungsbezüge blieben von der Volksgesetzgebung ausgeschlossen. Das klassische Argument, das Volk könne nicht mit Geld umgehen, wurde also auch in der hochverschuldeten Stadt Hamburg wieder aus der Mottenkiste geholt. Neben diesem klassischen Finanzvorbehalt stand der ärgerliche Ausschluß von Bauleitplänen und vergleichbaren Plänen.

Die Regelung der Mehrheitserfordernisse für den Volksentscheid läßt erkennen, ob der Gesetzgeber ernstlich direkte Demokratie will. Nach diesem Kriterium muß festgestellt werden, daß es der Hamburger Gesetzgeber überhaupt nicht ernst meinte. Volksentscheide waren in der Hansestadt erst gültig, wenn sich neben der Mehrheit der Abstimmenden mindestens 25 % der Stimmberechtigten für "Ja" entschieden hatten, bei Verfassungsänderungen sogar eine Zweidrittel-Mehrheit der Abstimmenden und 50 % der Stimmberechtigten. Hamburg stand damit im bundesweiten Vergleich ziemlich schlecht da; insbesondere die Verfassungsänderung war in der Praxis nur bei einer Koppelung des Volksentscheids mit einer Bürgerschafts- oder Bundestagswahl erreichbar. Es wurde also eine sehr schlechte Regelung in Hamburg beschlossen. Das gesamte Verfahren ent-

hielt viele Hürden, Unklarheiten und "kleine Gemeinheiten". Gerichtliche Auseinandersetzungen waren programmiert. Der Machterhaltungstrieb der Parteien hatte wieder einmal gesiegt. Das Gesetz glich mehr einer Verhinderung als einer Ermöglichung von Bürgerbeteiligung.

Also gingen wir, fünf Personen, im Oktober 1996 ans Werk und erarbeiteten einen eigenen Gesetzentwurf. Was lag näher als eine Durchsetzung unserer Forderungen mit Hilfe der direkten Demokratie, wenn doch gerade die repräsentative Demokratie sich als immun gegenüber diesen Forderungen erwies? Mit dem erfolgreichen Volksbegehren "Mehr Demokratie in Bayern" als motivierender Stütze im Hintergrund begannen wir mit den Überlegungen, ein Volksbegehren durchzuführen. Von vornherein war klar, daß dieses Unterfangen nur von Erfolg gekrönt sein würde, wenn uns die Koppelung des abschließenden Volksentscheids mit einer Wahl gelingen würde. Ansonsten erschien uns ein Überspringen des Zustimmungsquorums von 50 % unmöglich. Also wurde ein konkreter Zeitplan ausgearbeitet, der den Termin der Bundestagswahl 1998 als Ziel fest im Visier hatte. Da uns für den Start noch etwas Zeit blieb und inhaltlich ein geradezu symbiotischer Zusammenhang zwischen Bürgerentscheid und Volksgesetzgebung besteht, erarbeiteten wir auch noch einen Gesetzentwurf für die Einführung des Bürgerentscheides in den Bezirken. Unser Plan war es, mit der Sammlung der Unterschriften im Februar 1997 zu beginnen.

Unser Problem waren die Hürden. Wir mußten in der ersten Stufe 20.000 Unterschriften pro Entwurf innerhalb eines halben Jahres sammeln. In der zweiten Stufe brauchten wir die Zustimmung von 10% der Hamburger Wahlberechtigten (also 120.000) in Form einer amtlichen Eintragung innerhalb von 14 Tagen. Hatten wir diese beiden Stufen erfolgreich hinter uns, kam eben die letzte und schwerste, die Volksabstimmung mit den 50 % Zustimmungsquorum. Für unseren zweiten Entwurf zur Einführung des Bürgerentscheids in den Bezirken, der nur ein einfaches Gesetz und keine Verfassungsänderung war, brauchten wir "nur" die Zustimmung von 25% der Hamburger Wahlberechtigten mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Weder die Schweiz noch die USA kennen Zustimmungshürden. Die Durchschnittsbeteiligung an Volksabstimmungen liegt bei 48%. Unsere Chancen sahen schlecht aus, doch einen Versuch wollten wir wagen. Wir wollten es mit Goliath aufnehmen und ein Volksbegehren – das erste in Hamburg – initiieren.

Aus Bayern reisten zwei Kollegen an und erarbeiteten mit uns in eineinhalb Tagen ein Kampagnenkonzept.

Wer sind wir? Was wollen wir? Wie wollen wir unser Ziel erreichen und mit welchen Mitteln? Slogans, Straßenaktionen, informative Zeitungsanzeigen, Kinospots, Pressekonferenzen wurden geplant. Und vor allem ein breites Bündnis von Unterstützern mußte "Mehr Demokratie" öffentlich tragen und untermauern. Aufgaben und Verantwortliche wurden benannt. Es gab einen Koordinator, einen Pressesprecher, einen Finanzbeauftragten, Buchhalter und ein Büro, das ständig besetzt sein mußte. Wir hatten neben einem Finanzplan, der insgesamt DM 300.000,- umfaßte, einen Zeitplan aufgestellt, der genau vorgab, was wann geschehen mußte. Ein weiteres Wochenende mit den "Münchnern" – wie wir unsere Vorreiter nannten, fand statt, welches einzig und allein der Umsetzung des Finanzplanes galt. Wir waren ca. sieben 'junge Schlucker', entweder noch im Studium oder gerade Berufsanfänger, also eher noch auf die Zuschüsse der Eltern angewiesen als die großen Verdiener. Woher sollten wir DM 300.000,- beschaffen?

Diese konkrete Begegnung mit dem Geld an jenem Wochenende war für alle neu. Wir fingen nicht damit an, Löcher in die Luft zu starren auf der Suche nach Geldquellen, sondern begannen uns intensiv auseinanderzusetzen über das Verhältnis des einzelnen zum Geld. Ganz individuell wurde betrachtet: Wie sind die Erfahrungen mit Geld? Ist beispielsweise die Geldnot immer ein Thema innerhalb der eigenen Biographie? Auf welchen Wegen kam man zu Geld? Hatte man Probleme geschenktes Geld anzunehmen? Ist man auf dem Konto immer im Minus oder hat man Reserven angelegt, redet man oder schweigt lieber über Geld. Warum hat einer immer Geld und der andere nie? Im Laufe der Betrachtungen stellte sich heraus, daß es keine allgemeingültige Beziehung zum Geld gibt, sondern diese sich so individuell und unterschiedlich zeigt, wie jede Person verschieden ist. Eine Rolle spielten dabei auch die Verhältnisse, in die ein Mensch schicksalsmäßig hineingeboren ist. Keiner kann etwas dafür, wenn er in reiche oder arme Verhältnisse hineingeboren wird. Warum fühlt sich ein Student, dessen Ausbildung von den Eltern finanziert wird, genauso angegriffen wie sein Mitstudent, der einen riesigen Schuldenberg auf sich nimmt, um studieren zu können? Die Gesellschaft hat für beide Wege ihr Urteil parat. "Über Geld spricht man nicht" ist dann die Antwort.

Wir erfuhren an diesem Wochenende, daß man sich mit diesen Verhältnissen zum Geld sehr offen und intensiv befassen sollte, bevor Geld für gemeinnützige Zwecke beschafft werden soll. Wir mußten den Gesetzmäßigkeiten im Umgang mit Geld auf die Spur kommen und mußten wissen, daß die häufigste Antwort "nein" ist. Doch dieses Nein gehört dazu und darf nie zur Resignation führen.

Weiter galt als Grundlage die Erfahrung mit dem eigenen Spenden. Wann spende ich warum und an wen? Sehr schnell wurde klar, daß man plötzlich gar nicht mehr über Geld redete, sondern nur noch über Inhalte und Motivationen. Erst wenn die Sinnhaftigkeit einer Sache überzeugend ist und ein Vertrauen in eine Sache fließt, dann fließt auch das Geld.

Wichtig war, sich ein klares Ziel zu setzen, bevor wir jemanden um Geld ansprachen: Aus diesem Gespräch gehe ich mit mindestens DM 3.000,- raus für den Druck der nächsten Flugblätter.

Je mehr wir in der Lage waren, unserem Gegenüber das Anliegen von "Mehr Demokratie" glühend vorzutragen, desto mehr fand sich das Gegenüber darin wieder und war motiviert, die Arbeit zu unterstützen. Das Ziel ist begeisternd, nicht die vielen kleinen Boote, mit denen wir zum Ziel gelangen.

Zum Kampagnenstart, als es darum ging, ein zinsfreies Darlehen für eine Zeitungsanzeige anzunehmen (die wir übrigens schon dank erfolgreicher Gespräche mit einem Preisnachlaß bekamen), gab es die Meinungen, wir sollten nur dann Aktionen machen, wenn wir sie uns auch leisten konnten. Damit standen wir uns jedoch selbst im Weg, denn erst muß eine sichtbare Tätigkeit im Raum stehen, die die Ernsthaftigkeit des Anliegens deutlich macht, dann kann der Spender Vertrauen in die Sache gewinnen.

Die Anzeige wurde als Auftakt der Kampagne geschaltet und wir zahlten lange an ihr ab.

Mit unseren über 40 Bündnispartnern (darunter so namhafte wie der BUND, Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) oder die FDP und die mitregierenden Grünen (GAL)) und zahlreichen prominenten Unterstützern (Witta Pohl, Marie-Luise Marjan, Hans Scheibner u.a.) waren wir in der Öffentlichkeit eine schlagkräftige Truppe. Aus welcher ideellen Richtung auch jeder kam – man traf sich im gemeinsamen Ziel, und das war die stärkste Verbindung. Daß wir Aktivisten immer wieder als ideelle Spinner belächelt wurden, änderte sich spätestens nach erfolgreicher Überwindung der zweiten Hürde. Denn was keiner glaubte, hatten wir geschafft: innerhalb

von 14 Tagen hatten sich über 220 000 Bürger (100 000 mehr als wir brauchten!) auf den Ortsämtern eingetragen! Für uns war es ein unfaßbarer Anblick, nach einem dreiviertel Jahr Arbeit die Menschen sonntags in die Ämter strömen zu sehen, nur um sich für das ("unser") Volksbegehren einzutragen! Einer der dankbarsten Momente innerhalb der Kampagne, denn mitunter schlichen sich immer wieder Zweifel ein, ob wir das, was wir uns da vorgenommen hatten, auch schaffen konnten, zumal der harte Kern, der die tägliche Arbeit bis hin zum Bauen und Aufstellen von 2000 Stellschildern machte, nicht mehr als fünf bis zehn Personen umfaßte.

Welche Mammutaufgabe wir uns da auch aufgehalst hatten – es lohnte sich! Dieser Erfolg war für uns der Durchbruch in der Stadt. Schon am darauffolgenden Tag luden uns die großen Parteien, erst die CDU und dann die SPD, ins Rathaus ein. Unsere Gegner, die uns zum Scheitern verurteilt hatten! Auf einmal wurde uns bei aller Meinungsverschiedenheit gratuliert, man erkenne unseren Erfolg an und müsse nun mit uns in Verhandlung treten über unseren Gesetzentwurf. Was gab's da zu verhandeln? "Mehr Demokratie" hatte lediglich 20 % der Hamburger hinter sich, die über den von uns vorgelegten Entwurf eine Abstimmung begehrten. Wir befanden uns nur in der Pflicht und Verantwortung, diesem Begehren folge zu leisten. Das Gesetz lag vor und konnte nach herrschendem Recht nicht mitten im Verfahren geändert werden, sondern höchstens unverändert vom Stadtparlament angenommen werden, wovon natürlich nicht die Rede war. Also hatten wir kein Verhandlungsmandat. Doch die Parteien wollten jetzt wissen, wer wir sind und wer hinter uns steht.

Da standen wir nun, die überwiegend junge Generation (Ende zwanzig), wollten die Welt verändern und Hamburg umkrepeln, indem wir den Menschen zu mehr Mitspracherechten verhelfen wollten, und konnten keinen großen Unternehmer oder sonstigen einseitigen Interessenvertreter vorweisen, mit dessen Geld wir hier ein Privatinteresse vertraten. Nein, wir waren nur einfache Kämpfer für unsere Ideale. Die Öffentlichkeit erkannte uns jetzt richtig an. Die Zeitungen diskutierten und recherchierten über unseren Vorschlag ("Die Zeit" veröffentlichte ein extra Dossier (!)), während die in Hamburg regierende SPD begann, Weltuntergangsbilder zu inszenieren, sollten unsere Forderungen je Wirklichkeit werden.

Vom Verfahrensablauf her mußte es am 27. September zum Volksentscheid über unsere Gesetze kommen. Das Parlament hatte die Möglichkeit, einen



Gegenentwurf (Konkurrenzvorlage) ebenfalls zur Abstimmung zu stellen. Einziges Dilemma: die mitregierende GAL war auf unserer Seite. Wie sollte da die SPD/GAL-Regierung konform gehen, wo es doch auch um die Bundestagswahl am 27. September 1998 bzw. um den rot/grünen Regierungswechsel in Bonn ging?

Während wir in Ruhe, unseren Inhalten treu, die nächsten Plakate, Stellschilder, Flugblätter und (sogar) Kinospots fertigstellten, begann auf der Parteiebene ein richtiger Kampf. Wir hatten es vermocht, die Koalition ins Wanken zu bringen. Titelseite für Titelseite gefüllt mit dem Gezänk um "Mehr Demokratie" in den Parteien, weil man sich auf keinen Kompromiß einigen konnte.

Das erste Mal wurde uns bewußt, wie frei wir eigentlich als Initiatoren eines Volksbegehrens waren. Wir mußten nur unserer Grundidee die Treue halten, während auf der Parteiebene die Ursprungs-idee sich den Machtinteressen, Fraktionszwängen und Wahlkampfstrategien unterwerfen muß. Alles was nach langem Verhandeln unter den Parteien übrig blieb, war am Ende ein schlechter Kompromiß. Die GAL hatte sich von der SPD über den Tisch ziehen lassen; sie ist in sämtlichen Positionen eingeknickt und ging uns damit als wirklicher Unterstützer verloren. Der Gegenvorschlag hatte zwar die Eingangshürden gesenkt und den Themenausschlußkatalog verringert, aber bei den Abstimmungshürden sollte die Hürde möglichst hoch erhalten bleiben. Man einigte sich auf ein 40%iges Zustimmungsquorum für die Verfassungsänderungen und 20% für einfache Gesetze.

Abstimmungsquoren sind immer die Forderungen der Machthaber in der Hoffnung, dadurch die demokratischere Entscheidung zu ermöglichen. Genau das Gegenteil ist der Fall, wie an dem Beispiel der Volksabstimmung zum Buß- und Bettag in Schleswig-Holstein zu sehen ist. Dort hatten zwei Drittel der abgegebenen Stimmen sich für die Wiedereinführung des Feiertages ausgesprochen gegen nur ein Drittel Neinstimmen. Für einen Schweizer wäre dies eine eindeutige Entscheidung gewesen, für die Schleswig-Holsteiner wurde diese Abstimmung für ungültig erklärt, weil die Mehrheit dieser Ja-Stimmen nicht der geforderten Zustimmung von 25% der gesamten Wählerschaft in Schleswig-Holstein entsprach. So setzte sich die Minderheit der Nein-Stimmen gegen die Mehrheit der Ja-Stimmen durch. Dabei ist in der Demokratie doch entscheidend, daß *jeder* Mensch das *Recht* hat, sich an einer Abstimmung zu beteiligen, genauso wie er das Recht hat, sich zu ent-

halten, wenn ihm das Thema egal ist. Also sollen auch die entscheiden, die abstimmen und nicht letztendlich die "Schlafmützen", die zu Hause geblieben sind.

"Gute" oder "schlechte" Entscheidungen gibt es in der Demokratie nicht und schon gar nicht sind sogenannte bessere Entscheidungen durch Zustimmungsquoren herbeizuführen. Das Herz der Demokratie ist einzig und allein die Information, die Diskussion und das Vertrauen in die Mündigkeit der Bürger.

So kam es denn am 27. September 1998 zur ersten Volksabstimmung über die Volksabstimmung in Hamburg. Für den Bürgerentscheid erhielten wir die Zustimmung von 74% der abgegebenen Stimmen, ebenso für die Verfassungsänderung. Der Gegenvorschlag von SPD/GAL lag mit 60% weit hinter uns. Ein umwerfender Erfolg für "Mehr Demokratie"; mit einem so hohen Abstimmungsergebnis hatten selbst wir nicht gerechnet. Die Einführung des Bürgerentscheides hatten wir sicher in der Tasche, doch die Verfassungsänderung für den Volksentscheid auf Hamburger Landesebene wurde für *ungültig* erklärt, weil diese 74% Zustimmung "nur" 45% statt 50% der gesamten Wahlberechtigten ausmachte.

Verglichen mit einer Wahl hätten nicht einmal die beiden großen Parteien zusammen dieses Quorum erfüllt!

Jetzt, im Mai '99 macht Hamburg seine ersten Erfahrungen mit dem Bürgerentscheid in den Bezirken. Es laufen bereits 13 Bürgerbegehren zu den Themen wie beispielsweise "Rettet das Elbufer" (gegen Bebauungspläne an der Elbe), zur Planungsbeteiligung der Bürger bei der Umgestaltung eines Stadtteils oder zur Regelung von Fixerstuben.

Die Hamburger Regierung arbeitet unterdessen mit ihrem Kompromiß an einem weiteren Kompromiß mit der CDU zur Verbesserung der Volksgesetzgebung. Wir warten das verwässerte Ergebnis ab.

"Mehr Demokratie e.V." hat inzwischen einen Gesetzentwurf erarbeitet zur Einführung des bundesweiten Volksentscheids und wird mit dem selbstorganisierten Volksbegehren im Frühjahr 2001 beginnen.

Spätestens nach dieser Erfahrung in Hamburg bin ich felsenfest davon überzeugt, daß jeder Mensch heute in der Lage ist, Unmögliches möglich zu machen. Es reicht eine einzige Person, die vom Erfolg einer Sache absolut überzeugt sein muß, und ruckzuck kommt eine Idee in Bewegung!

# Bürgerbegehren München-Geld

Thomas Mayer

Mit dem Bürgerbegehren München-Geld will die Omnibus – gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie ein wettbewerbsfähiges Modell zur Neuordnung unseres Geldwesens schaffen. In Anlehnung an das OA-Modell von Prof. Dr. Dieter Suhr ist das München-Geld als ein zinsfreies und demokratisches Zahlungsnetzwerk für alle bargeldlosen Geldgeschäfte gedacht. Da es billiger ist als verzinste herkömmliche DM und durch die offizielle Beteiligung der Stadt München kann das Zahlungsnetzwerk große Teile des Geldverkehrs übernehmen, damit der verzinste DM Konkurrenz machen und die alte deformierte Geldordnung tendenziell verdrängen.

## 1 Das Urbild des Geldkreislaufes

Das Geld kommt heute von der Notenbank her. Diese schöpft das Geld aus dem Nichts und gibt es in Form von Krediten an die Geschäftsbanken, die es dann weiter an Kreditnehmer (z.B. Unternehmer, Staat oder Konsumenten) ausleihen. Mit der Kreditvergabe geht immer eine Rückzahlungsverpflichtung (Schuld) einher.

In der Regel gehen die Kredite an Unternehmen. Auch der heutige Staat ist zum Großteil ein Unternehmen, das sich anstatt durch Preise vor allem durch Steuern finanziert – der eigentliche oder reine Staat, nämlich die Organe der Gesetzgebung, ist natürlich kein Unternehmen. Die Unternehmen werden durch die Kredite in die Lage versetzt, zu arbeiten. Das Geld wird für den Lebensunterhalt von Menschen ausgegeben, manchmal vermittelt über mehrere Lieferantenzahlungen. Am Ende dieser Lieferantenzahlungskette stehen immer private Konsumenten. Damit verläßt das Geld den Produktionsbereich und geht in den Konsumbereich über.

Die Konsumenten erhalten durch das Geld einen Rechtsanspruch auf einen Anteil an den Erzeugnissen des Produktionsbereiches. Mit der Befriedigung des Konsums, mit dem Kauf von Waren und Dienstleistungen landet das Geld wieder in den Unternehmen. Das Geld geht also vom Konsumbereich wieder in den Produktionsbereich zurück.

Die Unternehmen können nun die Kredite wieder abbezahlen. Das aus dem Nichts geschöpfte

Geld wird nun wieder Nichts. Die Konten sind wieder ausgeglichen.

Vor dieser Rückzahlung der Kredite an die Geschäftsbank findet ein Austauschprozeß zwischen den Unternehmen statt. Denn es gibt Unternehmen, die für ihre Arbeiten gar keinen oder keinen kostendeckenden Preis verlangen können oder sollen (z.B. Schulen, Arbeits- und Sozialamt, öffentliche Einrichtungen, Vereine, etc.). Diese Unternehmen erhalten also nicht soviel Preiseinkünfte, um ihre Kredite vollständig zurückbezahlen könnten. Das Geld, das diese Unterschulunternehmen ausgegeben haben, landet deshalb bei den Unternehmen, die entsprechende Preise verlangen können (Überschulunternehmen). Die Überschulunternehmen haben deshalb zuviel Geld. Damit die Unterschulunternehmen ihre Kredite zurückbezahlen können, müssen die Überschulunternehmen ihre überschüssigen Einnahmen an die Unterschulunternehmen weiterleiten. Dies geschieht heute vor allem in Form der Zwangssteuer, es könnte aber auch in freier Art in Form von Stiftungen und Unternehmensassoziationen geschehen.

Wichtig ist, daß man sich folgende Gesetzmäßigkeit klarmacht: In einem geschlossenen Geldkreislauf kann es keinen finanziellen Gewinn geben. Denn zum Schluß ist alles Geld wieder 'weg'. "Gewinn" kann es nur in Form erzeugter Waren, Investitionsgütern bzw. Erlebnissen und Ausbildung geben, nicht aber als Geld.

An mehreren Stellen des Geldkreislaufes finden rechtliche Entscheidungsprozesse statt:

1. Wie und von wem erfolgt die Geldschöpfung?
2. Welches Unternehmen wird kreditiert?
3. Wer erhält wieviel Anteil am Sozialprodukt (Höhe der Gehälter)?
4. Welches Produkt erhält welchen Preis?
5. Welches Unterschulunternehmen bekommt von welchem Überschulunternehmen wieviel Geld zur Kredittilgung?

Diese für das Wirtschaftsleben notwendigen Rechtsentscheidungen werden durch das Geld reguliert. Das Geld ist damit in seinem Wesen der Rechtsregulator des Wirtschaftslebens.

\*) Überarbeiteter Vortrag bei der CGW-/INWO-Tagung am 15. Mai 1999 in Birkenwerder bei Berlin

Damit haben wir das Wesen des Geldes und den Geldkreislauf auf die wesentlichen Abläufe beschränkt. Diese Beschränkung ist methodisch wichtig, damit wir den Überblick erhalten, anstatt uns in Einzelheiten zu verlieren. Eine weitere Ausdifferenzierung ist natürlich sinnvoll, im Rahmen dieses Aufsatzes aber nicht möglich.

In unserer heutigen Zeit ist der urbildliche Geldkreislauf in mehrfacher Weise deformiert.

**Zins:** Die Notenbank glaubt, die Geldmenge u.a. über ihre Leitzinssätze steuern zu müssen und verlangt von den Geschäftsbanken Zinsen. Die Geschäftsbanken müssen den Zins an ihre Kunden weitergeben. Da die Notenbank Zinsen verlangt und einen Preis vorgibt, können auch für Kredite von Privat zu Privat, die über die Geschäftsbanken abgewickelt werden, Zinsen verlangt werden. Inzwischen sind viele Menschen nach diesem sich selbst vermehrenden Geld süchtig geworden. Der Zins ist eine verheerende Menschheitsdroge.

**Große spekulative Geldvermögen:** Durch den Zins, sowie durch die Spekulation mit Boden, Aktien, Unternehmensbeteiligungen und Derivaten, haben sich große Geldvermögen gebildet, die sich selbst vermehren. Das sind krebstartig wachsende Geldknäuel, die sich des Rückflusses des Geldes in die Notenbank und der Auflösung ins Nichts widersetzen.

**Aussichtslose Verschuldung:** Gleichzeitig und aufgrund dieser wuchernden Geldknäuel entstehen "schwarze Geldlöcher". Da es im Geldkreislauf insgesamt keinen finanziellen Gewinn gibt, aber dennoch Geld gestaut wird, so fehlt an anderen Stellen das Geld. In Folge der Geldknäuel gibt es also Staaten, Unternehmen und Private, die verschuldet sind und keine Chance haben, ihre Schulden zurückzuzahlen, da das Geld, das sie dazu benötigten, in den Geldknäueln gestaut ist. Durch den ständig zu zahlenden Zins und Zinseszins wird die Situation der Schuldner immer schlimmer. Immer wieder fällt ein Schwarzes Geldloch wegen Zahlungsunfähigkeit in sich zusammen und zieht in gleicher Höhe Geldknäuel in die chaotische Auflösung mit hinein.

**Vom Wirtschaftskreislauf abgehobener Geldkreislauf:** Ausgehend von den Geldknäueln hat sich ein parasitärer Geldkreislauf gebildet. Dieser lebt zwar letztlich vom realen Wirtschaftskreislauf, hat jedoch ein Eigenleben erlangt. Milliarden von Dollar schwappen täglich um den Erdball, ohne daß diese reale wirtschaftliche Betätigungen (Produktion und Konsum von Waren und Dienstleistungen) regeln.

**Privateigentum an Unternehmen:** Die Geldknäuel wollen die Rolle der Kredit- oder Notenbank übernehmen und diese verdrängen. Anstelle einer Kreditfinanzierung erfolgt eine private Unternehmensfinanzierung und damit eine private Herrschaft über Unternehmen. Solange der Eigentümer auch Unternehmensleiter ist, ist dies meistens kein Problem. Wenn aber der Eigentümer nicht auch gleichzeitig Unternehmensleiter ist, dann ist dieses Privateigentum oft nicht zum Nutzen der Unternehmen, da unternehmensfremde Interessen herinspielen.

**Staat und Steuern:** Da sich Überschußunternehmen nicht mit Unterschußunternehmen assoziieren, muß der Staat den Ausgleich der Überschüsse mit den Unterschüssen zwangsweise herbeiführen, indem er Steuern erhebt und umverteilt.

**Fehlende demokratische Steuerung:** Es fehlt heutzutage ein Bewußtsein über das Wesen des Geldes als Rechtsregulator des Wirtschaftslebens. Deshalb findet z.B. die Kreditvergabe im Dunkel der Banken und ohne öffentliche Aufmerksamkeit statt. Die Banken sind aber die eigentlichen Steuerungsorte des Sozialen Organismus und damit eigentlich auch Orte der Demokratie.

## 2 Das Bürgerbegehren München-Geld

Diese Gesichtspunkte können uns die Orientierung für die Konzeption des Bürgerbegehrens München-Geld geben.

### Das Zahlungsnetzwerk München-Geld im Umriß

Ausgangspunkt für das Bürgerbegehren sind die Forschungsarbeiten von Prof. Dieter Suhr und Dr. Hugo Gottschalk. Prof. Suhr entwickelte ein Modell eines regionalen Zahlungsnetzwerkes, das innerhalb des bestehenden Geldwesens bestehen kann, aber nach eigenen Spielregeln funktioniert. Er konzentrierte sich dabei auf die Spielregel, daß man für Kredite kein Zins bezahlen muß und für Sparguthaben kein Zins erhält. Stattdessen muß für liquides, jederzeit verfügbares Geld eine Liquiditätsgebühr bezahlt werden. Die Bankmarge (Betriebskosten, Risikoversicherung für geplatzte Kredite, Unternehmensgewinn der Bank) wird also vom langfristigen Kredit auf die aktuell verfügbare Liquidität verlagert.

Das München-Geld ist reines Buchgeld. Das ist ein Unterschied zu den bekannten Freigeld-Expe-

rimenten in Schwanenkirchen und Wörgl in der Zeit bis 1933. Eine Bargeldausgabe ist rechtlich wegen des Notenbankmonopols nicht möglich. Durch die neuen Entwicklungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr durch Karten ist diese Beschränkung auf Buchgeld jedoch kein Problem. Schon heute kommt man, wenn man will, weitgehend ohne Bargeld aus.

Es gibt praktische Vorbilder, z.B. die Barter Clubs, der WIR-Wirtschaftsring in der Schweiz (mit mehreren Milliarden Franken Umsatz im Jahr) und die weitverbreiteten Tauschringe. Diese Verrechnungsringe haben jeweils eine eigene Verrechnungseinheit und eine Zentrale, die die Zahlungsvorgänge verwaltet. Jedoch geht das München-Geld einen großen Schritt weiter.

Die Verrechnungsringe befinden sich auf dem Niveau der Tauschwirtschaft, es werden also Güter und Dienstleistungen getauscht. Deshalb ist der Wirkungsbereich entweder auf privat erbrachte Dienstleistungen (z.B. Baby-Sitting gegen Haarschneiden) oder auf den Leistungsaustausch zwischen Unternehmen beschränkt. Mit München-Geld soll der Schritt von der Tauschwirtschaft zur modernen arbeitsteiligen und kreditfinanzierten Wirtschaft gemacht werden. München-Geld ist also für den heute üblichen Zahlungsverkehr und die Kreditfinanzierung vorgesehen.

Durch den Vorteil von zinsfreien Krediten könnte München-Geld im Wettbewerb zum herkömmlichen Geld gut bestehen. Wer Kredite braucht, könnte München-Geld bevorzugen. Dieser Vorteil verbreitet sich durch Wettbewerbsvorteile und günstige Preise letztlich auf alle Zahlungsnetzwerkteilnehmer, da bekanntlich in allen heutigen Preisen beträchtliche Zinsanteile einkalkuliert sind. Wenn für Kredite in München-Geld keine Zinsen erhoben werden, können diese Zinsanteile in den Preisen entfallen.

Woher bekommt die Bank das Geld für die Kredite? Da es sich um ein geschlossenes Zahlungsnetzwerk handelt, kann die Bank das Geld aus dem Nichts schöpfen (genauso wie es die Notenbank oder die Barterclubs tun). Dies ist natürlich nur soweit möglich, wie die Rückzahlung der ausgegebenen Kredite gesichert ist. Anstelle einer Buchgeldschöpfung wäre auch eine Refinanzierung auf dem herkömmlichen Geldmarkt möglich. Das hat jedoch den großen Nachteil, daß das Zahlungsnetzwerk Zinsen 'nach draußen' abführen müßte, die innerhalb des Netzwerks letztlich aber nicht erwirtschaftet werden könnten. Denn alles München-Geld geht nach vollendetem Geldkreislauf

wieder ins Nichts über, so daß für Zinszahlungen nach außen nichts übrigbleibt.

Wie würde ein Übergang zwischen München-Geld und herkömmlichen DM aussehen? Zum einen gilt ein München-Geld-Guthaben der Bank als Sicherheit für einen herkömmlichen DM-Kredit. Wer also 1.000 München-Geld auf seinem Sparbuch hat, bekommt von der Bank 1.000,- DM Bargeld als Kredit ausbezahlt. Jedoch muß er dafür Zinsen bezahlen und die DM 1.000,- wieder tilgen. Diese Übergangsmöglichkeit ist vor allem für kurzfristige Liquiditätswechsel sinnvoll. Die Teilnehmer des Zahlungsnetzwerks werden immer zwei Konten führen, eines für München-Geld, ein zweites für herkömmliche DM/Euro.

Wer langfristig ein München-Geld-Guthaben in herkömmliche DM wechseln will, kann dies auf einem Wechselmarkt, den die Bank organisiert. Hier könnte sich der Wechselkurs nach Angebot und Nachfrage gestalten. Ein Verlassen des Zahlungsnetzwerks wird immer einen Abschlag zur Folge haben (z.B. für 100,- München Geld bekommt man 75,- herkömmliche DM).

Das eigentliche Problem des Zahlungsnetzwerks dürfte die Markteinführung sein. Der Nutzen des München-Geldes muß größer sein als der Aufwand, einen Abnehmer für München-Geld zu finden. Solange es schwierig ist, mit München-Geld zu bezahlen, weil es nur wenige Netzwerkteilnehmer gibt, wird das Netzwerk stagnieren. Zum Leben kommt es erst dann, wenn es so viele Netzwerkteilnehmer gibt, daß unproblematisch mit München-Geld bezahlt werden kann.

Das Konzept des München-Geldes steckt noch in seinen Anfängen und es bedarf der weiteren inhaltlichen Ausarbeitung. Dies soll in einer Umsetzungsstudie, die zur Zeit in Arbeit ist, geschehen.

### **Mit München-Geld soll erreicht werden:**

- **Befreiung der Geldnutzung von der Spekulation und Zins:** Die Zinsfreiheit führt dazu, daß sich in geringerem Ausmaß Geldknäuel bilden. Entsprechend gibt es weniger aussichtslose Verschuldung und der Geldkreislauf wird mit dem Wirtschaftskreislauf wieder kompatibel. Mit den zinsfreien Krediten und dem beschleunigten und regionalisierten Geldfluß gibt es mehr Kaufkraft, was die Wirtschaft ankurbelt. Deshalb wird es auch weniger Arbeitslose und mehr Steuereinnahmen geben. Wenn die Stadt München ihre verzinsten Kredite in

zinsfreie München-Geld-Kredite umschuldet, dann kann sie entsprechend ihre Zinsausgaben einsparen (jährlich ca. 400 Mio. DM) und den Schuldenberg abbauen.

• **Demokratisierung der Kreditvergabe:** Die Möglichkeit der Kreditvergabe durch die Bank ist letztlich eine Gemeinschaftsleistung aller Zahlungsnetzwerkteilnehmer. Deshalb sollte die Gemeinschaft auch mitbestimmen können, in welche Bereiche die Kredite fließen. Denkbar wäre z.B. daß alle Konteninhaber des Zahlungsnetzwerkes durch ein direktdemokratisches Verfahren Kreditvergabe-richtlinien festlegen (z.B. keine Kredite in Rüstung, bevorzugte Kreditvergabe bei umweltverträglicher Produktion, etc.). Über die Bankzeitung können Vorschläge zur Diskussion gebracht werden. Finden diese eine bestimmte Unterstützung, dann findet eine Abstimmung unter allen Zahlungsnetzwerkteilnehmern statt. Desweiteren sind die Instrumente möglich, die heute von der GLS-Gemeinschaftsbank angewendet werden, z.B. Kreditsicherung durch kleine Einzelbürgschaften, Auflegen von thematischen Kreditfonds, etc..

Unabhängig von einer demokratischen Kreditvergabe ist, daß Kredite zurückbezahlt werden und deshalb durch Haftungen, Sicherheiten, Bürgschaften oder Zahlungsverprechungen von assoziierten Unternehmen entsprechend gesichert sein müssen. Nur innerhalb dieser Rahmenbedingung gibt es einen demokratischen Gestaltungsspielraum. "Faule" Kredite würden das Zahlungsnetzwerk belasten und es im Extremfall zum Zusammenbruch bringen können.

• **Entwicklung neuer Formen von sinnstiftendem Unternehmerkapital und Vernetzung (Assoziation) von Unternehmen:** Mit den zinsfreien Krediten wird der Druck auf die Unternehmen, privates Eigenkapital (Beteiligungen, Aktien) zu beschaffen, geringer. Es entstehen Chancen für Unternehmensneugründungen. Aber auch bei einer weitgehenden Kreditfinanzierung der Unternehmen ist ein gewisses Eigenkapital zur Kreditsicherung notwendig. Dieses könnte durch eine entsprechende Stiftung oder Beteiligungsgesellschaft gestellt werden. Denkbar wäre hier z.B., daß ein gewisser Anteil der Liquiditätsgebühr zur Bildung von freiem Eigenkapital dient. Unternehmensgewinne, die die Stiftung erhält, dienen zur Finanzierung von Unterschußunternehmen oder Ausgabe von weiterem Unternehmenseigenkapital. Damit wird eine Alternative zum bestehenden Aktienunwesen sowie zu den Zwangssteuern geschaffen.

• **Ein Modell zur Nachahmung in anderen Städten und Regionen:** München-Geld soll nicht auf München beschränkt bleiben. Eine Ausbreitung dieser neuen Geldordnung ist aber nur möglich, wenn ein funktionierendes Modell besichtigt werden kann.

### Warum ein Bürgerbegehren zur Einführung des Zahlungsnetzwerkes?

Den Weg des Bürgerbegehrens, für das in München 35.000 Unterschriften erforderlich sind, haben wir aus folgenden Gründen gewählt:

Das größte Problem ist die Markteinführung. Solange es nur wenige Teilnehmer am Zahlungsnetzwerk gibt, ist der Suchaufwand, einen Abnehmer für München-Geld zu finden größer als der Vorteil durch zinsfreie Kredite. Dann käme das Zahlungsnetzwerk aber nicht in Gang. Wenn man beginnt, muß man größer beginnen. Das Bürgerbegehren soll folgendes erreichen:

1. Alle Münchner Bürgerinnen und Bürger werden über das neue Geldsystem informiert und motiviert, sich damit zu beschäftigen, da sie letztendlich selbständig darüber entscheiden. Sie lernen, was München-Geld ist. Der Erklärungsaufwand bei der Kundenwerbung für München-Geld-Kontoeröffnungen wird entsprechend geringer.

2. Die Stadt München soll selbst am Zahlungsnetzwerk teilnehmen. Das schafft Vertrauen und die Gewißheit für jeden, daß er auch mit München-Geld bezahlen kann.

3. Von sich aus würde keine Bank diese Finanzinnovation anbieten. Die Risikobereitschaft ist in dem bürokratisierten Bankwesen eher gering. Wenn das Zahlungsnetzwerk in einem Bürgerentscheid beschlossen wird, bräuchte sich eine Bank (am besten die Stadtparkasse München) nur noch anschließen. Sie kann ohne große Risiken München-Geld anbieten.

### Fünf Etappen bis zum Bürgerentscheid

Das Bürgerbegehren "München-Geld" muß sehr gut vorbereitet werden, um erfolgreich werden zu können. Wir haben fünf Etappen vor uns. Wir rechnen mit einer Vorbereitungszeit von mindestens vier Jahren. Die Etappen sind:

• Durchführungstudie erarbeiten (seit Jan. 1999 in Arbeit), da viele Detailfragen zur Technik und Kommunikation des Zahlungsnetzwerkes noch offen sind.

- Bürgergutachten mit zufällig ausgewählten Personen organisieren zur Rückbindung an die Bürgerinnen und Bürger und Verbesserung des Konzepts.
- Unterstützterkreis aufbauen.
- Verständnis bei Banken für München-Geld schaffen.
- 35.000 Unterschriften zur Einleitung des Bürgerentscheids sammeln und öffentliche Diskussion führen.
- Verbindlicher Bürgerentscheid aller wahlberechtigten Münchnerinnen und Münchner findet statt.
- Das Zahlungsnetzwerk München-Geld kann starten!

### 3. Das Umfeld des Bürgerbegehrens

Die Intention und Kraft des geplanten Bürgerbegehrens zur Neuordnung des Geldwesens kann besser verstanden werden, wenn man das Umfeld kennt. Deshalb will ich dies darstellen. Das Bürgerbegehren München-Geld wird vom Omnibus – gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie getragen. Neben der Omnibus gGmbH bin ich außerdem verantwortlich (als Geschäftsführer) bei Mehr Demokratie e.V. tätig.

• **"Mehr Demokratie e.V."** (gegründet 1988, zur Zeit ca. 1.900 Mitglieder) hat zum alleinigen Ziel, funktionierende Regeln für Volksbegehren und Volksabstimmungen in den Gemeinden, Ländern und im Bund auf den Weg zu bringen. Die Parteienoligarchie soll überwunden und wir Bürgerinnen und Bürger statt dessen in Verantwortung genommen werden. Mit der Direkten Demokratie werden Diskussionsräume geschaffen. Neue Ideen können verbindlich auf die öffentliche Tagesordnung und zur Entscheidung gebracht werden. Deshalb ist in meinen Augen die Direkte Demokratie eine notwendige Voraussetzung für eine Geldreform.

Mehr Demokratie war mit den Volksentscheiden 1995 in Bayern und 1998 in Hamburg sehr erfolgreich. Jeweils sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger mit großer Mehrheit für unsere Gesetzesentwürfe für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide aus. Ähnliche landesweite Volksbegehren zur Verbesserung der kommunalen und landesweiten Regelungen für Volksbegehren werden zur Zeit in Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, NRW, Thüringen und Bayern (jetzt die Bedingungen für landesweite Volksentscheide) gestartet. Im

Jahr 2001 soll das Volksbegehren für die Einführung der Volksabstimmung auf Bundesebene gestartet werden.

Das Bürgerbegehren München-Geld wird von "Mehr Demokratie e.V." nicht unterstützt, da es außerhalb des Aufgabengebietes dieses Vereines liegt.

• **Der Omnibus – gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie** wurde 1987 gegründet und hat als Unternehmensziel die Soziale Skulptur im Sinne des erweiterten Kunstbegriffs von Joseph Beuys. Der Omnibus ist ein Unternehmen für Soziale Kunst. Projekte sind:

- *Fahrt des Omnibus für Mehr Demokratie*: von 1987 bis 1994 fuhr der Omnibus (ein künstlerisch gestalteter Berliner Doppeldecker) durch Deutschlands Städte, um die Idee der Volksabstimmung voranzubringen. Ab 2001 wird ein neuer Omnibus starten, der seine Reise bis zur Einführung der Volksabstimmung auf Bundesebene fortsetzen wird.

- *Bürgerbegehren München aus der Schuldenfalle – für Bürgerbeteiligung und Transparenz in der städtischen Finanzplanung*: Damit soll eine neue Verwaltungstradition in Deutschland begonnen werden. Bislang gelten in Fortsetzung des preußischen Obrigkeitsstaats die öffentlichen Finanzen als Privileg der Parteien und Bürokratie. Mit dem Bürgerbegehren sollen die öffentlichen Finanzen zur öffentlichen Angelegenheit gemacht werden, wie es in anderen Ländern (z.B. Schweiz oder Neuseeland) schon mehr der Fall ist. Die sechs Maßnahmen des Begehrens (z.B. Bürgergutachten, Qualitätszirkel, Offenlegung der Haushaltsplanung) sollen mehr Motivation und Ideen schaffen, um Münchens Schulden Situation zu entspannen. Dieses Bürgerbegehren haben wir im Januar 1999 mit 35.000 Unterschriften eingereicht. Der Münchner Stadtrat erklärte dann das Begehren aus fadenscheinigen Gründen für unzulässig, so daß wir jetzt die Durchführung des Bürgerentscheides vor Gericht einklagen.

- *Unterstützung des Volksbegehrens Freie Schule Schleswig-Holstein*: Dieses wurde von der Aktion Mündige Schule (AMS e.V.) mit 39.000 Unterschriften beantragt. Ziel dieses Volksbegehrens ist eine Gleichberechtigung von freien und staatlichen Schulen hinsichtlich der Finanzierung und der Genehmigung herzustellen und allen Schulen das Recht auf Autonomie zu geben. Nach einem Erfolg in Schleswig-Holstein wollen wir dieses Volksbegehren auch in anderen Bundesländern starten.

Der Kieler Landtag erklärte überraschend und mit einer fadenscheinigen Begründung das Volksbegehren für unzulässig. Die Erfahrung zeigt, daß sich die gruppenegoistischen Parteien gegen Strukturveränderungen, die zu einer gewissen Entmachtung führen würden, mit allen Mitteln wehren – auch mit unsinnigen Klagen. So liegt auch dieses Volksbegehren zur Zeit vor Gericht. Die Aussichten sind gut.

- *Es sind eine Reihe weiterer Volksbegehren in Vorbereitung:* Mit dem Bürgerbegehren Stiftung Bodenfreiheit soll eine Stiftung zur Neutralisierung des Grundeigentums von der Stadt München geschaffen werden. Diese Stiftung erhält allen städtischen Grund und kann diesen nur verpachten, aber nie mehr verkaufen. Stiftungsziel ist, nach und nach möglichst viele Grundstücke in München aufzukaufen.

Mit dem Volksbegehren Städte- und Gemeindefreiheit soll in Bayern die Selbstverwaltung der Kommunen wieder hergestellt, der Zentralismus abgebaut und damit wieder mehr Bürgerengagement ermöglicht werden. Mit dem Volksbegehren Steuerfreiheit sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, mit ihren Steuern tatsächlich zu steuern. Wenn freie Träger (z.B. Vereine, gemeinnützige Unternehmen, etc.) gleichberechtigte Finanzierungsquellen erhalten wie der Staat, dann hört der Staatsmonopolismus bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben auf. In einer freiheitlichen Gesellschaft sollte das staatliche Monopol auf die Gesetzgebung und die Gesetzezuhaltung beschränkt sein. Diese Projekte sind in der Unternehmensbeschreibung der Omnibus gGmbH im Einzelnen genauer beschrieben. Das Leitbild der Omnibus gGmbH ist also, daß in einer freiheitlichen Gesellschaft alle Menschen selbst anstelle von anonymen Mechanismen im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung Mitgestalter des sozialen Organismus werden und diesen damit in eine Soziale Skulptur verwandeln. Dieses Ziel hat mit Volksbegehren eine tatsächliche Realisierungschance.

## Weiterführende Hinweise

Die "Omnibus – Gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie" hat ein Büro in Kempten (Öschstr. 24, 87437 Kempten, Tel. 0831-5 70 76 89, Fax 0831- 58 59 200, Internet: <http://www.omnibus.org>) und u.a. folgende Texte herausgegeben:

- Soziale Skulptur Deutschland – Unternehmensbeschreibung der Omnibus gGmbH (55 Seiten)
- Bürgerbegehren München aus der Schuldenfalle (34 Seiten)
- 186 Bürgerideen gegen Münchens Schuldenfalle (35 Seiten).

- Dieter Suhr, Durch Selbsthilfe zur Wirtschaftsbelebung und zu Arbeitsplätzen, in: ders., Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus, Berlin 1986, S. 61-76.
- Dieter Suhr und Hugo Godschalk, Optimale Liquidität, Frankfurt 1986; S. 134-147 über das OA-Modell.
- Thomas Estermann, Das Talent-Experiment der INWO-Schweiz, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 101. Folge (1994), S. 3-9
- Christian Schneider, Das Modell Barter Club, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 101. Folge (1994), S. 10-17
- Helmut Creutz, Alternative Geldsysteme – Auswege aus der fehlerhaften Geldordnung?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 101. Folge (1994), S. 18-28
- Thomas Klein, Warum müssen alternative Geldsysteme scheitern?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 102./103. Folge (1994), S. 54-59

\* \* \*

## "Potentiale lokal-eigenständiger Finanzierungsinstrumente im Rahmen lokal-ökonomischer Entwicklungsstrategien"

Diplomarbeit von Markus Grunow an der Universität Bremen

Diese vor einigen Monaten abgeschlossene 90-seitige Arbeit nimmt Bezug auf Veröffentlichungen von Dieter Suhr, auf die früheren Freigeldexperimente von Schwanenkirchen und Wörgl sowie auf das Projekt ReWir 2000. Sie kann bei der weiteren Arbeit an lokalen/regionalen Modellversuchen hilfreich sein und gegen eine Kostenerstattung von zehn Mark bei der Redaktion der Zeitschrift für Sozialökonomie bestellt werden.

## Die Überwindung des monetären Kapitalismus im Wege der Selbsthilfe

"Die monetäre Asymmetrie bewirkt mikro- und makro-ökonomisch Ungleichheiten und Einkommensströme, die im Gegensinne zum Gebot sozialer Gleichheit im sozialen Rechtsstaat laufen. Unser Geld zeugt ökonomische Effekte, die der verfassungsrechtlichen Gleichheit zuwiderlaufen und die die Gegenseitigkeit von Geschäften in der Geldwirtschaft korrumpieren. ...

Der Staat darf seinen Bürgern nichts in den Weg legen, wenn sie sich selbst helfen und im Rahmen der geltenden Gesetze sich ihr neutrales (Giral-)Geld selbst schaffen. Denn in der Tat besteht offenbar die Möglichkeit, daß sich in diesem Fall die Menschen einmal im Wege der Selbsthilfe auf eine zwanglose, freiheitliche, marktgerechte Weise von den kapitalistischen Reziprozitätsdefiziten und den damit verbundenen Lasten befreien, indem sie ein preiswerteres monetäres Transaktionssystem schaffen, das die Chance hat, sich im Wettbewerb mit den herkömmlichen monetären Zahlungs- und Kredittechniken durchzusetzen: Abschaffung des monetären Kapitalismus als marktwirtschaftliche Finanzinnovation."

Prof. Dr. Dieter Suhr (1939-1990)  
Gleiche Freiheit - Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft. Augsburg 1988, S. 93-94.

# ReWir 2000 - Modell einer regionalen Zweitwahrung

Helmut Becker

## 1 Die Entstehung der Projektgruppe

Im Februar 1997 trafen sich im Bauhaus Dessau Vertreter verschiedener Tauschringe aus Magdeburg, Halle, Leipzig, Fehltitz und anderen Städten zum Erfahrungsaustausch und zur Vereinbarung unserer weiteren Zusammenarbeit. Dabei entstand auch eine Arbeitsgruppe, die sich weiterhin mit theoretischen Fragen regionalen Wirtschaftens beschäftigen sollte, um Möglichkeiten praktischer regionaler Geldexperimente zu erkunden. Damit war die Absicht verbunden, das Prinzip des Tauschringes, das wir seit Anfang der 90er Jahre im Hallenser Tauschring "doMak" praktizieren, auf größere Einheiten zu übertragen und damit wirtschaftlich überzeugender zu gestalten.

Gleichzeitig entstand eine kleine Arbeitsgruppe in der Kirchenprovinz Sachsen, die – angeregt durch eine Tagung in der Evangelischen Akademie Magdeburg – darüber nachdenken wollte, wie das umfangreiche kirchliche Eigentum an Gebäuden und Land besser genutzt und in eine nachhaltige lokale Ökonomie eingebracht werden kann. Das wirtschaftliche Handeln der Kirche sollte dem moralischen Anspruch ihrer Verkündigung besser entsprechen.

In beiden Arbeitsgruppen waren Austausch und Vernetzung, wie sie durch Wirtschaft und Geldsysteme gegenwärtig realisiert werden, als korrekturbedürftig erkannt worden. Die Idee lokaler Währungen führte zu ähnlichen Überlegungen. So vereinbarten wir eine Klausurtagung mit Mitgliedern aus beiden Arbeitsgruppen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt, eine Zielpyramide zu erstellen. Inzwischen hat die Gruppe einen weiteren Zuwachs bekommen. Aus einem anderen Arbeitsbereich – der Werkstatt Industrielles Gartenreich am Bauhaus Dessau – entstand eine Initiative zur Gründung eines Vereins "Neue Arbeit". Dieser Verein hat mittlerweile seine Rechtsfähigkeit erreicht und bot sich als Rechtsträger für unsere Initiative an.

## 2 Die Entstehung der Projektidee

Ausgangspunkt waren die Erfahrungen, die in den Tauschringen bei der Umsetzung der Theorie in

die Praxis gemacht wurden. Die Initiatoren der ersten Tauschringe hatten sich zumeist intensiv mit theoretischem und geschichtlichem Wissen auseinandergesetzt. Die Wara-Tauschgesellschaft und das Experiment von Wörgl Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre sind solche geschichtlichen Fakten, die die Faszination der Tauschring-Idee untermauern. In den Tauschringen der 90er Jahre wurde sehr bald deutlich, daß die Tauschaktivitaten von der Attraktivität der Teilnehmer und Angebote im Ring abhängig sind. Solange kaum Güter des täglichen Bedarfs im Tauschring erhältlich sind, ist auch der Handel im Ring begrenzt. Erst mit den basic needs (Essen, Wohnen, Kultur) kann sich eine lokale solidarische Wirtschaft entfalten. Den Tauschringen fehlen entweder die kulturellen Angebote (im ländlichen Raum) oder die Nahrungsmittel (in den Städten). Ein Fortschritt der Tauschringbewegung war folgerichtig nur durch die Vernetzung von Stadt und Land zu erwarten.

Bei welchen Interessengruppen kann nun die Entwicklung einer lokalen Ökonomie ansetzen? Sind es die Interessen der Kommunen, der Kirchengemeinden und der Unternehmen oder sind es die privaten Talente und Bedürfnisse? Natürlich sind sie nicht unabhängig voneinander und beeinflussen sich gegenseitig. Aber die Möglichkeiten zum Einstieg sind doch sehr unterschiedlich in ihrer Initialkraft und im Umfang.

Zuerst wollten wir bei den politischen Kommunen beginnen. Wittenberg sollte die Vorreiterrolle spielen. Der dortige Sozialdezernent war von der Tauschringidee eingenommen und sah Möglichkeiten, diese Idee für kommunale Interessen zu nutzen, zum Beispiel in Senioren-genossenschaften und im Bereich der Kinderbetreuung. Es könnte doch der Kindergartenbeitrag durch Arbeitsleistungen für städtische Anlagen abgelöst werden. Nutzungsrechte im Schwimmbad, den öffentlichen Nahverkehr und anderes könnte die Stadt als "Zahlungsmittel" (Gegenleistung) für Burgerleistungen in ein solches Netzwerk einbringen. So einleuchtend die Beispiele sind, so schwierig ist ihre Umsetzung in der öffentlichen Verwaltung. Als Einstieg in eine regionale Ökonomie erwies sich der Weg über eine Kommune als ungeeignet.



Der Weg über die Kirchen schien günstiger zu sein. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts können sie eine eigene Binnenkonomie entwickeln und sie sind von ihrem Verkndigungshintergrund her für eine soziale und solidarische Ökonomie offen. Dennoch würde man Jesus Christus wesentlich schneller in eine Tauschringbewegung bekommen als seine Nachfolger, die sich nach ihm benannt haben. Der Glaube ist immer weiter weg vom ökonomischen Umfeld in die Innerlichkeit ent-rückt. Verkündigung geschieht weniger in der Tat als im Wort, und die Haushalterschaft wird zur Beschaffungskonomie für die Aufrechterhaltung des Lehrapparates und dessen Kultuspflge. Das weltliche Engagement dient mehr der Schmerzlinderung als der Schmerz-beseitigung. Dies ist zwar nicht die Absicht aller gläubigen Christen, aber doch tendentiell die strukturelle Realität der verfasten Kirche. Was darüber hinaus geht, ist der Einzelinitiative an ihren Rändern überlassen.

Die Idee des "Kirchlichen Landfonds" wollte diese Strukturen aufbrechen und die gegenwärtige Not der Kirchen in einen Reichtum verwandeln. Wie bei den Kommunen ist dafür aber ein weiter Weg des Umdenkens zu gehen, der bei Personen und nicht bei Institutionen ansetzen muss. Die Aufgabe von Verwaltungen besteht bekanntlich darin, Bestehendes zu sichern. Die Aufgabe, die Strukturen dem Lebensbedarf anzupassen, obliegt den Bürgern. Das ist ein langer und beschwerlicher Weg. So lief auch die Initiative für einen "Kirchlichen Landfonds" für ökologische und soziale Projekte ins Leere. Unsere Kraft zur Verbreitung dieser Idee war zu schwach. Sodann haben wir uns bemüht, unsere eigene Kraft realistischer einzuschätzen und mit unseren Zielen auf erreichbare Stufen hinunterzusteigen.

1. Wir haben uns auf die Suche nach einer örtlich beschränkten Möglichkeit gemacht, mit geringen Mitteln den grösstmöglichen Multiplikatoreffekt für unsere Ideen zu erreichen.

2. In zunehmendem Masse haben wir unsere Aufgabe als eine Bildungsaufgabe begriffen, die wir mit modellhaften Projekten unterstützen wollen – und zwar in der Hoffnung, eine kritische Masse in der Bürgerschaft, in der Wirtschaft, in den Kirchen und in der Politik zu erreichen, die dann die Umsetzung der geeigneten Massnahmen ermöglicht. Der Ausgang ist ungewiss. Die nötigen Handlungsschritte werden immer klarer und die Bedingungen für das Erreichen des Ziels, also das dafür nötige immense 'Investitionskapital'

werden immer konkreter. Es gehört viel Optimismus dazu, vor der Größe der Aufgabe nicht zu kapitulieren.

3. Will man sich nicht entmutigen lassen, darf der Erfolg nicht allein an der erfolgreichen Umsetzung des Konzepts gemessen werden, sondern es sind die eigenen und fremden Lernerfahrungen und die gewachsene soziale Kompetenz in die Erfolgsbilanz einzubeziehen. Wissenschaftliche Begleitung, Reflexion und konzeptionelle Arbeit sind somit wichtige Bestandteile eines erfolgreichen Veränderungsprozesses, der durch die Arbeitsgruppe ReWir 2000 angeregt werden kann.

Das Projekt ReWir 2000 findet nach unserer jetzigen Planung seinen Einstieg bei den wirtschaftlichen und sozialen Unternehmen der Projektregionen und bei den vorhandenen und noch entstehenden Tauschringinitiativen. Die Förderung von gemeinwesenorientierter Arbeit und Ehrenamt soll den gegenseitigen Austausch motivieren und über ein Gutscheinsystem immer mehr Interessengruppen in das Projekt einbeziehen. Öffentlichkeitsarbeit wird ein wesentlicher Bestandteil der Projektumsetzung sein.

### **3 Der Prozeß der Zielfindung über die Methode der Zielpyramide**

Für ein Treffen aller am Projekt "ReWir 2000" Interessierten im kirchlichen Forschungsheim Wittenberg hatte ich Arbeitsmaterialien und eine Fläche für das Anheften der Zielbeschreibungen vorbereitet, ebenso Karten mit der Bezeichnung der unterschiedlichen Zielebenen (Leit-, Rahmen- und Handlungsziele). Mit der allen Anwesenden gestellten Aufgabe, jede/r für sich Ziele auf den vorbereiteten Karten zu notieren, begann die kreative Arbeit der Gruppe. Indem alle ihre Zielkarten an der Wand fixierten und ihre Ziele vorlasen, wurden Übereinstimmungen, Divergenzen und Ergänzungen sichtbar. Ein Impuls zur Diskussion war gesetzt. Dann galt es, in die Zielbeschreibungen eine gewisse Ordnung und Hierarchie hinein zu bringen. Wir haben die Konvergenzen in den Zielformulierungen herausgearbeitet und aussortierte Karten nicht von der Bildfläche verschwinden lassen, sondern am Rand unserer Pinnwand geparkt. Dies war nicht nur ein mechanischer Vorgang, sondern auch ein inhaltlicher Klärungsprozess zwischen den Beteiligten. Es stellte sich heraus, daß die meisten Gruppenmitglieder mit unserem Projekt übereinstimmende ideologische Ziele verfolgten, die

sehr hoch angesiedelt waren und auf der Handlungsebene in kleine Schritte aufgeteilt werden mussten. Schon hier zeigte sich, dass das Projekt "ReWir 2000", wie es in den nächsten zwei Jahren beabsichtigt ist, nur der Anstoß zu einem wirtschaftlichen Umdenken sein kann und einer Multiplikation der Multiplikatoren (Schneeballeffekt) bedarf, also von der bisherigen Projektgruppe nicht allein zu bewältigen ist.

#### 4 Das Ergebnis der Zielfindung

Es geht zunächst darum, die Öffentlichkeit auf das Projekt aufmerksam zu machen und für die Umsetzung zu gewinnen. Inzwischen ist die Broschüre "ReWir 2000 – Start" fertig gestellt und schafft Möglichkeiten, eine Auswahl wichtiger Multiplikatoren mit unserem Projekt bekannt zu machen. In einem Vorwort begrüsste die liberale Bildungs- und Kulturpolitikerin Hildegard Hamm-Brücher das Projekt "ReWir 2000" angesichts der "verheerenden Arbeitslosigkeit (Kosten 1996: 159 Mrd DM, d.h. pro Kopf eines Arbeitslosen 40.000 DM)": "Ich hoffe, dass es durch die Einführung sozialer 'Bonuspunkte' in Form der ReWir-Gutscheine gelingt, vorhandene brachliegende, aber auch neue Potentiale zu erschließen und den sozialen Zusammenhalt im gesellschaftlichen Nahbereich einer Region zu stärken. ... Ich möchte Sie, die Unternehmer, Initiativen, Kirchen, Kommunen und sozialen Einrichtungen ermutigen, an diesem Vernetzungsprojekt mit Phantasie in der Umsetzung teilzunehmen. Allen, die sich an diesem Vorhaben engagieren, möchte ich meine Anerkennung aussprechen. Sie tun es bisher ohne Gewißheit auf Erfolg, mit dem Einsatz von Zeit, Talent und Geld. Unsere auseinanderdriftende Gesellschaft braucht Solidarität und Zusammenhalt; andernfalls wird sie nicht nur materiell, sondern auch geistig und moralisch verarmen."

Natürlich wäre es gut, wenn wir alle Bürgerinnen und Bürger der Region Dessau-Bitterfeld-Wittenberg erreichen könnten. Dies gelingt uns hoffentlich im Laufe der Zeit. Eine Postwurfsendung an alle können wir nicht finanzieren und wir zweifeln auch daran, dass sie alle Köpfe und Herzen erreichen könnte. Vorerst setzen wir auf die Verteilung der Broschüre in Verbindung mit einem persönlichen Gespräch.

#### 5 Die Bedeutung der Methodenerfahrung für die weitere Projektentwicklung

Weil es bislang schwer war, einen kontinuierlichen Arbeitszusammenhang zu erhalten und die Gesamtgruppe in den weiteren Planungsprozess einzubinden, entstanden kleinere, eher spontane Arbeitsgruppen, für die auch eine Koordination fehlte. Ganz wichtig wäre es gewesen, eine Prioritätenliste zu erstellen und wichtige Teilziele auch in einen Zeitrahmen einzugliedern. Das jetzige Zwischenergebnis wäre schon früher zu erreichen gewesen, wenn wir ein kontinuierliches Projektmanagement gehabt hätten. Die Methoden, die die Sozialmanagementausbildung zur Verfügung gestellt hat, konnten nicht in vollem Umfang ausgeführt werden. Dennoch stellten sie eine wichtige Hilfe für unsere Praxis dar. Das gemeinsame Leitziel wurde eine zuverlässige, stille Voraussetzung des weiteren gemeinsamen Handelns. Es ermöglichte ein gutes Arbeitsklima und gab die Kraft, auch mit Enttäuschungen und Schwierigkeiten umzugehen.

#### 6 Die aktuelle Projektbeschreibung und der geplante Projektverlauf

**"ReWir 2000" – was ist das?** Es ist ein regionales Verbundsystem zur Stärkung wirtschaftlicher und sozialer Stabilität und als solches ein Projekt des Vereins "Neue Arbeit eV" mit Sitz am Bauhaus in Dessau. "ReWir" heiſst regionales Wirtschaften oder auch re=zuruck und wir=zu uns. Es soll ausgedrückt werden, daß wir uns auf unsere eigenen Talente und Möglichkeiten besinnen wollen. Und es hat etwas mit dem ursprünglichen Vereinsgedanken zu tun, nämlich dass wir gemeinsam mehr erreichen können als jeder für sich.

**Wer wird angesprochen durch "ReWir 2000"?** "Wir", das sind alle Bürgerinnen und Bürger der Expo-Korrespondenz-Region: Unternehmerinnen und Unternehmer, Eltern und Kinder, Kirchengemeinden und Kommunalverwaltungen, Sozialverbände und Interessengruppen, die durch in der Region lebende Personen vertreten und repräsentiert werden.

**Wem nützt "ReWir 2000"?** Das Netzwerk nützt allen, die in und an der Region nicht nur verdienen, sondern hier arbeiten, konsumieren und leben. Das Netzwerk kann dazu beitragen, die wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten in der

Region besser zu koordinieren. Importe können eingeschränkt und umweltbelastende Transporte verringert werden. Durch bargeldlose Verrechnung können Unternehmen Investitionsgüter aus der Region kaufen, ohne ihre DM-Kasse zu belasten. Durch die Herausgabe von ReWir-Gutscheinen können Kunden für regionale Unternehmen gewonnen und gehalten werden. Dadurch wird die Konkurrenzfähigkeit gestärkt. Formen neuer Arbeit im sozialen, ökologischen und privaten Bereich werden unter Ausnutzung vorhandener 'Restposten' sozialer und wirtschaftlicher Unternehmen sowie der kommunalen und öffentlichen Verwaltung gefördert und unterstützt. Freiwillige Dienste können honoriert, wenn auch nicht angemessen bezahlt werden. Kommunale Kassen können entlastet werden, indem die soziale Selbsthilfe (Ehrenamt) gestärkt wird. Kommunale und städtische Dienstleistungen wie Verkehr, Theater, Schwimmbäder usw. können besser ausgelastet werden.

**"Wie funktioniert "ReWir 2000"?"** Es werden ein Verrechnungssystem für den bargeldlosen Zahlungsverkehr und ein Gutscheinsystem aufgebaut. Dieses Verrechnungssystem ist nur für die Region interessant, da es nur Sachleistungen und keine DM-Auszahlungen ermöglicht. Für die Gutscheine gilt das gleiche. Der Verein "Neue Arbeit" übernimmt die Aufgabe, Teilnehmer und Förderer für das Projekt zu gewinnen. Er sorgt für Transparenz und demokratische Verfahren bei der Vergabe von Spenden. Es wird eine Art Spendenparlament eingerichtet, in dem die Mitgliedschaft über eine noch zu bestimmende Spendensumme erreicht wird. Der Verein gibt Gutscheine heraus und führt die Verrechnungskonten. Er unterstützt die Suche nach geeigneten Austauschpartnern im Netzwerk und betreibt den weiteren Ausbau der Infrastruktur.

Es gibt vier Formen der Teilnahme:

1. Sozial und gemeinnützig tätige Unternehmungen und Personen erhalten Sachspenden für ihre Arbeit in Form von ReWir-Gutscheinen.

2. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, die Sachspenden für die Fördertätigkeit des Vereins "Neue Arbeit" leisten wollen, können zu diesem Zweck Gutscheine zeichnen, z.B. Theater-, Backwaren- und Hotelgutscheine.

3. Darüberhinaus können Personen und Einrichtungen Mitglieder im Verein werden und ein Verrechnungskonto einrichten. Dadurch ergeben sich weitere Möglichkeiten des Umgangs mit den Gutscheinen und Geschaftsvorteile durch bessere Betriebsauslastung.

4. Denkbar wäre auch ein Beitritt zu einem kooperierenden Barter-Club. Die Verrechnungen werden attraktiver, da sofort eine grosse Palette von überregionalen Angeboten aus dem mittelständischen Bereich zur Verfügung steht.

**Wie wird "ReWir 2000" finanziert?** Bisher stehen keine Fördermittel zur Verfügung. Das Projekt soll sich aus Mitgliedsbeiträgen, Umsatzprovisionen, Umlaufgebuhren, Werbeeinnahmen und private Spenden finanzieren. Dabei sollen neben Geldspenden in zunehmendem Masse Sachspenden im Verrechnungsring eine wesentliche Rolle spielen. Für die Anschubphase bemuhnen wir uns auch um eine öffentliche und private Projektförderung, wie sie sie ähnliche Projekte in Schottland und Irland, in den Niederlanden (Aktie Strohhalm) und in Spanien bereits von der EU erhalten haben.

**Wie soll "ReWir 2000" eingeführt werden?** Das ReWir-System ist sehr komplex und bedarf der Einführung in mehreren Schritten.

Die *Startphase* begann mit der Verteilung der Informationsbroschüre. Erste Sponsoren wurden gebeten, Gutscheine zu zeichnen und für die Fördertätigkeit des Vereins "Neue Arbeit" zur Verfügung zu stellen.

In der *Einführungsphase* im Sommer 1999 wird ein Spendenparlament installiert, das über die Vergabe der eingegangenen Gutscheine an soziale, gemeinwesenorientierte und ökologische Projekte entscheidet. Damit kommen die Gutscheine in Gebrauch und werden öffentlich wirksam. Gleichzeitig wird die Werbung um weitere Spender und Gemeinwohlprojekte und um Mitglieder für den ReWir-Verrechnungsring fortgesetzt.

In der 1. *Ausbauphase* soll die Verrechnungsstelle ihren Betrieb aufnehmen. Für die Verrechnung sollen Wechsel gedruckt werden, die es den Mitgliedern ermöglichen, auf einfache Weise Verrechnungsauftrage zu erteilen.

In der 2. *Ausbauphase* soll ein Gutscheinleasing beginnen, d.h. die teilnehmenden Mitglieder können Gutscheine des ReWir-Projekts nicht nur für Sachspenden weitergeben, sondern zur eigenen Nutzung erwerben. Die Leasingkosten sollen 5 % des Nominalwerts pro Jahr betragen. Ungültig werdende Gutscheine sollen gegen eine Gebühr in Höhe von 10 % durch neue Gutscheine ausgetauscht werden. Die Gebühr dient den Kosten der Erneuerung und des Austausches der abgenutzten Gutscheine. Die Echtheit der Gutscheine und Wechsel ist zu überprüfen. Während des Jahres 2000 unterliegt das Projekt einer Erfolgskontrolle.

Und in einer Abschluphase soll entschieden werden, ob das Projekt über das Jahresende 2000 hinaus fortgesetzt wird.

## Hinweis

Die Broschüre "ReWir 2000 – Start" ist erhältlich bei der Geschäftsstelle des Vereins "Neue Arbeit e.V.", Humperdinckstr. 16, 06844 Dessau. Auf den Seiten 12-15 dieser Broschüre befinden sich Angaben zu den von der EU bereits geförderten Projekten in Schottland, Irland, Spanien und in den Niederlanden. Informationen hierüber gibt es im Internet unter der Adresse [www.perspecta.nl/fmi-imf/](http://www.perspecta.nl/fmi-imf/); sie werden fortlaufend aktualisiert.

"Mehr und mehr Menschen begreifen heute, daß mit der Wende nichts wirklich Neues begonnen hat und die Lösung der vor uns stehenden Probleme nach wie vor aussteht, daß die Gesellschaft und das Prinzip, nach dem wir leben, immer mehr in die Krise geraten. Die Menschen aus der ehemaligen DDR sind, bildlich gesprochen, lediglich vom sinkenden Fischerkahn auf die sinkende 'Titanic' umgestiegen - das ist in meinen Augen die Situation, der wir hier und global gegenüberstehen."

Helmut Becker, Der dMak-Tauschring in Halle,  
in: Veronika Bennholdt-Thomsen, Brigitte Holzer und Christa Mller (Hg.), Das Subsistenzhandbuch - Widerstandskulturen in Europa, Asien und Lateinamerika. Wien 1999, S. 85.  
Dieses Handbuch enthält weitere sehr lesenswerte Beiträge, u.a. von Elisabeth Mayer-Renschhausen, Die Gärten der Frauen, auf den Seiten 120-136.

## DOKUMENTATION

### Geldpolitischer Reformvorschlag vor dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags

Unser Mitarbeiter Prof. Dr. Eckhard Grimmel vom Institut für Geographie der Universität Hamburg bat mit einem Schreiben vom 27. Februar 1997 den Bundestag und die Bundesregierung sowie den Bundesrat und den Bundespräsidenten um die Prüfung seines Vorschlags, den Artikel 88 des Grundgesetzes (Bundesbank) zu erweitern. In den Jahrzehnten seit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (1967) sei es zunehmend schwieriger geworden, Preisstabilität, hohen Beschäftigungsstand, Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen. "Das hat seinen Grund vor allem darin, daß es der Deutschen Bundesbank nicht gelungen ist, den Geldkreislauf zu stabilisieren."

Grimmel empfahl folgenden Zusatz zum Art. 88 GG: Die Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank ist verpflichtet, den durchschnittlichen Preisstand auf Dauer festzuhalten, indem sie die umlaufende Geldmenge vermehrt oder vermindert, je nachdem, ob der Grohandelspreisindex Neigung zum Sinken oder zum Steigen zeigt. Die Bundesbank bzw. die EZB ist verpflichtet, den stetigen Umlauf des Geldes durch Erhebung von Geldhortungsgebhren zu sichern."

Das Bundeskanzleramt antwortete am 26. März 1997, es habe diesen Vorschlag "mit Interesse zum Kenntnis genommen"; es bat jedoch zugleich um "Verständnis, dass Ihrem Anliegen nicht gefolgt werden kann."

Der Bundestag teilte Grimmel am 26. März 1997 mit, sein Schreiben sei dem Petitionsausschuß zugeleitet worden (Petition-Nr. 2-13-08-606-041964). Von dort erhielt er eine Nachricht vom 26. Mai 1997, dass das Bundesministerium der Finanzen in einer Stellungnahme anderer Auffassung sei als Grimmel und dass der Petitionsausschuß "deshalb Ihre Eingabe als erledigt ansieht". Das BMF hatte geschrieben: "Die Jahre seit Gründung der Deutschen Bundesbank waren durch eine strikte Kontrolle der monetären Expansion gekennzeichnet. ... Dank ihrer Erfolge bei der Steuerung der Geldmenge ist die Bundesbank

weltweit zu einem Symbol für die deutsche 'Stabilitätskultur' geworden. ... Der Vorschlag des Petenten ist problematisch. ... Die Funktion der vom Petenten vorgeschlagenen 'Geldhortungsgebühren' übernimmt in unserer Wirtschaftsordnung der Zins als 'Preis' für das Kapital. Zinsen sind ein wichtiger Gradmesser für die Knappheit des Kapitals und dienen damit der Steuerung des Kapitaleinsatzes."

Ohne Bezugnahme auf Grimmels sachliche Einwände und auf Literaturhinweise als Basis einer weiteren Klärung erhielt er am 20. Januar 1998 vom Petitionsausschuß des Bundestages die Mitteilung, das Petitionsverfahren sei "abzuschließen, da dem Anliegen des Petenten nicht entsprochen werden kann." Grimmel beanstandete daraufhin, dass seine Richtigstellungen und Literaturhinweise unbeachtet geblieben waren. Am 12. Februar 1998 erhielt er eine Belehrung darüber, dass "der Petitionsausschuss nicht verpflichtet (ist), auf jedes Argument in seiner Begründung der Beschlussempfehlung einzugehen. ... Ihre Eingabe ist damit ordnungsgemäß erledigt worden."

Daraufhin richtete Grimmel am 27. Februar 1998 nochmals ein Schreiben an Bundesregierung und Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident. "Wie Sie wissen, halten nach der Neujahrsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach bereits ein Drittel der Bürger der alten Bundesländer und zwei Drittel der Bürger der neuen Bundesländer die bundesdeutsche Demokratie nicht mehr für verteidigungswert. Diese Einstellung resultiert zweifellos aus der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Bekanntlich ist auch die Weimarer Republik in erster Linie an der damaligen Arbeitslosigkeit zugrunde gegangen. Und die heutige Bonner/Berliner Republik bzw. die zukünftige Europäische Union dürfte ein ähnliches Schicksal erleiden, wenn die soziale Ungerechtigkeit und der daraus resultierende Abbau der Arbeitsplätze nicht beseitigt werden. Deshalb erneuere ich heute meinen Appell vom 27. Februar 1997 und bitte Sie nachdrücklich, doch endlich die Gesetzgebungsinitiative zu ergreifen."

Auch dieses Schreiben wurde dem Petitionsausschuss zugeleitet und von dort wie folgt am 18. Juni 1998 beantwortet: "Das Petitionsverfahren ist abzuschließen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat ein Petent, der auf eine zulässige Petition ordnungsgemäß beschieden ist, keinen Anspruch auf erneute Prüfung oder Bescheidung, wenn er die gleiche Petition nochmals bei derselben Stelle einbringt. ... Weitere Zuschriften in dieser Angelegenheit wird der Petitionsausschuss

nicht mehr beantworten. Der Ausschussdienst ist angewiesen, derartige Zuschriften unbeantwortet zu den Akten zu nehmen."

... bis auch die zweite deutsche Demokratie "ordnungsgemäss erledigt worden" ist? *Red.*

## Die Zeit ist reif!

Zum 50. Geburtstag unseres Grundgesetzes fordern wir einen Volksentscheid über die Einführung des bundesweiten Volksentscheids! Als Bürgerinnen und Bürger wollen wir selbst bestimmen, ob wir mehr Mitsprache wünschen. In 50 deutschen Städten und Gemeinden wurde am 17. April 1999 zeitgleich um 12.00 Uhr mittags der nachfolgend dokumentierte "Aufruf für Mehr Demokratie" verlesen.

## Aufruf für Mehr Demokratie

Demokratie ist nicht ein für allemal fertig; sie hat sich geschichtlich entwickelt und muß sich weiterentwickeln hin zu dem Ziel größtmöglicher Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen im Rahmen der staatlichen Gemeinschaft. Jubiläen wie 150 Jahre Märzrevolution von 1848 und 50 Jahre Grundgesetz erinnern daran, welchen Weg wir zurückgelegt haben, und mahnen zum Weitergehen. Das bereits von der Frankfurter Paulskirchenversammlung 1849 beschlossene allgemeine und gleiche Wahlrecht wurde erst 1871 Wirklichkeit, das lange geforderte Wahlrecht der Frauen setzte erst die Novemberrevolution 1918 durch. Auch die schrittweise Senkung des Wahlalters auf 18 (bzw. 16) Jahre und die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auf EU-Angehörige sind noch keineswegs Endpunkte der Entwicklung.

Entsprechend den jahrzehntelangen Forderungen der Arbeiterbewegung und liberaler Kräfte nahm die Deutsche Nationalversammlung 1919 Volksbegehren und Volksentscheid in die Weimarer Verfassung auf, allerdings mit praktisch unüberwindlichen Hürden. Der Parlamentarische Rat legte 1949 in Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz als unverrückbaren Grundsatz fest, daß das Volk die Staatsgewalt "in Wahlen und Abstimmungen" ausübt, gestaltete das Abstimmungsrecht allerdings, abgesehen vom Sonderfall der Ländergliederung, aus situativen Gründen nicht weiter aus. In der "Übergangszeit", für die das Grundgesetz zunächst gelten sollte, mochte dieser Verzicht hinzunehmen sein. Seitdem aber die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet ist und das Grundgesetz als endgültige deutsche Verfassung gilt, ergibt sich aus Art. 20

Abs. 2 Grundgesetz der Auftrag, auf diesem Fundament weiterzubauen und Abstimmungen über Sachfragen praktisch möglich zu machen.

Angestoßen durch die 68er Bewegung und ein weiteres Mal befördert durch die friedliche Revolution im Jahr 1989 wurden in den letzten Jahrzehnten vielerlei Formen der Bürgerbeteiligung erprobt: Foren und Runde Tische, Arbeitskreise und Projektgruppen, Mediation und Planungszellen. Sie sollten noch weit häufiger als bisher und vor allem auch auf höheren Entscheidungsebenen im politischen System angewandt werden. Der Druck auf Politik und öffentliche Verwaltung, sich darauf einzulassen und entsprechend zu handeln, bleibt jedoch so lange gering, wie Bürgerinnen und Bürger nicht die Möglichkeit haben, Sachfragen auch selbst zu entscheiden. Andernfalls laufen alle Beteiligungsformen Gefahr, als eine Art Spielwiese zu fungieren.

Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf allen politischen Ebenen sind deshalb ein "Türöffner" für die Entwicklung von Demokratie und Gesellschaft. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind der Meinung, daß die Zeit hierfür reif ist. Der politische Reformstau ist dafür ein ebenso untrügliches Anzeichen wie Umfrageergebnisse, nach denen über 70 Prozent der Befragten das Abstimmungsrecht verlangen. Die demokratische Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger weiter darauf zu beschränken, daß sie alle vier oder gar fünf Jahre ihre Stimme "abgeben" dürfen, heißt, sie in Unmündigkeit zu halten. Es geht auch anders: Die Erfahrungen in der Schweiz und in amerikanischen Bundesstaaten sind insgesamt ermutigend.

Zwar haben inzwischen alle Bundesländer entsprechende Regelungen für die kommunale und die Landesebene, während sie für die Stadtbezirke noch weitgehend fehlen. Die aufgerichteten Hürden sind jedoch meistens so hoch, daß davon nur wenig Gebrauch gemacht wird und viele Initiativen von vornherein entmutigt werden. Die von den politischen Repräsentanten gewählten Regelungen verhindern mehr als sie ermöglichen. Gerade Regeln über direkte Demokratie müssen aber "anwendungsfreundlich" sein. Der Demokratie dient es am besten, wenn die Bevölkerung die Schritte ihres politischen Mündigwerdens selbst festlegt und im "Volksentscheid über den Volksentscheid" ihren Willen bekundet. Deswegen rufen wir dazu auf, die von Mehr Demokratie eingeleiteten Initiativen zur Verbesserung der vorhandenen Regelun-

gen in den Bundesländern und zur Einführung des Volksentscheids auf Bundesebene zu unterstützen.

Dieser von Prof. Dr. Roland Geitmann verfaßte Aufruf wurde von mehr als 200 namhaften Politikern, Wissenschaftlern, Künstlern, Unternehmern und Journalisten mit unterschrieben: Dr. Franz Alt – Peter Conradi – Prof. Hertha Däubler-Gmelin, Bundesjustizministerin – Prof. Hans-Peter Dürr – Prof. Wolfram Elsner – Prof. Erhard Eppler – Günter Grass – Dr. Hildegard Hamm-Brücher – Prof. Johannes Heinrichs – Hans Koschnick – Günter Kunert – Prof. Maria Mies – Dr. Margarete Mitscherlich – Antje Radtcke – Prof. Horst Eberhard Richter – Prof. Karl Albrecht Schachtschneider – Hans Scheibner – Otto Schily, Bundesinnenminister – Rezzo Schlauch – Johannes Stüttgen – Wolfgang Templin – Dr. Wolfgang Ullmann – Dr. Antje Vollmer – Martin Walser – Bettina Wegner – Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker – Christa Wolf – Prof. Karl Georg Zinn.

## B Ü C H E R

Hans Köchler

### **Neue Wege der Demokratie: Demokratie im globalen Spannungsfeld von Machtpolitik und Rechtsstaatlichkeit**

Wien/New York: Springer Verlag, 1998. 181 Seiten.

Ist die repräsentative Demokratie wirklich der beste Garant für Menschenrechte? Köchler hält dies für ein unbewiesenes Dogma, welches zu prüfen ist – sowohl in innenpolitischer Hinsicht als auch im Hinblick auf den Aufbau internationaler Organisationen. Die moderne Konzeption der Menschenrechte beruht auf Kant: der Mensch ist niemals nur Mittel, sondern auch immer Zweck obrigkeitlichen Handelns. Köchler will zeigen, daß nur direkte, d.h. nicht mediatisierte, Beteiligung am Gesellschaftssystem dem Menschen und seinen natürlichen Rechten adäquat ist. Diese Haltung wird jedoch in den westlichen Ländern nur von wenigen führenden Sozial- und Rechtstheoretikern geteilt. Die meisten von ihnen betrachten die Repräsentation a priori als das stabilste Fundament zur Anerkennung unterschiedlicher Interessen. Für Köchler scheinen die Defizite dieser Demokratieform besonders auf internationaler Ebene zutage zu tre-

ten: obwohl alle UN-Mitgliedsstaaten formell gleichberechtigt sind, bestimmen in der Praxis die Großmächte, wo Menschenrechte und staatliche Souveränität zu schützen sind und wo dies nicht erforderlich ist. Als Beispiel sei hier die unterschiedliche Haltung der NATO zur Kosovofrage einerseits und zur türkischen Kurdenpolitik andererseits genannt.

Schon die UN-Menschenrechtserklärung von 1948 befürwortet im §1 zwar sowohl direkte als auch indirekte Demokratien, läßt aber dann im §3 nur noch die repräsentative Form zu.

Kernelement der Menschenrechte ist die Anerkennung, daß der Mensch einen freien Willen hat. Die Gefahr der Repräsentationslehre besteht in ihrer Annahme eines ganzheitlichen Volkswillens anstelle der Betrachtung einzelner, individueller Willensentscheidungen und deren Summation. Das Problem der repräsentativen Demokratie liegt jedoch nicht in der Unterordnung des Minderheitswillens unter den Mehrheitswillen, sondern in der Abgabe des Individualwillens an eine oligarchische Herrschaft.

Deswegen ignoriert der Autor nicht die Risiken einer direkten Demokratie. Auch in einer solchen könnte etwa das Ergebnis einer Volksbefragung durch die Regierung massiv manipuliert werden. Eine konkrete Fehlsteuerung der repräsentativ zusammengesetzten UN besteht in der Widersprüchlichkeit ihrer Sanktionspolitik: wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen einen Staat sollen politische Rechte der Bürger des betroffenen Staates durchsetzen, untergraben aber gleichzeitig deren soziale und wirtschaftliche Rechte. Letztere sind aber die Grundvoraussetzung für Freiheitsrechte.

Köchler untersucht auch die Schwierigkeiten, dem herrschenden Paradigma ein anderes entgegenzusetzen. Durch das Scheitern des Sozialismus habe sich die vormals bipolare zu einer monopolaren Weltordnung gewandelt, welches dem propagierten Demokratiemodell jeden Legitimationszwang zu nehmen scheint. Dieses Hemmnis könne aber auch als Chance gesehen werden.

Die vom früheren US-Präsidenten George Bush angekündigte "Neue Weltordnung" hat sich als Machtapologetik erwiesen. Daß die ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates hauptsächlich eigene Interessen durchsetzen und Frieden und Menschenrechte dabei nur selektiv als Instrumente benutzen, ist für Köchler der negativste Auswuchs des derzeitigen internationalen Demokratiever-

ständnisses. Die Einflußdefizite politisch schwächerer Länder müßten durch eine grundlegende Reform ausgeglichen werden. Als Schlüsselmaßnahmen schlägt der Verfasser eine Abschaffung des Vetorechts der Ständigen Sicherheitsratsmitglieder sowie eine Rotation aller Mitglieder nach dem Regionalprinzip vor. Jede Weltregion sollte durch einen oder mehrere Staaten angemessen vertreten sein. Eine weitere Institution sei der UN-Vollversammlung zuzufügen: eine von den Weltbürgern gewählte Kammer, vergleichbar dem Europäischen Parlament.

Möglichen Einwänden gegen eine Demokratisierbarkeit von internationaler Politik setzt Köchler die These entgegen, daß Interessenstrukturen und Verhandlungsmethoden auf nationaler Ebene sich nicht wesentlich unterscheiden. Auch das remoteness-Argument sei nicht stichhaltig, da viele internationale Entscheidungen unmittelbar den Individualbürger betreffen.

Das Buch beleuchtet also die internationale Dimension eines immer wieder diskutierten und nach wie vor ernstzunehmenden Demokratieansatzes. Es richtet sich primär an den an internationaler Politik und UN-Recht interessierten Leser, setzt aber nicht unbedingt Kenntnisse in diesem Bereich voraus. Nachdenkenswert ist auch sein philosophischer Ansatz, nach dem der Mensch primär als Weltbürger und nicht als Staatsbürger zu verstehen ist.

Interventionen zur Erweiterung der Einflußnahme benachteiligter Staaten hat es innerhalb der UN immer wieder gegeben, was in dem Buch auch eingehend dokumentiert wird. Gescheitert sind sie wiederum an dem Dilemma, das sie beseitigen wollten: der privilegierten Stellung der Großmächte.

Der Wunsch nach einer internationalen, gleichzeitig unabhängigen und durchsetzungsfähigen Rechtsprechung ist sehr alt und wird durch die heutige Praxis willkürlicher Menschenrechts- und Sicherheitspolitik um so mehr legitimiert.

*Christian Böttcher*

**Peter C. Dienel**

### **Die Planungszelle: Eine Alternative zur Establishment-Demokratie**

Opladen: Westdeutscher Verlag, 4. durchgesehene Auflage 1997. 294 Seiten, 30 Abb.

Der bundesdeutschen Demokratie wird vielfach nachgesagt, den Parteien und Interessenverbänden

mehr Macht einzuräumen als den einzelnen Bürgern. Auch die öffentliche Verwaltung sei weder wertneutral noch lobbyresistent und habe die Tendenz zur Verselbständigung. Immer wieder tauchen deshalb Vorschläge auf, die Alternativen oder Ergänzungen zu rein repräsentativen Regierungs- und Verwaltungsformen aufzeigen sollen. Dienel hat 1997 eine bereits zwanzig Jahre vorher erschienene Studie neu aufgelegt, über das seinerzeit entwickelte Modell der Planungszelle. Das Buch ist vom Autor offenbar nur unwesentlich überarbeitet worden, wohl in der Annahme, die Planungszelle sei im Grunde ein sehr brauchbares Konzept, das bisher nur zu selten realisiert worden ist.

Möglichkeiten verstärkter Bürgerbeteiligung wurden in den siebziger Jahren breit diskutiert. Begleitend zu beziehungsweise infolge dieser Diskussion entstanden auch zahlreiche andere Partizipationsformen, wie Bürgerinitiativen, selbstinitiierte Planungsgruppen und Beiräte. Als herausragende Schwäche dieser Institutionen nennt Dienel ihre häufige Abhängigkeit von Klientelgruppen, also den gleichen Kritikpunkt wie bei den klassischen politisch-administrativen Einrichtungen. So würden Bürgerinitiativen vornehmlich von Angehörigen der Mittelschicht gegründet, welche mehr Artikulationsmöglichkeiten besäßen als benachteiligte soziale Gruppen. Die reale Bevölkerungsstruktur spiegelt sich in solchen Fällen nicht wider.

Die Planungszelle soll aus einer überschaubaren Zahl von Einwohnern bestehen, die teils nach dem Zufallsprinzip, teils nach ihrer beruflich-sozialen Herkunft ausgewählt werden. Die Mitarbeit ist, ähnlich wie beim Schöffenamtsamt, verbindlich, weshalb Möglichkeiten der beruflichen Freistellung in Betracht zu ziehen sind.

Der Autor sieht besonders bei politischen Fragen mit schwieriger Konsensfindung eine Effizienzlücke in der Demokratie, die durch Planungszellen ausgefüllt werden könnte. Auch Aufgaben, bei denen Politik, Bürger und Verwaltung nur schwer motivierbar sind, etwa wegen geringer Öffentlichkeitswirkung oder Kompetenzunklarheiten, wären mit Planungszellen leichter in Griff zu bekommen. Als positive externe Effekte der Planungszelle sieht Dienel u.a. größere Transparenz der Ergebnisse politischen Handelns, Neutralisierung von Gruppeninteressen, höhere Legitimierbarkeit von Entscheidungen. Überdies würde die Identifikation der Bürger mit dem Gemeinwesen erhöht, soziale Macht umverteilt und das politische System entlastet.

Die Studie bezieht sich primär auf die kommunale Ebene, sieht aber auch Chancen für regionale, nationale oder gar staatenübergreifende Planungszellen. Das Buch ist eine Neuauflage von 1977, was in den Statistiken und nicht zuletzt in dem Siebziger-Jahre-Ambiente der zahlreichen Fotos zum Vorschein kommt. Nichtsdestotrotz zeigen die Untersuchungen und Stellungnahmen, daß Bürgerpartizipation und kommunale Demokratie in der politischen Wissenschaft und Praxis eine erneute Diskussion wert sind. Um so mehr verwundert es, daß Planungszellen in unserem Land sich bisher nicht etablieren konnten, trotz vieler erfolgreicher Modellversuche, auch im Ausland. Gründe könnten in den für Planungszellen notwendigen Gesetzesreformen und in der in Deutschland starken Resistenz herkömmlicher Institutionen liegen. Dienel räumt auch eine höhere personelle Kostenintensität von Planungszellen gegenüber anderen Partizipationsformen ein. Diese Kosten würden aber durch die in Zellen höhere Planungsdynamik und -flexibilität ausgeglichen.

Die Studie ist wegen ihrer Fülle an Informationen und theoretischen Anregungen eine sehr gute Basis für weitergehende Untersuchungen und Modellvarianten. Besonders Erfahrungen mit vergleichbaren Einrichtungen im Ausland sollten verstärkt erforscht werden.

*Christian Böttcher*

**Gerhard Kolb**

### **Geschichte der Volkswirtschaftslehre – Dogmenhistorische Positionen des ökonomischen Denkens**

München: Verlag Vahlen, 1997. 195 Seiten.

Der Verfasser – er ist Ordinarius für Allgemeine Wirtschaftslehre und ihre Didaktik an der Universität Hildesheim – zitiert im Vorwort seines Buches einen Satz von John K. Galbraith: "Wirtschaftswissenschaft läßt sich nicht verstehen, wenn das Bewußtsein ihrer Geschichte fehlt." Mit Recht schätzt Kolb die Theoriegeschichte als "eine Art roten Faden" durch die Entwicklung der Ökonomie und er bedauert, daß die Studierenden danach "oftmals vergeblich suchen". (S. V und VI)

Ein Blick in die Vorlesungsverzeichnisse deutscher Universitäten zeigt das erschreckende Ausmaß, in dem die Ökonomie seit ein bis zwei Jahrzehnten am Schwund ihres Gedächtnisses leidet. An den meisten Universitäten wurden Vorlesungen über die Theoriegeschichte ersatzlos gestrichen –



und das nicht nur aufgrund von Sparzwängen, sondern auch weil der Wert einer soliden Allgemeinbildung geringer geschätzt wird als das einträglichere praktische Handwerkszeug. Nach dem (vordergründigen) Sieg des westlichen Kapitalismus im Wettkampf der Systeme ist auch in der Ökonomie ein "Ende der Geschichte" angesagt. Die nunmehr zeitlos gültige (?), mathematisch verklausulierte Neoklassik herrscht beinahe konkurrenzlos und verdrängt die Erinnerung an alle Theorien, die noch Zweifel an ihr wecken könnten. Mit ihrem scheinbar liberalen Marktfundamentalismus, der in Wirklichkeit den freien Wettbewerb zugunsten entfesselter Kapitalinteressen beschränkt oder gar ganz ausschaltet, droht die Ökonomie von einer Wissenschaft zu einer "Glaubensgemeinschaft" (Hans Chr. Binswanger) zu werden, die hauptsächlich die Spielregeln für den globalisierten Tanz um das Goldene Kalb bestimmt und ihre Einhaltung überwacht.

Ist die Realität dieses Tanzes eigentlich noch normal? Bei den Basler Psychotherapietagen diskutierten kürzlich berühmte Psychologen über die "Normalität des Verrückten". Um zu sehen, daß in Wirtschaft und Politik vieles schief läuft, braucht man wahrlich kein Marxist oder Kathedersozialist zu sein. Die Neoklassik hat sich meilenweit von dem entfernt, was Walter Eucken einmal als ordnungspolitisches Fundament einer wirklich freien Marktwirtschaft entwickelt hat. Sie protegirt eine mit dem irreführenden Etikett "liberal" versehene kapitalistische Maschinerie der unbegrenzten Geldvermehrung, die sich gegen die Menschen und gegen die Natur richtet. Dementsprechend wird das Ökonomiestudium mehr und mehr zu einem nur praxisorientierten Trimpfad, auf dem junge Menschen auf ihr zukünftiges Funktionieren als Rädchen in diesem Getriebe vorbereitet werden, statt daß sie auch zu Persönlichkeiten herangebildet werden, die soziale Verantwortung übernehmen können. Entsprechende 'Vorarbeit' leisten inzwischen auch die Banken, indem sie mit Unterrichtsmaterialien wie dem "Planspiel Börse" in die Schulen eindringen und in jungen Menschen die Lust am Spekulieren und Absahnen wecken.

So ist es geradezu ein Glücksfall, daß Gerhard Kolb diesem Zeitgeist entgegentritt. Durch seine zuvor schon erschienenen "Grundlagen der Volkswirtschaftslehre" als ein Ökonom ausgewiesen, der das "Denken in Ordnungen" (Eucken) versteht und allgemeinverständlich zu schreiben weiß, schließt er nicht nur den Studierenden einen

Zugang zu den Quellen der Ökonomie und ihren vielfältigen späteren theoretischen Verzweigungen. Neben der Neoklassik stellt Kolb die anderen Denkschulen dar, aus deren Sicht sich Kritisches zum heutigen mainstream sagen ließe – angefangen bei den antiken und mittelalterlichen Vorläufern (einschließlich deren Kritik am Zinsnehmen), über den Merkantilismus (mit dessen quantitätstheoretischen Einsichten in die Bedeutung von Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit sowie der Geldkritik von Boisguillebert), die Physiokratie (deren Steuerkonzept und Vorbehalte gegen die Staatsverschuldung vielleicht gar nicht so abwegig waren), den klassischen Liberalismus, den frühen Sozialismus und Marxismus sowie die Romantik, den Historismus als deutschen Sonderweg und den amerikanischen Institutionalismus. Daß sich die Neoklassik gegenüber den anderen ökonomischen Denkschulen durchsetzen konnte, lag möglicherweise mit daran, daß sie alle die Problematik des nach neoklassischer Lesart neutralen Geldes übersahen oder auch ignorierten, obwohl einige Ökonomen wie Fisher, Keynes, Dillard oder Harrod zeitweise nah dran waren an dieser zentralen Problematik. Um so betrüblicher ist es, daß die Geldreformer wie Johannsen und Gesell, die sich keiner der größeren Denkschulen zuordnen lassen und die eigenständig nach einer Alternative zur Neoklassik und zum Marxismus suchten, in Kolbs Theoriegeschichte noch fehlen. Ihre Darstellung ließe sich in einer weiteren Auflage des Buches nachholen, zum Beispiel in einem zusätzlichen Abschnitt "5. C. Liberaler Sozialismus", der an den Abschnitt 5. A. über Owen, Fourier und Proudhon anknüpft. Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang auch ein Hinweis darauf, daß Henry George die "Impot unique" der französischen Physiokraten aufgriff und ähnlich wie Gossen und Walras zum Konzept einer "Single tax" umarbeitete, während Franz Oppenheimers Variante bodenreformerischen Denkens in der Tradition der Frühsozialisten zu genossenschaftlichem Siedeln anregte. Im Abschnitt B. II. 2 über Keynes wäre es denkbar, ergänzend zu erwähnen, wie Keynes die Klassik mit dem von Gesell vorgedachten Argument der "unwirksamen Nachfrage" kritisierte und wie er dann aber selbst empfahl, Nachfrage-lücken im Wege antizyklischer Konjunkturpolitik mit einem deficit spending zu kompensieren, statt die Geldzirkulation nach Gesell mit Hilfe künstlicher Durchhaltekosten des Geldes zu verstetigen.

Schließlich geht Kolb auch auf neuere Theorieentwicklungen ein, so auf die "Neue Institutionen-

ökonomik" innerhalb der Neoklassik, auf einige Varianten des Postkeynesianismus und auf die auf Schumpeter zurückgehende "Evolutorische Wirtschaftstheorie". Dieser Abschnitt erleichtert eine Orientierung in der neueren, noch unübersichtlichen Forschung; dennoch könnte er in einer zweiten Auflage des Buches noch erweitert werden und es wäre gut, wenn er dann in eine Mahnung an die Ökonomen einmünden könnte, sich ihrer hohen Verantwortung für eine Lösung des Problems sich gegenüber der Realwirtschaft verselbständigender Finanzmärkte bewußter zu werden. Abgesehen davon ist Kolbs Geschichte der ökonomischen Theorie auch in ihrer bisherigen Form ein wertvoller "roter Faden" durch das Wurzelgeflecht der Ökonomie, das nicht vergessen werden sollte, denn: "Da die Vergangenheit notwendigerweise die Gegenwart mitbestimmt, ist es eben falsch, in der Geschichte nur die Asche zu erkennen und die glimmende Glut zu übersehen." (S. VI) Wer sucht, kann in der Asche mehrerer ökonomischer Denkschulen und auch bei den Außenseitern an ihren Rändern noch "glimmende Glut" finden, die auf den Zustrom von neuem Sauerstoff wartet, damit aus der Asche der Phönix einer die Zukunft verantwortlich mitgestaltenden neuen Theorie aufsteigen kann. Wenn schon im Ökonomiestudium, ganz zu schweigen von der nicht akademischen Ausbildung, kaum mehr auf die sozialökonomische Ideengeschichte eingegangen wird, dann sollten sich wenigstens emanzipierte und kritische Wirtschaftsbürger bewußt werden, daß es außerhalb der 'mainstream economics' noch viele Theoriestränge gibt, die es verdienen reflektiert zu werden. Mit Kolbs "Geschichte der Volkswirtschaftslehre" liegt ein empfehlenswertes Angebot vor, das zur Weitung des Horizonts genutzt werden sollte.

*Werner Onken*

**Thomas Lang**  
**Geld und Zins als monetäre Ursachen des Wirtschaftswachstums**

Lütjenburg: Fachverlag für Sozialökonomie, 1998. 85 Seiten.  
 ISBN 3-87998-443-1

Das vorliegende Buch ist die Veröffentlichung einer wirtschaftswissenschaftlichen Diplomarbeit. Dies zeigt, daß auch mit der Wahl eines freiwirtschaftlich orientierten Themas und seiner Bearbeitung ein Studierender erfolgreich sein kann.

Lang vertritt und untermauert die These, daß Geld und Zins die in der Wirtschaftswissenschaft

weitgehend ausgeblendeten Ursachen des Wirtschaftswachstums sind. Darin stimmt er zahlreichen freiwirtschaftlich orientierten Autoren zu. Wachstum wird zunächst als reales Wachstum betrachtet, so wie es postkeynesianische und neoklassische Wachstumstheorien tun. In den realen Wachstumsmodellen spielt das Geld als das wichtigste Medium der Wirtschaft keine Rolle bzw. nur die Rolle eines für den Wirtschaftsprozess neutralen Tauschmittels. Deshalb gibt es Ansätze, das Geld in einer monetären Wachstumsbetrachtung miteinfließen zu lassen. Daneben gibt es aber auch Kritik am Wirtschaftswachstum überhaupt und den damit verbundenen Folgerungen für Ressourcen und Ökologie. Im zweiten Teil der Arbeit wird das Geld schrittweise eingeführt in Modellbetrachtungen und insbesondere Keynes wird monetär interpretiert. Gesell wird als Begründer der Freiwirtschaftslehre und der "zeitgenössischen freiwirtschaftlichen Wachstumstheorie" (S. 23) genannt. Die Quantitätstheorie von Irving Fisher wird dargestellt und behandelt. Leider ist Lang nicht so tief in die freiwirtschaftliche Literatur und in die Schriften Fishers eingedrungen, daß er erkannt und erwähnt hätte, daß sich Fisher und sein Schüler Hans Cohnsen auch für gestempelt Geld, Freigeld im Sinne Silvio Gesells, eingesetzt haben. Walras, Friedman und Schumpeter werden erwähnt, ehe Keynes und Gesell weitgehend parallel behandelt werden. Die Verengung von Geld auf Bargeld bei Gesell sieht Lang ebenso kritisch wie er an anderer Stelle bei Schumpeter und Binswanger hervorhebt, daß die Kreditschöpfung im Bankensystem wesentliche Quelle des Wirtschaftswachstums sei.

Im Unterschied zu anderen Gegenständen haften dem Geld keine Durchhaltekosten an. Das ist die Gemeinsamkeit von Gesell und Keynes, wobei letzterer bei Gesell in die Schule ging. Den Blick auf die monetäre Seite bei Keynes gewinnt Lang stark aus der Beachtung der Theorien von Riese. Nach Riese bildet das Geld die generelle Budgetrestriktion des Marktes und wird der Zins zu einem monetären Phänomen (vgl. S. 44 mwN).

Im dritten Teil der Arbeit werden die monetären Ursachen des Wirtschaftswachstums behandelt. Anders als bei der Neoquantitätstheorie kann in einem von Binswanger erweiterten walrasianischen Modell die Erhöhung der Geldmenge nicht nur zu Preissteigerungen, sondern auch zu Produktionsausweitungen führen. Binswanger: "Man muß Schulden machen, um Schulden zu bezahlen. Man muß heute für die Bezahlung der Investitionen

Kredite auf der Basis der Geldschöpfung aufnehmen, also Schulden machen, um aus den Einnahmen aus dem Verkauf der höheren Produktionsmenge sich die Investitionen von gestern bezahlen zu lassen und dabei einen Gewinn zu erzielen, aus dem auch die Zinsen bezahlt werden können" (S. 60 mwN). Lang stellt dazu lapidar fest: "Die Finanzierung von Investitionen durch Fremdkapital und die Rückzahlung dieser Schulden zuzüglich Zinsen stellt somit eine Ursache für wirtschaftliches Wachstum dar" (S.60). Auch von den Finanzmärkten und der Akzeptanz des Shareholder-Value-Gedankens sieht er einen Wachstumszwang ausgehen. Die Freiwirtschaft geht ebenfalls von der Dominanz des Kapitalmarktes aus. Das Geld verweigert sich dem Angebot, der Investition, wenn nicht ein Mindestzins von 3-4 % real erzielbar ist. Nach Löhr setzt der Geldkapitalzins den Standard, über den das Sachkapital nicht vermehrt werden kann (vgl. S.62 mwN). Deshalb auch strebt die Freiwirtschaft die Belastung des Geldes mit Durchhaltekosten an, um das Geld der Investition und der Nachfrage dienstbar zu machen. Außerdem betont die Freiwirtschaftslehre die Umverteilungswirkung, die von der Zinsbelastung in den Preisen ausgeht. Die gegenüber der These vom Wachstumszwang kritische Stimme von Löhr wird zur Kenntnis genommen und in Form eines Briefes im Anhang abgedruckt.

Die Schrift von Lang verbreitet ein fundiertes Wissen und zeigt, daß die Freiwirtschaft auf der Höhe der wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit ist. Auch wer sich nicht in die vereinzelt wiedergegebenen Formeln hineinlesen will, kann dem Buch mit Gewinn folgen.

*Jörg Gude*

**Martin Geyer**

### **Verkehrte Welt – Revolution, Inflation und Moderne / München 1914 – 1924**

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1998. 451 Seiten.

Kurz vor dem Ende unseres Jahrhunderts der braunen und roten Diktaturen mag es angebracht sein, sich an jene Zeiten des ersten Weltkriegs mit dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs und der großen Inflation zu erinnern, in denen es auf tragische Weise versäumt wurde, tragfähige Grundlagen für das Funktionieren der ersten deutschen Demokratie zu schaffen. Die vorliegende, an der Philosophischen Fakultät der Universität Köln entstandene Habilitationsschrift führt ihre Leser

zurück in jene "verkehrte Welt" der Jahre 1914 bis 1924, speziell nach München, der damaligen "Hauptstadt der Bewegung", welche zum Sturm auf die Berliner Republik der Sozialisten, 'Kriegs- und Inflationsgewinnler' und 'Erfüllungspolitiker' aufrief. Im Kontext neuerer Debatten über das Kaiserreich, den deutschen Sonderweg und die NS-Diktatur zeigt Geyer ausführlich, wie schroff dort Tradition und Moderne, Revolution und Gegenrevolution aufeinander stießen. Nach dem Einsturz der Monarchie, mit der sich die meisten Deutschen bis dahin identifiziert hatten, konnten sich die neuen Werte der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit nicht wirklich in die Menschen einwurzeln, weil die geradezu wahnsinnige Inflation das Gesellschaftsgefüge völlig zerrüttete. Alle wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Werte, die der neuen Ordnung Struktur und Halt geben sollten, wurden durch die Geldentwertung mitentwertet. Chaotisch durcheinandergewirbelte Tausch- und Kreditbeziehungen führten zu Problemen der Ernährung, zu Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Mietwucher und Wuchergesetzen sowie zur Enteignung der Gläubiger durch die Schuldner. In diesem Sumpf blühten schließlich Börsenspekulationen und – als Antwort auf dieses Chaos und zugleich als geistiges Spiegelbild der Zeit – völkisch-antisemitische Ideologien mit den abstrusesten Diagnosen und Therapieansätzen.

Geyers Buch bietet eine gedrängte Übersicht über die damalige "verkehrte Welt", die erst wieder etwas und auch das nur kurzzeitig zur Ruhe kam, als die Orgie der Billionen- und Trillioneninflation Ende 1923 mit der Einführung der Rentenmark aufhörte. Es ist verdienstvoll, die Erinnerung an diese Zeit als warnendes Beispiel dafür im Gedächtnis der Öffentlichkeit zu erhalten, wie schnell eine ganze Gesellschaft auf Abwege geraten kann. Die soziale Krise hat die Menschen damals auch seelisch und geistig enturzelt und Geyer zufolge auch den Aufstieg der radikalen Rechten ermöglicht. (S. 21 und 382)

Ein eklatanter Mangel des Buches ist jedoch, daß Geyer überhaupt nicht danach fragt, ob und wie denn ein gangbarer Weg aus dem damaligen Chaos hätte gefunden werden können. Zwar wendet er sich mit Recht gegen Oswald Spenglers reaktionär-antimodernistische Kritik an der Dominanz des Geldes und dessen Hoffnung auf eine "Auflehnung des Blutes gegen das Geld" (383). Aber er versäumt es, nach der Möglichkeit eines Geldes zu fragen, das der Gesellschaft jenseits von Tradition

und Moderne dient statt sie zu beherrschen. Ausdrücklich macht es Geyer den damaligen Geldreformern zum Vorwurf, daß sie "alles andere als die stabile Goldwährung der Vorkriegszeit anstreben", und er moniert ihre "extrem kritische Bewertung von Geldkapitalbesitz". (303 – 304) Mit dem Idealbild der Goldwährung vor Augen kann man natürlich nicht das eigentliche Anliegen der Geldreformer, vor allem Silvio Gesells, wahrnehmen, nämlich ein sowohl gegen das geradezu suchartige Streben der kapitalistischen Moderne nach einer grenzenlosen Geldvermehrung als auch gegen die traditionalistische Geldkritik gerichtete Vorstellung von einem gerechten Geld zu entwickeln.

Besonders ärgerlich ist, daß Geyer ohne nähere Kenntnis der einschlägigen Quellen Gesell zu den "Inflationsheiligen" und zu den völkisch-antisemitischen Ideologen zählt. (78, 311-312) "Auf der Gegenüberstellung von 'schaffender' und 'raffender' Wirtschaft basierten schließlich auch die populären Thesen von Silvio Gesell, dessen Plan des 'Freigeldes' hier nicht vorgestellt werden kann." (302) Einerseits erweckt Geyer den Eindruck einer geistigen Verwandtschaft zwischen Gesell und der "Brechung der Zinsknechtschaft" des NS-Wirtschaftsprogrammatikers Gottfried Feder; andererseits zählt er ihn neben Gustav Landauer, Erich Mühsam und Ernst Toller zu jenen "farbigen Persönlichkeiten, die dem Räteexperiment einen von links bis rechts oft verspotteten utopischen Anstrich verliehen". (86 und 302) Dieses schiefe und widersprüchliche Bild bedarf der Korrektur.

Als die Deutsche Nationalversammlung im Februar 1919 in Weimar (der Kulturhauptstadt des Jahres 1999) tagte, sandte Gesell ihr eine Denkschrift mit der Aufforderung, einen Artikel in die Verfassung aufzunehmen, der die Neuordnung des Geldwesens regelt. Denn: "Wer ein ganzes Volk zerrütten und entsittlichen will, braucht nur die Währung anzutasten." (Gesammelte Werke Band X, S. 249) Um solches zu verhüten, übernahm Gesell vor nunmehr 80 Jahren im April 1919 das Amt des Volksbeauftragten für das Finanzwesen in der ersten bayerischen Räterepublik. Nach dem Sturz dieser ersten (libertären) durch eine zweite (kommunistische) Räteregierung kam es in München zu einer zufälligen Begegnung Gesells mit Gottfried Feder, die von einem gegenseitigen Unverständnis gekennzeichnet war. Danach hat Feder immer wieder Gesells Theorien und insbesondere dessen Internationalismus bekämpft. Im nachhinein ist es müßig, sich andere Geschichtsverläufe vorzu-

## 26. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

### Der Globalisierungsschock – weiter im Käfig eines kapitalistischen Weltsystems ?

Samstag / Sonntag, 30./31. Oktober 1999,  
Werratal-Hotels, Hannoversch Münden, Ortsteil Laubach

#### Die Referenten und ihre Themen:

*Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin*

#### Die Globalisierung des Geldes

*Dipl. Vw. Ass. Jur. Jörg Gude, Steinfurt*

#### Globalisierung und Integration

*Prof. Dr. R. W. Hoffmann, Göttingen*

#### Währungskrisen: Erfahrungen und Gefahren aus der Sicht von drei Generationen

*Prof. Dr. Dirk Löhr, Mannheim/Trier*

#### Globalisierung, Deregulierung und dritte technische Revolution

*Prof. Dr. Karl A. Schachtschneider,  
Erlangen-Nürnberg*

#### Republikanismus versus Globalismus

Auskunft und Anmeldung:  
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft  
- Geschäftsstelle -  
Postfach 1550, 37145 Northeim  
Fon & Fax 05503 - 3205

stellen. Aber wenn jene erste Räteregierung mehr Zeit für die Verwirklichung ihrer Pläne gehabt hätte, wären vielleicht jene völkisch-antisemitischen Sümpfe getrocknet, denen später so unermeßliches Leid entstieg.

1922 stellte Gesell in einer Denkschrift an die deutschen Gewerkschaften resigniert fest, daß die "Weimarer Nationalversammlung vergaß, die Währung, den wichtigsten Drehpunkt der Volkswirtschaft, in die Verfassung einzubauen." (XIII/111) Damals lief die Inflation, das "große deutsche Verbrechen" (XVI/148) auf Hochtouren; sie enteignete und entwurzelte gerade jene unteren und mittleren Schichten, die später den Verheißungen Hitlers folgten. Die Politik tat vielfach das Gegenteil von dem, was Gesell ihr vorschlug. Im Gegensatz zu der damals verbreiteten Propaganda von der vermeintlichen "Kriegsschuldflüge" und der "Schmach von Versailles" ließ er keinen Zweifel daran, daß Deutschland durch den "verbrecherischen nationalistischen Krieg mit Schuld beladen" war und die Reparationsforderungen der Siegermächte erfüllen sollte, und zwar aus eigener Kraft und nicht durch die Aufnahme von Auslandsanleihen. (XIII/77) Zusätzlich zu einer Währungsstabilisierung mittels einer Geldreform sollten zum Schutz der jungen Republik im Rahmen einer allgemeinen Reform des Bodenrechts auch die Großgrundbesitzungen als die "Pestherde der Reaktion" aufgeteilt werden. (XVI/159, 170-171, 191-192) Statt der Fürsten sollten Kriegsinvaliden und Hinterbliebene eine Entschädigung erhalten. (XVI/186-189) Den Staatshaushalt wollte Gesell mit einer einmaligen gestaffelten, bis zu 75%igen Sachwertsteuer sanieren, welche die Lasten und Folgen des Krieges gerecht auf alle Bevölkerungsschichten verteilt hätte. Deutschland sollte sich sodann mit seinen französischen, tschechischen und polnischen Nachbarn friedlich aussöhnen, ohne verlorene Gebiete zurückzufordern. (XIII/109-110; XVI/71, 96-97) Im Gegensatz zur nationalstaatlichen Machtpolitik und zum "gefährlichen Gedanken des in sich geschlossenen, durch Kolonien und Eroberungen zu erweiternden nationalen Wirtschaftsgebiets" (XII/61) stellte sich Gesell einen föderativen Bund europäischer und außereuropäischer Staaten vor, die durch einen allgemeinen Freihandel und eine "Internationale Valuta-Assoziation" miteinander vernetzt sind. (XII/149-190) Und jeder einzelne Mensch sollte die unbeschränkte und unkontrollierte Freiheit haben, sich überall anzusiedeln oder ein- und auszuwandern. (XVI/100)

Diese kurzen Hinweise mögen andeuten, daß es in den 20er Jahren einen in seiner Bedeutung von Geyer verkannten liberalen Denkansatz zur Überwindung der sozialen und politischen Instabilität gab, der mehr verdient gehabt hätte als den "Spott von links und rechts". Seine rechtzeitige Beachtung hätte damals vielleicht mithelfen können, die spätere "große Zeit des im Herbst 1923 gescheiterten Putschisten Hitler" (Geyer, S. 399) zu verhindern.

Am Ende seines Buches schreibt Geyer: "Es ist das Privileg der Nachgeborenen, die Geschichte besser zu kennen." (399) Hinzuzufügen wäre, daß es nicht nur ihr Privileg, sondern vor allem auch ihre Aufgabe ist, daraus für die Gegenwart und Zukunft zu lernen. Zwar leben wir heute nicht mehr in jener "verkehrten Welt" der Jahre 1914 bis 1924 – aber leben wir darum schon jetzt in einer "richtigen Welt" der Gerechtigkeit und der Stabilität? Diese Frage stellt Geyer leider nicht, obwohl wie beim Verkehr zum Blick in den Rückspiegel auch der Blick nach vorn gehört.

*Werner Onken*

## DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTES

*Helmut Becker*

Alter Markt 25, 06108 Halle/S.

*Dipl.-Pol. Christian Böttcher*

Baroper Str. 446, 44227 Dortmund

*Prof. Dr. Roland Geitmann*

Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

*Dipl. Vw. Ass. Jur. Jörg Gude*

Wiedel 13, 48565 Steinfurt

*Thomas Mayer*

Öschstr. 24, 87439 Kempten

*Claudine Nierth*

Erzbergerstr. 7, 22762 Hamburg

*Dr. Werner Peters*

Jülicher Str. 1, 50674 Köln

*Johannes Stüttgen*

Belsenstr. 24, 40545 Düsseldorf

---

ISSN 0721-0752

## **Zeitschrift für Sozialökonomie**

erscheint vierteljährlich

**Herausgeber:** Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

**Verlag:** Gauke Verlag GmbH  
Abt. Fachverlag für Sozialökonomie  
Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg  
Telefon: 0 43 81-70 12  
Telefax: 0 43 81-70 13  
E-Mail: gauke@t-online.de

### **Bezugskonditionen:**

#### **Jahresabonnement**

DM 34,00 / ÖS 270,00 / SFR 35,00 incl. MWSt. und Porto.

#### **Ermäßigtes Jahresabonnement**

für Schüler, Auszubildende, Studenten und Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis DM 24,00 / ÖS 195,00 / SFR 25,00 incl. MWSt. und Porto.

Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

#### **Einzelhefte**

Aktuelles Einzelheft DM 8,50 / ÖS 76,00 / SFR 9,50.  
Ältere Einzelhefte je Folge: bis Folge 99 = DM 5,00 / Folge 100-115 = DM 7,00 / ab Folge 116 = DM 8,50.  
Einzelheftbestellungen unter DM 50,00 zzgl. Versandkosten, mindestens jedoch DM 4,00.

**Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!**

**Redaktion:** Dipl. Ökonom Werner Onken  
— verantwortlich —

Steenkamp 7, D-26316 Varel 2  
Telefon: 0 44 51-95 64 80  
Telefax: 0 44 51-95 64 81  
E-Mail: onken.freiw.bibliothek@nwn.de

Redaktionsschluß: Ende des Quartals für die im folgenden Quartal erscheinende Ausgabe.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungs- und Informationsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum. Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by  
Sozialwissenschaftliche  
Gesellschaft 1950 e. V.,  
Hamburg  
Printed in Germany

## **"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"**



1. Vorsitzender: Klaus Wulsten
2. Vorsitzender: Helmut Creutz

Geschäftsstelle:

c/o Rechtsanwalt Klaus Wulsten  
Albrechtstr. 127, D-12165 Berlin  
Telefon: 0 30 - 792 11 97  
Telefax: 0 30 - 793 20 89

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet:

"Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

---

## **"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."**

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhr
2. Vorsitzender und Geschäftsführer: Ekkehard Lindner

Geschäftsstelle:

Postfach 1550, D-37145 Northeim  
Telefon & Telefax: 0 55 03-32 05

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch Ideologien und mächtige Gruppeninteressen fehlgeleitet. Die "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft" hat sich deshalb das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten.

Die "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft"

bekannt sich zu der Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen,
- der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung des Einzelnen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, nicht durch Monopole und Machtinteressen verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Mitwelt,
- der Völkerverständigung,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.